Preußische Allgemeine Zeitung

Mit Ostpreußenblatt

Nr. 46 – 14. November 2009

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Es gibt Ereignisse, die scheinen mit wachsendem Abstand immer bedeutender zu werden: Der 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer wurde nun weit größer begangen als der zehnte.

Foto: Getty

Schroffer Kontrast

Den großen Feiern zum Mauerfall folgte eine ernüchternde Regierungserklärung

Privat und auch im öffentlichen Leben hat es sich bewährt, aus früheren Erfolgen Kraft für die Herausforderungen der Gegenwart zu ziehen. Gibt das groß zelebrierte Jubiläum des Mauerfalls den Deutschen Mut zur beherzten Lösung ihrer Probleme?

Der Kontrast zum Beginn dieser Woche hätte kaum größer sein können: Große Teile des Landes, zumindest aber seine politische Klasse, schwelgen in den Erinnerungen des Mauerfalls vor 20 Jahren: Wieder und wieder brachte das Fernsehen die „wahnsinnigen“ Bilder vom November 1989, die mutigen Demonstrationen, Schabowskis holprige Pressekonferenz, friedlich-ungeduldige Massen von Berlinern an den Mauerdurchlässen, schließlich die offenen Schlagbäume. Internationale Prominenz der ersten Reihe besuchte deswegen die Bundeshauptstadt und stellte auch ohne große Worte (die dann unvermeidlich dennoch fielen) klar, dass das vereinte Deutschland wieder zur ersten Reihe der Mächte dieser Erde gehört. Dazu nur ein Beispiel: Schon seit Jahrzehnten gehört die Bundesrepublik selbstverständlich zur Runde der sieben oder acht wichtigsten Industrieländer, meist kurz G7 oder G8 genannt.

> »Preußische« Politik brachte internationale Erfolge

Das ist natürlich so geblieben, aber inzwischen prägt Berlin dort oft die Tagesordnung und hat inzwischen durchgesetzt, dass dieser Gipfel auf 20 Teilnehmer erweitert wurde, weil ohne Indien, China und die reichen Rohstoffländer heute große Problem nicht mehr zu lösen sind. Ob diese zielstrebige Diplomatie eines Tages zur Reform des Uno-Sicherheitsrates führt, der heute noch die Machtverhältnisse von 1945 spiegelt, steht in den Sternen. Sicher ist, dass auch ohne ständigen Sitz und Veto in der Uno (was wird dort eigentlich so weltbewegendes entschieden?) Deutschland heute seinen Platz in der allerersten Reihe der internationalen Gemeinschaft längst erobert hat.

Die Gästeliste vom Montag mit Namen wie Medwedew, Clinton und Sarkozy hat das unübersehbar deutlich gemacht. Dieser außenpolitische Erfolg ist zielstrebig erarbeitet worden, ohne Tamtam und Muskelspiele, dafür mit umso mehr durchaus preußischem Understatement nach dem bewährten Prinzip „Mehr sein als scheinen“.

In schroffem Kontrast dazu stand die Regierungserklärung der Kanzlerin am Tag danach im Bundestag: Die mit Abstand schwerste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg werde in ihren vollen Auswirkungen erst im kommenden Jahr durchschlagen, so die Kanzlerin sinngemäß. Diese Deutlichkeit, ja Drastik war trotz des betrüblichen Inhaltes wohltuend, nachdem der „Wattewahlkampf“ des Sommers selbst nach dem Wahltag einfach weitergeführt zu werden schien.

Zwei Fragen bleiben: Wird das Land es schaffen, mit dem beherzten Geist von 1989/90 seine jetzigen Probleme anzupacken? Vor allem aber: Was gedenkt die Bundesregierung zur Überwindung der Probleme überhaupt zu tun? *Konrad Badenheuer*

KONRAD BADENHEUER:

Entschlossen, aber wozu?

Entschlossenheit war der Schlüsselbegriff der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel. „Entschlossenheit“ sei jetzt gefragt, eine schonungslose Analyse werde folgen, denn das Land stehe „vor einer Bewährungsprobe“.

Kein Mensch würde die überaus willensstarke und zielstrebige Merkel noch unterschätzen, die ohnehin auch dann entschlossen ist, wenn sie dieses Wort nicht benutzt. Da die Kanzlerin die Probleme im einzelnen klar benannte, von der Wirtschafts- und Finanzlage bis zur demographischen Malaise, klingt die demonstrative Resolutheit auch nicht abgehoben: Jeder weiß nun, wo Berlin die Probleme sieht.

Und doch bleibt ein merkwürdiges Unbehagen nach der etwas verspätet abgegebenen Regierungserklärung. Was hat es zu bedeuten, dass eine schonungslose Analyse der Lage erst noch angekündigt wurde? Ist eine Bestandsaufnahme nicht die erste Voraussetzung jedes Programms, also auch jeder Regierungserklärung?

Vor allem aber: Die von Merkel gezogenen Schlussfolgerungen passen einfach nicht zum dramatischen Ton der Lagebeschreibung. Mehr Investitionen in die Bildung, Bürokratieabbau und Steuersenkungen – ausgerechnet mit diesem Wohlfühl-Programm für bessere Zeiten soll nun die mit Abstand schwerste Krise seit der Währungsreform gemeistert werden? War es Rücksichtnahme auf die FDP, auf den Wahltag in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010, auf den Arbeitnehmerflügel der CDU? Irgendetwas hat an dieser Rede nicht zusammengepasst.

Neuer Realismus

Konservative für Abzug aus Afghanistan

So deutlich wie noch kein Regierungspolitiker hat der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Hans-Peter Uhl, den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan befürwortet. „Wir müssen unsere Soldaten so schnell wie möglich abziehen. Dazu brauchen wir eine neue Strategie mit realistischen Zielen“, so der CSU-Bundestagsabgeordnete. Es werde nicht gelingen, aus dem Land am Hindukusch eine Demokratie zu machen, so Uhl. Dennoch dürfe Afghanistan nicht wieder eine „Brutstätte für Terrorismus“ werden. Diese Gefahr könne aber auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln abgewendet werden. Uhl gilt als einer der profiliertesten Konservativen in der Union.

> »Demokratisierung naive Vorstellung«

Auch der CSU-Außenpolitiker Thomas Silberhorn hält die Demokratisierung Afghanistans nach westlichem Muster für unrealistisch. Diese Vorstellung sei „sehr idealistisch, um nicht zu sagen naiv“, plädierte er dafür die afghanischen Sicherheitskräfte bis 2013 soweit aufzubauen, dass ein Abzug möglich werde. Indirekt hat sich auch der oberste Sicherheitsberater von US-Präsident Obama, General James Jones, für den Abzug ausgesprochen. Die Rückübertragung der Verantwortung an die Afghanen solle „innerhalb kürzester möglicher Zeit“ erfolgen. *PAZ*

Ohne Partner

Rückzug von Abbas kommt Israel gelegen

Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas, dessen Mandat eigentlich im Januar auslief, kündigte an, bei den für Januar 2010 angesetzten Neuwahlen nicht mehr anzutreten. Ob er dabei bleibt, wird zwar angezweifelt, aber es wäre eine logische Konsequenz daraus, dass er nach den jüngsten Ereignissen noch mehr diskreditiert ist: Er hatte sich dagegen ausgesprochen, dass der Goldstone-Bericht, der Kriegsverbrechen im Gaza-Krieg dokumentiert, von der Uno behandelt wird – und „zum Dank“ gaben die USA ihre bisherige Forderung nach einem israelischen Siedlungsstopp als Vorbedingung für Friedensgespräche auf.

> Seine Kooperation wurde nicht honoriert

Da der Westen darauf beharrt, nicht mit der Hamas zu verhandeln, wäre der Abgang von Fatah-Chef Mahmud Abbas ein Fiasko der bisherigen Palästina-Politik, denn ohne legitimierten Verhandlungspartner steht der „Friedensprozess“ endgültig als Fehlschlag, wenn nicht als großangelegter Bluff da.

Sollte der „Präsident“ sich aber umstimmen lassen, was nicht das erste Mal wäre, würde sein verbliebenes Ansehen weiter leiden. Der Regierung Netanjahu hingegen käme der Abgang nicht ungelegen, denn ohne Verhandlungen könnte sie in den besetzten Gebieten weiterhin ungehindert vollendete Tatsachen schaffen. *RGK*

Appell an Brüssel

OLV protestiert gegen EU-Beschluss

In Bad Pyrmont haben am Wochenende die etwa 60 Delegierten der Ostpreußischen Landesvertretung (OLV) getagt. Wahlen standen nicht auf dem Programm und so bildeten der Lagebericht des LO-Sprechers Wilhelm v. Gottberg, die Vorbereitung des Deutschlandtreffens der Ostpreußen im Mai 2011 in Erfurt sowie Haushaltsberatungen den inhaltlichen Schwerpunkt.

> Investitionen in die Zukunft der *PAZ*

Wilhelm v. Gottberg beschrieb die aktuelle Lage als „Epochenwandel“, in dem die bisherige Vertriebenenpolitik durch das Abtreten der Erlebnisgeneration und die Historisierung der Vertreibung mehr und mehr durch Deutschlandpolitik abgelöst werde. Ein Beispiel sei der deutsch-polnische Streit um das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin: „Hier ging es von Anfang an um die Deutungshoheit über die Vertreibung und um die Neujustierung des Rechts.“

Ein weiteres Thema der Beratungen war die *Preußische Allgemeine Zeitung*, deren Zukunft mit mehr Werbung und möglichst auch den Verkauf an Kiosken gesichert werden soll. In einer einstimmigen Resolution protestierte das ostpreußische „Exilparlament“ gegen die Ausnahmeregelung, die der EU-Rat Prag in Sachen Benesch-Dekrete zugebilligt hat (siehe Bericht Seite 13). *PAZ*

MELDUNGEN

Westerwelle contra BdV

Berlin – Was seine Ablehnung von BdV-Präsidentin Erika Steinbach angeht, so steht Bundesaußenminister Guido Westerwelle seinem Vorvorgänger Joschka Fischer nicht nach. Weil ihm gute Beziehungen zu Polen ein „wirkliches Herzensanliegen“ seien, hätten „persönliche Interessen“ zurückzustehen, erklärte er in einer Talkshow, „und das wird auch Frau Steinbach wissen!“ Der Vizekanzler ist demnach der Ansicht, es sei Polen nicht zuzumuten, wenn die gewählte Präsidenten von Millionen deutschen Vertriebenen einen Platz im Beirat des von ihr initiierten Dokumentationszentrums in Berlin einnimmt. Der BdV will am Dienstag über die Nominierung entscheiden. *PAZ*

Erste Einigung im Grenzstreit

Stockholm – Im Beisein des schwedischen EU-Ratsvorsitzenden Fredrik Reinfeldt unterzeichneten Slowenien und Kroatien ein Abkommen, in dem sie es einem Schiedsgericht überlassen, ihre Grenzstreitigkeiten zu klären. Seit Jahren streiten die beiden Länder über den Verlauf ihrer Seegrenze in der Bucht von Piran. Da Kroatien die völkerrechtlich kaum haltbare Forderung Sloweniens anlehnt, blockiert Laibach die Beitrittsverhandlungen der EU mit Kroatien. Da kein Ende der Streitigkeiten in Sicht war, machte Brüssel Druck und zwang zur Einigung. Das Schiedsgericht, das aus je einem slowenischen und kroatischen sowie neutralen Mitgliedern bestehen soll, nimmt seine Arbeit erst auf, wenn auch Kroatien wie bereits Slowenien vollständiges EU-Mitglied ist. Nun kommt es noch darauf an, ob beide Regierungen das Abkommen von ihren Parlamenten ratifiziert bekommen. *Bel*

Die Schulden-Uhr: Unlustig!

Zwischen dem, was man als Grundlage in einem Koalitionsvertrag vereinbart, und der konkreten Gesetzgebung besteht noch mal ein großer Unterschied“, sagte CSU-Chef Horst Seehofer vergangene Woche zur Steuer-Stufentarif der FDP. Diese reagierte verschnupft, muss sie doch erleben, wie ihre gesamten Steuerpläne auf Mai 2010 verschoben und vor allem wegen Geldmangels massiv gefährdet sind. Vor allem aus den Bundesländern gibt es Gegenwind. So fürchtet der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) um die Frucht seiner Politik des Sparens. „Wir haben in den vergangenen Jahren einen gewaltigen Kraftakt unternommen, um einen soliden Haushalt hinzubekommen. Sparen ist für keinen Politiker lustig; wer spart, macht sich unbeliebt. Trotzdem haben wir in Sachsen in den Boomjahren 2007 und 2008 Geld zurückgelegt, etwa für Pensionen.“ Es könne nicht sein, dass dieses Geld jetzt einfach für Steuersenkungen verpulvert werde, so der Sorbe. *Bel*

1.635.254.606.837 €

Vorwoche: 1.632.549.260.396 €
Verschuldung pro Kopf: 19 928 €
Vorwoche: 19 895 €

(Dienstag, 10. November 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Das Spitzenduo spielt Harmonie

Der SPD-Parteitag dürfte Sigmar Gabriel und Andrea Nahles auf den kleiner gewordenen Schild heben

„Neuanfang Dresden“ titelt das SPD-Parteiblatt „Vorwärts“ kurz vor dem Dresdener Parteitag an diesem Wochenende – neben einem Bild, das SPD-Fahnen neben der neu aufgebauten Frauenkirche zeigt. Eine heikle Assoziation, hat doch noch jeder in Erinnerung, wie die Frauenkirche vor dem tatsächlichen Neuanfang aussah: Sie war ein großer Trümmerhaufen.

Und genau das – ein Trümmerhaufen, nicht eine frisch aufgebaute Kirche – kommt wohl den meisten Beobachtern in den Sinn, wenn sie sich mit der Situation der SPD befassen: Ein konstanter Abwärtstrend, nur noch 23 Prozent bei der Bundestagswahl, die De-facto-Abspaltung einer Art USPD (= Linkspartei), die der SPD permanent Prozente und die Meinungsführerschaft im linken Lager abgenommen hat, ein Mangel an programmatischen Perspektiven für die Zukunft des Landes, nur noch Nabelschau und Jammer, wohin das Auge blickt.

Das neue Führungsduo der SPD, Parteichef Sigmar Gabriel und Generalsekretärin Andrea Nahles, sucht sein Heil folgerichtig in der schroffen Abgrenzung von den bisherigen Vorsitzenden Franz Müntefering und Gerhard Schröder sowie ihrer Agenda-Politik, die auch Frank-Walter Steinmeiers Handschrift trägt.

Die SPD dürfe nicht mehr sagen „es war alles richtig, was wir gemacht haben, die Leute waren nur zu dumm, es zu verstehen“, sagte Gabriel und brachte damit eher unfreiwillig ein zentrales Problem der SPD auf den Punkt. Schröder habe die Definition einer eigenständigen sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik aufgegeben. Auch Nahles findet für den Führungsstil in der SPD nur harte Worte: „In den vergangenen Jahren hat es bei uns eine Art Kündigungskultur gegeben. Wenn einem an der Spitze etwas nicht gepasst hat, hat er eben gekündigt oder damit gedroht.“ Damit müsse Schluss sein. „Als Vorsitzender muss man gewinnen können, aber auch mal verlieren können.“



Brav applaudieren: Noch ordnet sich Andrea Nahles der Führung von Sigmar Gabriel unter. Bild: pa

Dabei sind Gabriel und Nahles einander selbst nicht grün, trotz des neuerdings aufgesetzten Geturtels bei den SPD-Regionalkonferenzen und im „Spiegel“-Interview. Nahles gilt als hartgesottene Linke, Gabriel eher als „Realo“ in der SPD. Jahrelang wechselten die beiden kein Wort miteinander. Gabriel ließ Nahles 2005 im Streit um den Posten des Generalsekretärs fallen wie eine heiße Kartoffel, Nahles und ihre Parteilinken verhinderten dafür 2007 den Einzug Gabriels ins Parteipräsidium. Mit ihrer Absprache brachte Nahles ihrem nunmehr künftigen Chef eine der bittersten parteiinternen Niederlagen seines Lebens bei, was Gabriel nicht vergessen hat. Ohnehin weiß der untersetzte „Harzer Roller“ (so einer der Spitznamen des Politikers aus Goslar), dass Nahles eine Intrigantin von hohen Graden ist. Schon im Alter von 35 Jahren, also just an der Schwelle vom Juso-Sandkasten zur richtigen Politik, hatte sie am Sturz von drei SPD-Bundesvorsitzenden entscheidenden Anteil – eine Abschussliste, die seinerzeit sogar das CSU-Blatt „Bayernkurier“ mit einer Art knurrendem Respekt staunend kommentierte. Diese beiden Königskinder sollen nun also die SPD retten – das verspricht zumindest unterhaltsam zu bleiben.

> Meister-Intrigantin Nahles hat Gabriel schon 2007 rasiert

Inhaltliche oder progammatische Neuanfänge sucht man bei Gabriel und Nahles übrigens vergebens. Welche sollten das auch sein? Es könnte ja nur die radikale Abkehr von der bisherigen SPD-Regierungspolitik sein: Weg mit der Rente mit 67, die einst der damalige Arbeitsminister Franz Müntefering verkündete. Oder weg mit der Agenda 2010. Weg mit den einigermaßen strengen Hartz-IV-Regeln, hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen etwa. Aber mit solchen Utopien würde die SPD nicht nur ihre verbliebene Identität weiter beschädigen, sie bewiese auch, dass sie sich treiben lässt von der Linkspartei. Der Leitantrag auf dem Dresdener Parteitag enthält diese Forderungen folglich nicht, es heißt lediglich, die Reformen der letzten Jahre müssten „auf den Prüfstand der sozialen Gerechtigkeit“. Schwammiger geht es kaum.

Von daher entbehrt es nicht einer gewissen Konsequenz, dass Gabriel und Nahles als einzige echte Perspektive für die SPD eine Art potenzielle Machtperspektive entwickeln. Und die lautet: Ja zu Koalitionen mit den SED-Erben von der PDS-Linkspartei, und zwar auf allen Ebenen; weg mit hinderlichen Maßnahmen zur politischen Hygiene, auf denen Müntefering und Steinmeier zumindest im Bund bisher immer noch bestanden. „Es gibt keinen prinzipiellen Grund, nicht mit der Linkspartei im Bund zu koalieren. Es gibt aber auch keinen prinzipiellen Grund, es immer zu tun“, so Gabriel. Beobachter fragen sich indessen, welchen „prinzipiellen Grund“ es bei so viel Flexibilität noch zur Wahl oder gar zum Beitritt zur SPD geben sollte.

Strategisch sind die Aussichten der SPD prekär. Sie ist eingeklemmt zwischen dem sozialistischen Taktgeber Linkspartei und einer weitgehend sozialdemokratisierten CDU – mithin einer Kanzlerin, die die inhaltliche Beliebigkeit ebenfalls nicht selten zum Konzept erhebt, aber damit wenigstens taktisch Erfolg hat und die SPD aus der politischen Mitte verdrängt.

Die gemäßigten Sozialdemokraten – Relikte aus der eigenen Schröder-Regierungszeit – werden aufs Altenteil geschickt. Entweder direkt wie Peter Struck und Franz Müntefering oder faktisch. Oder hat in letzter Zeit jemand etwas von Frank-Walter Steinmeier gehört? Der ist zwar nominell Fraktionsvorsitzender, als Lohn für seine Mühen im Wahlkampf. Doch zu sagen hat er in der SPD nichts mehr, und es ist fraglich, wie lang er als überzeugter Gegner eines rot-dunkelroten Bündnisses im Bund sich in einer von Gabriel geführten SPD an der Spitze der Fraktion halten kann.

Anton Heinrich

Vergessene DDR-Opfer

Hubertus Knabe fordert zentralen Gedenkort in Berlin-Mitte

So manchem ehemaligen DDR-Bürger war am Montag nicht nach Feiern zumute. Jene, die Opfer des Systems waren, fragten sich, bei aller Freude über das Ende der DDR, ob ihnen inzwischen die erhoffte Gerechtigkeit widerfahren ist. Doch es gibt nur wenige prominente Fürsprecher, die Lobby der Opfer blieb nach dem Mauerfall und der deutschen Einheit unbedeutend. Und so verbittert die Tatsache, dass die SED-Nachfolgepartei „Die Linke“ in den letzten Jahren an Macht gewonnen hat und nicht nur im Bundestag, sondern auch als Regierungspartei in zwei Landtagen sitzt, um so mehr.

„Viele Verfolgte fühlen sich und ihr Leid unzureichend gewürdigt“, mahnte der Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe. Er fordert, einen zentralen Gedenkort in Berlin-Mitte zu schaffen. „Die bestehenden Mahnmale sind oft klein und versteckt und erinnern nur an die Mauertoten und nicht an die vielen anderen, deren Leben zerstört wurde“, so Knabe.

Und wer in Bautzen Gefängniswärter war, bekäme heute oft eine bessere Rente als jemand, der in Haft war. „Bei uns wird Anpassung belohnt und Widerstand bestraft – das ist kein gutes Signal für die Zukunft.“

Und selbst jene Opfer-Rente in Höhe von 250 Euro wird politisch Verfolgten nur zugestanden, wenn sie in der DDR mindestens ein halbes Jahr inhaftiert waren. Zudem gibt es sie erst seit 2007, so dass so manches Opfer inzwischen bereits verstorben ist. Auch dürfen die Einkünfte bei Singles nicht mehr als monatlich 1035 Euro betragen, sowie bei Verheirateten nicht über 1380 Euro liegen. Wer also trotz DDR-Haft später gut verdient hat, erhält die Rente gar nicht.

> 3,8 Milliarden Euro für den Bund vom Land der Enteigneten

Zu den ebenfalls lange verdrängten Opfern zählen auch die Insassen von DDR-Sozialheimen und Jugendwerkhöfen, in denen „fehlgeleitete“ Kinder und Jugendliche misshandelt wurden. Allein im Jugendwerkhof in Torgau durchlitten im Laufe der Jahre 4000 Zöglinge den Drill. Kaum besser erging es den Enteignungsopfern: Immerhin gibt es im Koalitionspapier einen von der FDP veranlassten Passus, laut dem eine Arbeitsgruppe prüfen soll, „ob es Möglichkeiten gibt, Grundstücke, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, den Betroffenen zum bevorzugten Erwerb anzubieten“. Doch dies ist nur ein erster Schritt, um den Opfern der Enteignungen der Jahre 1945 bis 1949 ihr Familieneigentum zumindest zum Vorzugspreis zurückzugeben.

Zudem verkauft die Boden-Verwertungs- und Verpachtungsgesellschaft (BVVG) das Bodenreformland fleißig weiter. 1992 übernahm die BVVG rund zwei Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche. Derzeit verwaltet sie noch etwa 400 000 Hektar Agrarland und rund 85 000 Hektar Wald. Es wurde also eine Fläche, die etwa der Hälfte der Fläche des Bundeslandes Sachsen-Anhalt entspricht, privatisiert. Das führte dazu, dass die BVVG dem Bund bisher 3,8 Milliarden Euro Gewinn überweisen konnte. Allein im zweiten Halbjahr 2009 sollen weitere 250 Millionen Euro Ertrag aus Verkauf und Verpachtung folgen. *Rebecca Bellano*

Überzeugungsarbeit

US-Gesundheitsreform nimmt erste Hürde

Spätestens seit den letzten Wochen weiß US-Präsident Barack Obama, dass Politik ein schmutziges Geschäft ist. Hatte er während seines Wahlkampfs und auch in den ersten Monaten danach davon profitiert, dass nicht nur seine Anhänger in ihm eine Art Messias sahen, hat ihn der Kampf um die Gesundheitsreform inzwischen geerdet. Und in seiner Entschlossenheit, diese „historische“ Reform auf den Weg zu bringen, machte er sich sogar persönlich die Finger schmutzig.

Dabei hatte er gehofft, dass sein Ziel, den 47 Millionen nicht krankenversicherten US-Bürgern diese Absicherung zu verschaffen, fraktionsübergreifend die Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus einen würde. Die Tatsache, dass Bill Clinton, sein Vor-Vorgänger auf dem Präsidentenstuhl, mit dem selben Projekt gescheitert war, schreckte Obama nicht ab. Und so wurde er innerhalb von wenigen Monaten in einigen politischen Kreisen vom Messias zum Tyrannen erklärt. Die Gegner der Reform, die die hoch verschuldeten USA in den ersten zehn Jahren etwa 1,1 Billionen Dollar kosten soll, war keine Polemik zu haltlos, um sie zum Aufhetzen der Massen zu verwenden. Doch selbst Befürworter empfinden Obamas Pläne als kostenträchtige, unnötige Übernahme des Gesundheitssystems durch den Staat. Ungeklärte Finanzierungsfragen sorgten dann auch dafür, dass die Gefahr drohte, bei der Abstimmung im US-Repräsentantenhaus nicht die nötigen Stimmen unter den eigenen Leuten zu bekommen. Anrufe von Fraktionsführerin Nancy Pelosi, Vize-Präsident Joe Biden und Obama selbst bei abtrünnigen Demokraten mit dem Hinweis, man könne bei der nächsten Wahl ja Gegenkandidaten bei parteiinternen Vorwahlen ins Spiel bringen, sorgten für eine dünne Mehrheit. 220 Ja-Stimmen bei 215 Ablehnungen, 39 davon von den Demokraten.

> Offenbar wurde mit Erpressung gearbeitet

Doch nun folgt die Abstimmung im Senat. 60 der 100 Stimmen werden benötigt, doch nur 58 Sitze sind mit Demokraten besetzt. Und einer der zwei unabhängigen Senatoren hat Wahlkampf für den Republikaner John McCain gemacht. *Bel*

Neue Gründerzeit an der Spree

Von Harald Fourier

Wie die Friedrichstraße vor dem Mauerfall ausgesehen hat – daran kann ich mich leider nicht mehr erinnern. Nur die leeren Regale in einem „Konsum"-Markt sind mir in Erinnerung geblieben. Die Erinnerung an „Mitte" setzt bei mir erst nach 1990 ein, als Berlins Mitte fast vollständig aus Bauzäunen zu bestehen schien. Und heute? Da ist die Friedrichstraße ein Prachtboulevard, auf der die Touristen bummeln, als sei es das Normalste von der Welt.

Wie hat sich die Stadt verändert in den 20 Jahren seit der Grenzöffnung! Seit 1990 schuften und werkeln Bauarbeiter auf den Großbaustellen der Hauptstadt, um die Folgen des Sozialismus zu beseitigen.

Inzwischen wurde wertvolle Bausubstanz gerettet, wurden Baulücken geschlossen. Alt und Neu wurden passend zusammengefügt, denken wir nur an den Hackeschen Markt oder den Gendarmenmarkt. Besser hätte es wohl kaum bewerkstelligt werden können. Oder nehmen wir den Prenzlauer Berg, jenen verrotteten Stadtteil, der binnen zweier Jahrzehnte den Aufstieg zur besten Gegend hingekriegt hat. Die schönen Gründerzeithäuser strahlen jetzt in neuen Farben und zeigen, wie sich ein neues Bürgertum selbst aus dem von SED und Stasi verursachten Schlamassel herausgezogen hat.

Eine der letzten Monumentalbaustellen ist der Bau einer neuen BND-Zentrale in Mitte. Dort stehen so viele Kräne gleichzeitig auf einer früheren Freifläche wie vor 15 Jahren am Potsdamer Platz. Was machen die eigentlich, wenn sie mal fertig sind?

Berlin ist auch weiterhin zu diesem Zustand als Dauerbaustelle verurteilt. Berlin scheint verdammt dazu, immerfort zu werden und niemals zu sein. Das wusste vor 100 Jahren schon der Publizist Karl Scheffler, dessen einprägender Satz deswegen so oft zitiert wird, weil er so zutrifft.

Zwar sind die großen Projekte im Zusammenhang mit der Vereinigung abgeschlossen: Regierungsviertel, Museumsinsel, Potsdamer Platz, Hauptbahnhof, Sanierung des heruntergekommenen Altbaubestandes. Denoch stehen der Stadt einige wichtige Aufgaben noch bevor: der Wiederaufbau des Stadtschlosses oder die Schließung des Autobahnrings zum Beispiel. Auch Mediaspree und Adlershof warten noch darauf, dass dort Leben einzieht. Und wenn diese Dinge erledigt sind, dann wird der stückweise Rückbau der hässlichen, in die Jahre gekommenen Plattenbauten auf uns zukommen. Sie prägen Teile Ost-Berlins wie auch das Märkische Viertel oder die Gropiusstadt im Westen.

Berlins neue Gründerzeit. Wir sind noch immer mittendrin.

Pleite, aber großzügig

Steuerzahlerbund kritisiert: Das bankrotte Berlin verprasst sinnlos fremdes Geld



Freigiebig trotz 60 Milliarden Schulden: Klaus Wowereit beim ersten Spatenstich für die „mobile Kunsthalle" auf dem Schlossplatz 2008

Bild: Davids

Kein Land erhält mehr Geld aus dem Länderfinanzausgleich, dazu noch üppige Bundeshilfen, als Berlin. Dennoch vergeudet die hochverschuldete Stadt Steuermittel mit vollen Händen.

Klaus Wowereit gibt sich gerne als Fürsprecher der Kunstszene und ist „im Nebenberuf" Berlins Kultursenator. Wohl auch deswegen kam ihm der Gedanke, die Stadt bräuchte vor dem Hauptbahnhof eine neue Kunsthalle. Doch der Regierende Bürgermeister fand keine Sponsoren für das 30-Millionen-Euro-Projekt. Also wollte er es aus dem Haushalt bezahlen, doch das war selbst seinen eigenen Genossen zu dreist. Der Plan scheiterte am Widerstand in der SPD.

Nun waren aber schon 600000 Euro an Planungskosten im Etat vorgesehen. Die hätten die Abgeordneten natürlich einfach wieder streichen können. Denkste! Der Finanzausschuss beschloss gegen die Stimmen der Opposition, dass das Geld nunmehr für eine „mobile Kunsthalle" ausgegeben werden solle. Das heißt, es werden an irgendwelche Orten Bilder aufgehängt. Zusätzlich zu den zahllosen Museen, Kunstvereinen, Galerien oder Ausstellungen in Rathäusern und Unternehmen. In den Rathäusern kann Berlin ja schon jetzt Bilder aufhängen, so viel es will. Egal, Berlin braucht noch eine weitere „Kunsthalle".

So geht eine Stadt mit Geld um, die bis über beide Ohren verschuldet ist. Berlin sitzt auf einem 60-Milliarden-Euro-Schuldenberg. So eine Stadt kann sich einen schludrigen Umgang mit Geld nicht erlauben. Trotzdem ist Verschwendung an der Tagesordnung, zumindest besagt dies der neueste Bericht des Bundes der Steuerzahler, der gerade auch für Berlin haarsträubende Beispiele von Vergeudung auflistet.

Da waren die rumänischen Zigeuner, denen die Verwaltung im Juni eine Rückkehrhilfe in Höhe von 25000 Euro gezahlt hat, ohne dass sie irgendeinen Rechtsanspruch darauf gehabt hätten. Hinterher wurde nicht einmal kontrolliert, ob sie wirklich ausgereist sind.

In Berlins Mitte gibt es seit Jahren Streit um das so genannte Spreedreieck, ein Grundstück direkt am Bahnhof Friedrichstraße. Der Senat hat es 1995 verkauft, obwohl er über den Grund gar nicht gänzlich verfügen konnte. Es gibt dort nämlich einen unterirdischen Gang, weshalb der neue Besitzer nicht so bauen kann, wie er möchte. Also musste das Land Schadenersatz leisten. Dieser Verwaltungsfehler hat die Berliner mindestens neun Millionen gekostet.

Dann hat Berlin eine riesige Imagekampagne für sich selbst aufgelegt, so als seien Leichtathletik-Weltmeisterschaft, Mauerfall-Jubiläum und das ohnehin schon unheimliche Berlinfieber in ganz Europa nicht genug. „Be Berlin" heißt sie und kostet den Steuerzahler stolze elf Millionen Euro.

> Klaus Wowereit gab sich nicht einmal die Mühe, sich gegen die Vorwürfe öffentlich zur Wehr zu setzen – er überging sie schweigend

Am Wannsee gibt es einen Golfklub, dessen Grundstück Berlin gehört. Der Pachtvertrag läuft demnächst aus, also wurde er neu verhandelt. Komischerweise setzte das Land eine viel zu niedrige Pachtgebühr an, vor allem vor dem Hintergrund, dass der Verein demnächst vermutlich seine Gemeinnützigkeit verliert. Berlin könnten dadurch drei Millionen Euro verloren gegangen sein, so der Bund der Steuerzahler.

Zwischen Hauptbahnhof und Brandenburger Tor verkehrt seit einigen Monaten die kürzeste U-Bahn Deutschlands, auch bekannt als „Kanzler-Bahn". Kostenpunkt: 320 Millionen. Sie wird nur wenig genutzt und ist seit Jahren umstritten. Die Fortführung (*PAZ* berichtete) zum Alexanderplatz (geplant zum Jahr 2014) dürfte den Steuerzahler noch einmal über 400 Millionen kosten. Aber wenigstens wäre die Linie dann an das restliche U-Bahnnetz angeschlossen.

Das sind nur einige Beispiele, die immerhin bekannt geworden sind. Die Dunkelziffer für Verschwendung im Staatswesen liegt wesentlich höher. Berlin hat im vergangenen Jahr 20,8 Milliarden Euro eingenommen oder gepumpt. Ein Großteil des Landeshaushalts aber stammt aus Bundesmitteln und Zahlungen anderer Bundesländer. Berlins neuer Finanzsenator Ulrich Nußbaum geht also regelmäßig betteln, damit die Stadt über die Runden kommt.

Aber angesichts dieser Dauer-Alimentation muss Berlin natürlich erst recht beweisen, dass es sorgfältig mit Geld umgeht. Das ist wie mit dem schwarzen Schaf in der Familie: Wer immer wieder bei seinen Verwandten ankommt, weil er Geld für die Miete, die Strom- oder die Telefonrechnung braucht, und dabei seine neue Frisur und neuen Schmuck spazieren trägt, der wird schnell unglaubwürdig in den Augen seiner Gönner. Vor allem, wenn er „sein" (also ihr) Geld für lauter unnützen Schnickschnack verprasst. Besonders peinlich wird es aber, wenn der Schnorrer sich dann hektisch für die Anschaffung des neuen Fummels rechtfertigt („Diese neue Haartönung musste ich mir unbedingt mal gönnen!"). Und so unterließ es der Wowereit-Senat vorsichtshalber, die Ergebnisse des Steuerzahlerbundes auch nur zu kommentieren. Es gibt ohnehin wenig, was er zu seiner Rechtfertigung hätte vorbringen können.

Markus Schleusener

An der Schnittstelle zur Jugend

Elke Eisenschmidt: Mit 15 getauft, mit 28 als Jüngste in den EKD-Rat gewählt

In den schummrigen Gängen der Magdeburger Mathematik-Fakultät riecht es nach Linoleum. Hier deutet nichts auf Veränderung, Aufbruch oder Frische hin. Aber all das repräsentiert die junge Elke Eisenschmidt. Sie ist eines der 14 Mitglieder des neu gewählten Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Der Rat entspricht der Regierung der Evangelischen Kirche.

Beim Hinweis auf ihr hohes Amt lacht die dunkelhaarige Frau auf. „Es ist nicht so gewaltig, wie es klingt." Es? Eisenschmidt ist mit 28 Jahren das jüngste Mitglied des Rates. Sie ist neben dem Präses des Rates, Nikolaus Schneider, die einzige, die schon im zweiten Wahlgang die notwendige Zweidrittelmehrheit erhielt. Sie ist als Mathematikerin die einzige Naturwissenschaftlerin dort und die einzige Person, die aus Mitteldeutschland stammt. Auf all diese Einzigartigkeiten gibt die junge Frau mit der schwarzen Brille nichts. Sie denkt so klar und strukturiert, wie auch das einfach weiß gestrichene Büro wirkt. Auf dem Standard-Unitisch steht ein kleiner Laptop, hinter ihr hängt eine weiße Tafel mit Zahlenkolonnen. Eine Kollegin sitzt ihr am Schreibtisch gegenüber. Sie teilen sich das Telefon, das in regelmäßigem Abstand klingelt. Presseanfragen. Die kommen nicht von ungefähr. Schließlich hat Eisenschmidt bei der Synode, die Ende Oktober in Ulm stattfand, die Latte für sich hochgehängt. „Ich will die Kluft zwischen der Kirche und der Jugend überwinden." Wer könnte das besser als eine, die selbst noch eine junge Erwachsene ist? Und die ihren Glaubensweg erst als Jugendliche begann?



Elke Eisenschmidt

Elke Eisenschmidt hatte eine von der DDR geprägte Kindheit. „Meine Mutter ist eine wirkliche Atheistin, mein Vater war bei der evangelischen Kirche, aber mehr als Auffangbecken für Andersdenkende." „Glauben konnte ich zu Hause nicht leben." Zum Glauben fand sie über ihre Schule – das ökumenische Domgymnasium in Magdeburg. Im dortigen Religionsunterricht entdeckte sie für sich, „dass es ein höheres Wesen gibt". Sie ging zu einer Pastorin und sagte: „Erzählen Sie mir mehr von diesem Gott." Und das tat diese Pastorin, Renate Höppner, die Frau des früheren sachsen-anhaltischen Ministerpräsidenten Reinhard Höppner. Mit 15 Jahren ließ sich Eisenschmidt taufen. Seither geht sie unbeirrt ihren Glaubensweg. Sie engagierte sich in der Jungen Gemeinde, war Stipendiatin des evangelischen Begabtenförderungswerkes Villigst und hat sich nun für den EKD-Rat aufstellen lassen. Aus Überzeugung und Verantwortung – als Christin und Naturwissenschaftlerin. „Viele sehen einen Widerspruch zwischen Kirche und Naturwissenschaft. Aber den gibt es nicht unbedingt", sagt die frisch Promovierte.

Der Bezug zur Naturwissenschaft und zur Jugend haben ihr wohl auch den schnellen Wahlerfolg beschert. Von den anderen 13 deutlich älteren Ratsmitgliedern werde sie ernst genommen. Vielleicht auch, weil sie die einzige mit einer DDR-Prägung ist. „Natürlich, hier im Osten sind noch ganz anderer Probleme als im Westen. Die Jugend hier hat eine viel größere Sehnsucht nach Lebensinhalt. Das in der EKD zu erklären ist meine Aufgabe."

Victoria v. Gottberg

SNCF greift DB an

Französische Bahn expandiert nach Berlin

Die französische Staatsbahn SNCF will der Deutschen Bahn im Fernverkehr auf Deutschlands Schienen massiv Konkurrenz machen. Bereits jetzt bedient der französische Mischkonzern „Veolia" die Strecke Leipzig über Berlin nach Rostock. Zusätzlich befahren SNCF und Deutsche Bahn gemeinsam die Strecke Stuttgart-Frankfurt-Paris. Zahlreiche Regionalstrecken in Deutschland werden mit französischer Beteiligung befahren.

Nun plant die SNCF den Angriff auf die Hauptstadt Berlin. Auf eine der wichtigsten Strecken, der nach Hamburg, haben die Franzosen ein Auge geworfen. Aber das soll erst der Anfang sein, SNCF beabsichtigt die Übernahme weiterer Strecken um die deutsche Hauptstadt.

Kritiker sehen in der erfolgversprechenden Offensive der Franzosen auch eine Quittung für die Privatisierungspolitik des Bundes hinsichtlich der Deutschen Bahn. Während deren früherer Chef Hartmut Mehdorn alle Energie auf den Börsengang seines Unternehmens gelenkt habe, hätten die Franzosen konsequent auf Expansion gesetzt.

> Paris schottet eigenen Markt ab

Der neue Deutsche-Bahn-Chef Rüdiger Grube sieht das gelassen: „Vor allem mit unserer Tochtergesellschaft Euro Cargo Rail haben wir in Frankreich der SNCF inzwischen acht Prozent Marktanteil abgenommen." Allerdings ist er mit den Möglichkeiten, in Frankreich auch Personentransport zu betreiben, unzufrieden: Die französische Politik schotte diesen Markt trotz den anderslautenden EU-Richtlinien ab. Faktisch komme kein Ausländer dort aufs Gleis, um Fahrgäste zu befördern.

Hans Lody

Zeitzeugen



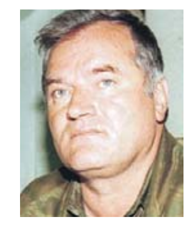
Serge Brammertz – Eine Million Seiten Beweismaterial gegen Radovan Karadzic hat der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) bisher gesammelt. Der belgische Jurist, der einer deutschsprachigen Familie entstammt, übernahm im Januar 2008 das Amt von Carla del Ponte. Der 47-Jährige begann seine Karriere als Staatsanwalt in Belgien, seit 2003 arbeitet er für den Internationalen Gerichtshof.

Alfred de Zayas – Der in Genf lebende Völkerrechtler betont die strikte Notwendigkeit, Verbrechen gegen Menschlichkeit zu bestrafen. „Internationale Gerichtshöfe schaffen mit ihren Urteilen verbindliches Völkerrecht. Deswegen sind auch die Urteile des Nürnberger Tribunals für die deutschen Vertriebenen positiv, weil sie ein zwingendes Vertreibungsverbot bereits in den frühen 1940er Jahren voraussetzen.“ Das Jugoslawientribual habe das in seinen Urteilen mehrfach bestätigt. „Skandalös ist, dass diese eindeutige Rechtslage nicht für alle Vertriebenen gleichermaßen angewendet wird, vor allem nicht auf die Deutschen.“



Slobodan Milosevic – Am Ende triumphierte er, auch wenn es seinen Tod bedeutete. 2006 verstarb der Präsident Serbiens (1989–1997) sowie Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien (1997–2000) in Haft in Den Haag noch bevor die Ankläger ihn wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilen konnten. Milosevic gilt als Schlüsselfigur der Jugoslawienkriege.

Milan Lukic – Der ehemalige Anführer der paramilitärischen „Weißen Adler“ der Serbischen Republik in Bosnien und Herzegowina ist wohl der „dickste Fisch“, der Den Haag bisher ins Netz ging und über den auch ein Urteil gefällt werden konnte. Im Juli 2009 wurde er wegen kaltblütiger Kriegsverbrechen zu lebenslänglicher Haft verurteilt.



Radko Mladic – Der ehemalige General der bosnisch-serbischen Armee wird für das Massaker in Srebrenica an rund 8000 Menschen verantwortlich gemacht. Doch bisher konnten die Ankläger des ICTY seiner nicht habhaft werden. Vieles spricht dafür, dass er zumindest zeitweise in Serbien versteckt wurde. Auch Russland kommt als Aufenthaltsort in Frage.

Gerichtshof unter Zeitdruck

Der mutmaßliche Massenmörder Karadzic spielt auf Zeit – und könnte Erfolg haben

Ende 2010 läuft das Mandat des UN-Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien aus. Die Chancen für eine Verlängerung stehen schlecht, da mehrere UN-Mächte eine juristische Aufarbeitung der Verbrechen nicht wollen. Die Verzögerungstaktik von Radovan Karadzic, einem der mutmaßlichen Haupttäter, könnte Erfolg haben.

Tagelang blieb die Anklagebank leer. Der ehemalige Präsident der bosnischen Serben Radovan Karadzic weigerte sich, seine Zelle zu verlassen und vor den Richtern zu erscheinen. Diese verhandelten indes allein vor dem UN-Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag. Die Staatsanwaltschaft beschuldigte den 64-Jährigen des Völkermordes und weiterer schwerer Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Bosnienkrieg. Um seinen Plan eines rein serbischen Staates in Bosnien-Herzegowina zu verwirklichen, soll Karadzic die Vertreibung, Folterung und Ermordung Hunderttausender bosnischer Muslime und Kroaten befohlen haben. Das Massaker an 8000 Muslimen in Srebrenica 1995 gilt als das grausamste Verbrechen in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Karadzic, der alle Vorwürfe bestreitet, droht eine lebenslange Haftstrafe. In der zweiten Prozesswoche nahm der Angeklagte dann doch im Gerichtssaal Platz – um mehr Zeit für seine Vorbereitung zu verlangen. Die Verzögerungstaktik des früheren Psychiaters ging auf. Neuer Verhandlungstermin ist der 1. März 2010.

Dabei sollte der Karadzic-Prozess das große Finale für das UN-Jugoslawien-Tribunal werden, dessen Mandat Ende 2010 ausläuft. Nachdem das Gericht bisher kein rechtskräftiges Urteil gegen einen der drei Haupttäter gefällt hat – Ex-Armeechef Ratko Mladic ist auf der Flucht, der ehemalige jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic starb während seines Prozesses an einem Herzinfarkt –, will es mit Karadzic ein Exempel statuieren und den Opfern Gerechtigkeit widerfahren lassen. Doch den Haager Richtern läuft die Zeit davon. Entweder müssen sie den Prozess gegen den Serbenführer weiter beschleunigen, wodurch die Gründlichkeit der Ermittlungen leiden würde, oder sie stellen das Verfahren ein. Der UN-Sicherheitsrat könnte zwar auch die Amtszeit der Richter verlängern. Die Chancen dafür stehen aber eher schlecht, da nicht nur das serbenfreundliche Russland, sondern auch andere Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrates die rechtliche Aufarbeitung der Jugoslawienkriege gern ad acta legen würden.

> Der Strafgerichtshof in Den Haag bleiben nur zehn Monate

Serbien hat aber seine Vergangenheit längst noch nicht bewältigt. Der Prozess zieht einen tiefen Graben durch die Gesellschaft. Auf der einen Seite stehen die serbischen Nationalisten. Sie verehren Karadzic und Mladic bis heute als Kriegshelden, die für die großserbische Sache gekämpft haben, und lehnen das Haager Tribunal als „antiserbisch“ ab. Zu ihnen gehört Karadzics Pflichtanwalt Goran Petronijevic, der bereits mehrere serbische Kriegsverbrecher und berühmte Persönlichkeiten aus der ultrarechten Szene verteidigt hat. Er wirft dem Gericht vor, politischen Druck auf die Serben auszuüben, und zitiert zynisch: „Findet die Politik Eingang in den Gerichtssaal, dann fliegt die Gerechtigkeit zum Fenster raus.“

Die so genannten prowestlichen Serben schütteln darüber nur den Kopf. Insbesondere die junge Generation will die Kriegsgräuel aufklären und den Weg für eine EU-Mitgliedschaft freimachen. Student Alexander Natschewski von der Belgrader Nichtregierungsorganisation „Keine Alternative zu Europa“ meint: „Ich bin sicher, dass Leute hier diese Politik und diese Verbrechen unterstützt haben – also haben wir Serben auch eine Verantwortung. Und deshalb denke ich, wir sollten in Sachen Vergangenheitsbewältigung dem deutschen Beispiel folgen.“ Die Menschenrechtlerin Sonja Biserko warnt daher vor Kreisen, die eine öffentliche Debatte behindern wollen: „Der serbische Nationalismus ist noch immer sehr lebendig.“ *Sophia E. Gerber*



In Bosnien wird der Karadzic-Prozess genau verfolgt: Die Angehörigen von fast 100 000 Getöteten hoffen auf Gerechtigkeit. Bild: pa

Mehr als 50 Täter verurteilt

Mitten in den Wirren des Bosnienkrieges errichtete der UN-Sicherheitsrat 1993 den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag. Er verfolgt schwere Verbrechen, die während des Balkankonflikts in den 90er Jahren begangen wurden. Ähnlich wie die UN-Gerichtshöfe von Nürnberg und Tokio steht auch dieses Tribunal im Spannungsfeld zwischen Strafrecht, Politik und historischer Aufarbeitung.

Serbische Nationalisten werfen dem Gericht vor, Angeklagte aus den eigenen Reihen zu benachteiligen. Der Menschenrechtsexperte Paolo Benvenuti kritisiert, die Haager Richter konzentrierten sich auf die Täter serbischer Nationalität und vernachlässigten etwaige Kriegsverbrechen von Nato-Mitgliedstaaten, zum Beispiel

> Urteile verhindern Legendenbildung

die Bombardierung Jugoslawiens. Tatsache ist allerdings, dass unter den ersten Angeklagten des Gerichtes weit mehr kroatische Verdächtige waren, als es ihrem Anteil unter den Tätern entsprach. Der Grund: Auf Zagreb wurde massiv Druck ausgeübt, mit dem Gerichtshof zu kooperieren, während die internationale Gemeinschaft hinnahm, dass serbische Hauptverdächtige jahrelang frei herumliefen.

Trotz dieser Probleme sowie Mangels an Geld- und Personal hat das Tribunal einiges erreicht. Es hat mehr als 50 Kriegsverbrecher verurteilt und wertvolles dokumentarisches Material über die Jugoslawienkriege gesammelt, das die Fakten festhält, die historische Wahrheit erkennbar macht und einer Mythenbildung entgegenwirkt. Für die anhaltenden ethnischen Spannungen vor allem in Bosnien und das jahrelange Ausbleiben einer Wiedergutmachung für die Opfer ist der Gerichtshof in Den Haag am wenigsten verantwortlich zu machen. *S.G. / K.B.*

Mutige Aufklärerin

Ex-Chefanklägerin Carla del Ponte bleibt das Gesicht des Tribunals

Noch heute bin ich eher eine Schlangenjägerin als eine Rechtsgelehrte“, sagt die im Tessin geborene Juristin Carla del Ponte (62), bis 2007 Chefanklägerin des Haager UN-Tribunals, im Rückblick auf ihre Jugend. Die Schweizerin kultiviert ihren Ruf als einsame Kämpferin – so in ihrem Buch „Die Jagd – Ich und die Kriegsverbrecher“.

Wo immer sie energisch die Auslieferung international gesuchter Kriegsverbrecher betrieb, sei sie in der europäischen Politik auf „Gummiwände“ gestoßen, schreibt sie. Den Völkermord in Ruanda brachte sie 1999 bis 2003 zur Anklage, zeitgleich machte sie sich vor allem am Internationalen Strafgerichtshof für Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien einen Namen (1999–2007). Seither gilt del Ponte als bekannteste Verfechterin von Menschenrechten gegen Kriegsverantwortliche in den Vereinten Nationen.

Für ihren Einsatz hat die viersprachige del Ponte, die vor ihrer Berufung nach Den Haag als Staatsanwältin im Tessin furchtlos gegen die organisierte Kriminalität vorging, hohe internationale Auszeichnungen erhalten. Kritiker werfen ihr dagegen viele Ankündigungen bei wenig konkreten Erfolgen vor. Erfolgreich verfolgte sie die Interessen von EU und USA bei der juristischen Bewältigung der Jugoslawienkriege, so ein weiterer Vorwurf.

Ihre größte Niederlage bereitete ihr Slobodan Milosevic, einst serbischer Präsident und Schlüsselfigur der Jugoslawienkriege. Nach vier Jahren Prozess starb er am 11. März 2006 in Haft, offiziell an einem Herzinfarkt. Möglicherweise gelang ihm jedoch der Freitod mittels später im Blut nachgewiesener Medikamente.

Carla del Ponte (Foto: pa)

Eine bittere Niederlage für del Ponte. Sie hatte 2002 Milosevics Verurteilung zur Messlatte für die Gesamtabrechnung mit Kriegsverbrechen in Jugoslawien erklärt. Mit dem Sozialistenführer starb für Tausende Hinterbliebene der Bürgerkriegs-Massaker die Hoffnung, den mutmaßlichen Hauptverantwortlichen verurteilt zu sehen. Auch konnten Ratko Mladic und Radovan Karadzic trotz internationaler Haftbefehle lange nicht gefasst werden – ein „schwarzer Fleck“ in der Bilanz ihrer Arbeit, so del Ponte. Erst seit Juli 2008 ist Karadzic in Haft. Del Ponte attackierte daher die Politik Nachkriegs-Serbiens und drängte auf „Kooperationspflicht“. Brüssel schob Serbiens angestrebte EU-Mitgliedschaft auf ihr Drängen hin auf die lange Bank. Sie brachte das Internationale Straftribunal zur Feststellung, Serbien habe seine Pflicht als Staat verletzt, auch wenn dem Land keine direkte Beteiligung beispielsweise am Massaker von Srebrenica, bei dem rund 8000 Muslime ermordet wurden, nachgewiesen werden konnte.

Bei Ausscheiden aus dem Amt glaubte die Karriere-Juristin nicht mehr an weitere Verhaftungen – es sei ihr nicht gelungen, der Schuld ein individuelles Gesicht zu geben, so Kritiker. Derzeit arbeitet sie als Schweizer Botschafterin in Argentinien. *SV*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND MIT OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1634**

Ja, und nun ...?

Die Kanzlerin hat ziemlich offen die Lage des Landes beschrieben, aber kaum konkrete Schlüsse gezogen

Jetzt ist sie also doch noch gekommen: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mit ihrer Regierungserklärung die angesichts der ernsten Lage unvermeidliche „Blut Schweiß und Tränen“-Rede gehalten. Entschlossenheit war der Schlüsselbegriff ihrer Rede, und doch erteilte die Regierungschefin allen „unpopulären Maßnahmen“ eine Absage.

Wann denn sonst, wenn nicht gleich nach der Regierungsübernahme sind schmerzhafte Reformen durchsetzbar? Gerade weil das so ist, war der Koalitionsvertrag für viele dem Gemeinwohl des Landes verpflichtete Bürger so enttäuschend: Wenig konkret, voller Formelkompromisse, ohne realistische Bestandsaufnahme und vor allem ohne klare Benennung der Gegenmaßnahmen schien das Dokument der wenig rosigen Lage des Landes durchaus nicht zu entsprechen.

Mit ihrer ungewöhnlich spät gehaltenen Regierungserklärung hat die Bundeskanzlerin nun einen Teil dieser Defizite erledigt. Die Bestandsaufnahme war ziemlich ungeschminkt, beispielsweise erinnerte Merkel daran, dass die Krise, die in ihren Auswirkungen erst im nächsten Jahr den Höhepunkt erreichen werde, fünfmal schwerer sei als die bisher schwerste Rezession in der Bundesrepublik in den 70er Jahren.

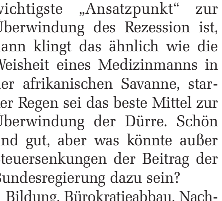
„Die Probleme werden erst noch größer, bevor es wieder besser werden kann“, erklärte Merkel klar in einer Situation, in der beispielsweise die Börsianer schon wieder „Aufschwung spielen“, noch bevor Abschwung und Krise den Arbeitsmarkt und die öffentlichen Haushalte und Sozialkassen ganz erreicht haben.

Auch die demographische Schieflage benannte sie ohne Umschweife: Dem Land würden bald Millionen junger Menschen fehlen, erklärte die Kanzlerin schnörkellos, in einer Zeit, in der viele andere Politiker immer noch über die „Chancen des demographischen Wandels“ schwätzen.

Oft fiel in der Rede das Wort „Entschlossenheit“. Das Land stehe „vor einer Bewährungsprobe wie seit der Einheit nicht mehr“, man dürfe sich da „keinen Sand in die Augen streuen“.

An dieser Stelle begannen allerdings schon die Fragen. Beispielsweise hat die Kanzlerin am Dienstag im Bundestag zwar eine „schonungslose Analyse der Lage des Landes“ angekündigt. Allerdings hätte eben diese Analyse der Regierungserklärung doch wohl eigentlich vorangehen müssen, das Parlament wäre der Ort gewesen, dem Volk die Ergebnisse der Bestandsaufnahme vorzulegen. Nicht nur an dieser Stelle

Wie ein Medizinmann, der Regen gegen die Dürre empfiehlt



fragte sich das Publikum, welche zusätzlichen Einsichten denn noch erforderlich wären, um dann schließlich irgendwann zur Tat zu schreiten.

Hier fiel die Regierungserklärung besonders enttäuschend aus. Muss die Quintessenz einer so vergleichsweise klaren Bestandsaufnahme wirklich die schroffe Absage an Ausgabenkürzungen („Ich glaube, jede Diskussion über einen solchen Weg erübrigt sich.“) sein? Stattdessen erneuerte Merkel das Versprechen einer doppelten Steuersenkung zu Beginn des nächsten und übernächsten Jahres. Allein ab 1. Januar sollen die Bürger um 22 Milliarden entlastet werden, Anfang 2011 soll dann eine große Steuerreform folgen, wenn auch hier keine genaueren Angaben über das Entlastungsvolumen gemacht wurden.

Wichtigster „Ansatzpunkt“ für die Überwindung der Krise, so Merkel, sei ein starkes wirtschaftliches Wachstum. Bei allem Respekt für die in Wirtschaftsfragen kompetente und bestens beratene Regierungschefin: So ähnlich redete schon Bundeskanzler Schröder Ende 2001, bevor eine dreijährige lähmende Stagnation folgte. Wenn starkes Wachstum der wichtigste „Ansatzpunkt“ zur Überwindung des Rezession ist, dann klingt das ähnlich wie die Weisheit eines Medizinmanns in der afrikanischen Savanne, starker Regen sei das beste Mittel zur Überwindung der Dürre. Schön und gut, aber was könnte außer Steuersenkungen der Beitrag der Bundesregierung dazu sein?

Bildung, Bürokratieabbau, Nachbesserungen am 115 Milliarden Euro schweren „Deutschland-Fonds“ zur Rettung der Unternehmen – schön und gut und alles nicht falsch, aber hier blieb die Regierungserklärung fast ebenso konturenlos wie der Koalitionsvertrag. Tatsache ist: Mit Bürokratieabbau hätten Bürger und Unternehmen schon in der letzten Legislaturperiode um 20 Milliarden Euro pro Jahr entlastet werden sollen, tatsächlich wurde es viel weniger. Tatsache ist: Investitionen in Bildung sind wichtig, aber sie entfalten – von der Grundschule an gerechnet – erst nach vielen Jahren die produktivitätssteigernde Wirkung, mit der sie sich schließlich amortisieren können. Und schließlich: Der „Deutschlandfonds“ ist (im Unterschied zum Bankenrettungsfonds SoFFin) nichts anderes als der Einstieg in die Staatswirtschaft – ein durch und durch sozialdemokratisches Projekt und gleichsam ein Krematorium für Steuermilliarden, das eine bürgerliche Regierung, der an der Stärkung der Wirtschaft gelegen ist, am besten gar nicht erst reformieren, sondern abschaffen sollte.

K. Badenheuer



Ein bisschen Entschlossenheit: Im Ton dynamisch vermied die Kanzlerin die Benennung wirksamer Maßnahmen. Bild: ddp

MELDUNGEN

Polizeischutz für Moscheebau

Köln – Eine Hundertschaft Polizei war zur Grundsteinlegung für die geplante Kölner Großmoschee angerückt, um Demonstranten von den Feierlichkeiten fernzuhalten. Doch letztlich waren es nur noch knapp 80, die über Lautsprecher vor der „Türkisierung und Islamisierung Europas“ warnten. Die Veranstaltung mit ihren vielen Ehrengästen aus der Türkei und der deutschen Politik konnten sie nicht weiter behindern. Kölns ehemaliger Oberbürgermeister Fritz Schramma beschwor die Moschee als Zeichen einer rosigen Zukunft für das türkisch-kölsche Zusammenwachsen, und die christlichen Kirchen nannten die Moschee einen Ort „des Miteinanders und des Dialogs“. Die Großchmoschee wird von der Ditib, die indirekt dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan untersteht, finanziert. *Bel*



»Jamaika« an der Saar steht

Saarbrücken – Eigentlich hatte Oskar Lafontaine Ministerpräsident im Saarland werden wollen, doch selten war er so weit davon entfernt wie in dieser Woche. Auch deswegen verfolgte der Chef der Linken lieber in Berlin die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin als die Wiederwahl von Peter Müller (CDU) zum Ministerpräsidenten an der Saar. Müller bekam mit 27 Stimmen genauso viele Stimmen, wie CDU, FDP und Grüne gemeinsam im Landtag haben und ist somit der erste Regierungschef eines schwarz-gelb-grünen Bündnisses in Deutschland. Der 54-jährige Politiker, der seinen Amtseid mit der Formel „So wahr mir Gott helfe“ sprach, hat den Grünen für ihre Zusammenarbeit viele Zugeständnisse gemacht: keine Studiengebühren für das Erststudium, die Einführung einer Gemeinschaftsschule neben dem Gymnasium und das Festhalten am Atomausstieg. *Bel*

Russki-Deutsch (42):

Aeroflot

Von Wolf Oschlies

Aeroflot – Russische Luftfahrtlinien“ ist der volle Name eines einstigen Staatsunternehmens, das zu Sowjetzeiten mit 10 000 Flugzeugen die größte Fluggesellschaft der Welt war. Daran erinnert nur noch das Firmenlogo – geflügelte Hammer und Sichel. Seit 1992 ist Aeroflot eine Aktiengesellschaft, bemüht, ihr schlechtes Image zu überwinden: „Aeroplatsch“ wurde sie wegen vieler Unglücke in der DDR spöttisch apostrophiert.

Aeroflot entstand 1932 durch Zusammenlegung mehrerer Gesellschaften, die sich seit 1923 gebildet hatten. Geburtshelfer der russischen Luftfahrt waren Deutsche, die mit der „Deutsch-Russischen Luftverkehrs AG“ (Deruluft) von 1921 bis 1937 die sowjetischen Auslandsflüge besorgten. Wie die Gesellschaft später auftrat, hat 1973 der deutsche Journalist Rolf Winter beschrieben: „Aeroflot-Flugzeuge ließen ihre geduldigen Passagiere bis zu fünf Tagen in den Wartesälen hocken, ohne sie auch nur darüber zu verständigen, wann und ob überhaupt noch mit dem Abflug zu rechnen sei.“

Aeroflot reizte jedermanns Spottlust: Die Stewardessen bejahrte Mütterchen-Russland-Typen, das Essen zähe Hähnchen, die legendären „Gummiadler“, die Essbestecke schmiedeeisernes Schanzwerkzeug. Am schlimmsten aber war die Sicherheit der Aeroflot, die zwischen 1953 und 1990 bei Unglücken knapp 7000 Todesopfer hatte. Ich habe 1974 bei einem Flug nach Leningrad eine Notlandung in Stockholm miterlebt, die mir bis heute Albträume einjagt. Generell hat sich die Situation enorm verbessert, weil Aeroflot seit 1998 die alten Tupolew- und Iljuschin-Maschinen aus Sowjetzeiten durch erprobte Modelle aus dem Westen ersetzte. Dabei zeigte Aeroflot Pfiffigkeit: Um ihre Airbus- und Boeingflugzeuge vor hohen russischen Importsteuern zu bewahren, ließ sie diese auf den Bermuda-Inseln registrieren. Wartung und technische Betreuung der Aeroflot obliegen der deutschen Lufthansa.

Aeroflot wird langsam eine normale, international operierende Fluggesellschaft. Sie ist mit westeuropäischen Gesellschaften im „Sky Team“ vereint, pflegt ein Sonderverhältnis zur Alitalia und hat 2004 Teile des Inlandsgeschäfts an ihre Tochtergesellschaft „Aeroflot Nord“ abgegeben.

Schöne Demokraten

Ausgerechnet »Roter Stern Leipzig« geehrt

Sportlich gesehen ist Roter Stern Leipzig keine große Nummer. Der 1999 gegründete Verein spielt in der Bezirksklasse. Doch der kommunistische Stern, das Emblem der Kicker, verrät, dass es sich trotzdem um einen etwas anderen Fußballklub handeln muss. Roter Stern Leipzig (RSL) ist nach eigenem Bekunden ein „linksalternatives Sportprojekt“, das alle Vereinsentscheidungen einstimmig fällt und als symbolischen Akt bisher nur Präsidentinnen an die eigene Spitze berufen hat.

Früher linksextrem, jetzt vorbildlich?

Neben dem Kicken organisieren die Mitglieder auch antifaschistische Lesungen und Demonstrationen. Unter anderem deshalb ist die grüne Bundestagsabgeordnete Monika Lazar dem Verein beigetreten, um auf Diskriminierungen im Fußball aufmerksam zu machen. Sie war auch eine der ersten, die sich über die Gewalt während eines Ligaspiels am 24. Oktober beim FSV Brandis empörte. Damals hatten 50 Hooligans RSL-Fans verprügelt. Einem Fan brachen sie den Unterarm, ein anderer musste mit Jochbeinbruch ins Krankenhaus. Das sind keine schönen Szenen, doch in gewisser Hinsicht kam dieser Vorfall gerade zur rechten Zeit.

Monika Lazar etwa forderte sofort: „Die Fördergelder für Projekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft müssen gesichert und angehoben werden.“ Der Verein zog nach. Für Geschäftsführer Adam Bednarsky bot sich durch das bundesweite Medieninteresse die Gelegenheit, anderen Vereinen Probleme mit Rechtsextremismus, Homophobie und Sexismus zu unterstellen. In Sachen Extremismus könnte „Roter Stern“ allerdings erst einmal vor der eigenen Tür kehren. Anfangs wurde der im berüchtigten Stadtteil Connewitz beheimatete Klub sogar vom Verfassungsschutz beobachtet. Militante Linksextremisten, die jedes Jahr am 1. Mai Massenschlägereien anzetteln, duldet der Verein noch heute in seinen Reihen.

Trotzdem erhielt Roter Stern Leipzig am 9. November den mit 30 000 Euro dotierten Sächsischen Förderpreis für Demokratie. „Für sein mutiges Engagement“ und nicht aufgrund der Neonazi-Übergriffe belohne man den Verein, betonte Anetta Kahane, Vorsitzende der mitausrichtenden Amadeu-Antonio-Stiftung. *F.M.*

Kopie der Privaten

ZDF mit Kanal »neo« auf Abwegen

Für das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) stehen schwere Zeiten an: Der Mainzer Sender, der mit schlechten Quoten und Überalterung seines Publikums zu kämpfen hat, muss diesen Monat richtungsweisende Entscheidungen treffen. Bereits zum 1. November hat das „Zweite“ die erste Weiche gestellt, indem es den neuen Spartenkanal zdf_neo an die Stelle seines bisherigen Doku-Senders gesetzt hat. Programmdirektor Thomas Bellut erklärte dazu: „Wir müssen die Frage beantworten können: Weshalb zahlen die Jüngeren Gebühren? Und Jüngere haben eben andere Fernsehgewohnheiten und darauf müssen wir eingehen, aber wir bleiben dadurch öffentlich-rechtlich.“

Chefredakteur muss um sein Amt zittern

Ob Bellut damit recht behält, ist fraglich, denn das Programm von zdf_neo liest sich wie eine schlechte Kopie des privaten Fernsehens. Hauptsächlich laufen zweitklassige Doku-Soaps, US-Comedyserien und Wiederholungen von Dokumentationen. Das legt die Schlussfolgerung nahe, das öffentlich-rechtliche Programm nähere sich immer mehr den privaten Sendern an und mache sich damit selbst überflüssig.

Auch für den Posten des ZDF-Chefredakteurs bahnt sich eine Verjüngung an. Zwar möchte Intendant Markus Schächter zur Verwaltungsratssitzung am 27. November eine Vertragsverlängerung des 60-jährigen Nikolaus Brender durchsetzen. Doch diese gilt als unwahrscheinlich, da die unionsnahen Mitglieder dieses Gremiums mit dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) an der Spitze den seit 2000 amtierenden Chefredakteur nicht mehr unterstützen wollen. Der eher linke Brender bräuchte eine Drei-Fünftel-Mehrheit. Der Verwaltungsrat ist aber unionsdominiert, womit seine Wiederwahl einer Sensation gleichkäme.

Der Fall, dass sich Intendant und Verwaltungsrat nicht auf einen Chefredakteur einigen können, wäre ein Novum und juristisch nicht eindeutig geklärt. Sollte Brender bei der Wahl durchfallen, dürfte die Angelegenheit vors Bundesverfassungsgericht gehen. Die Führungsschwäche des ZDF würde dann noch größere Wellen schlagen und es läge in den Händen der Karlsruher Richter, dem Mainzer Sender auf die Sprünge zu helfen. *Felix Menzel*

MELDUNGEN

Russen sollen Lettisch lernen

Riga – Das staatliche Sprachzentrum Lettlands, verantwortlich für die Stärkung und den Gebrauch der lettischen Sprache, schickt zur Zeit Inspektoren aus, um in Parlamenten und Behörden die Beamten auf ihre Kenntnisse der Amtssprache Lettisch zu überprüfen. Notorischen Sprachverweigerern drohen nun Geldbußen zwischen 35 und 70 Euro. In Dünaburg (Daugavpils) mussten sich bereits der stellvertretende Parlamentsvorsitzende Grigorij Nemzow und der Abgeordnete Richard Ejmgis verantworten. Auch in Rositten (Rezekne) wurde zwei ethnischen Russen eine Strafe auferlegt. Als nächstes wollen die Inspektoren sich um Zollbeamte in Libau (Liepaja) kümmern. Dort lebende Bürger hatten sich wiederholt darüber beklagt, dass einige Zollbeamte zu wenig Lettisch könnten. *MRK*

Israel behindert den Vatikan

Jerusalem – Der Apostolische Nuntius in Israel, Erzbischof Antonio Franco, hat zunehmende Schwierigkeiten bei Visum-Ansuchen für Geistliche beklagt: Selbst für europäische Priester und Ordensleute, so der päpstliche Botschafter, seien Aufenthaltsgenehmigungen von zwei Jahren auf ein Jahr reduziert worden. Es sei nicht erkennbar, warum manche Anträge genehmigt, andere abgelehnt und manche einfach ignoriert würden. Die Personalplanung der Kirchen im Heiligen Land werde durch diese Visapolitik sehr erschwert. Derartige Probleme seien zwar nicht ganz neu, doch müsse man feststellen, dass sie deutlich größer geworden seien, seit Ministerpräsident Benjamin Netanjahu das Innenministerium mit Eli Yishai, einem Politiker der ultrareligiösen Schas-Partei, besetzt hat. *RGK*

Brüssel sucht Mister Farblos

Die Besetzung der beiden neuen Spitzenjobs in der EU verkommt zum Postengeschacher

Dass es bei der Besetzung von übernationalen Posten nicht um Fähigkeiten geht, ist nicht ungewöhnlich, doch die Motive der 27 EU Regierungen lassen staunen.

„Er changiert zwischen farblos und grau", lästert das „Handelsblatt" über den belgischen Premier Herman van Rompuy. Dieser hat sich in seiner bisherigen politischen Laufbahn sehr kompromissbereit gezeigt, und manche sagen, er sei selber ein Komrpomiss. Da sein Vorgänger, der gewählte Premierminister Yves Leterme, die in Belgien so zerstrittenen Flamen und Wallonen der verschiedenen Parteienzugehörigkeit nicht hatte einen können, ernannte König Albert II. van Rompuy zum Premier. Dessen ausgleichendes Wesen, seine Mehrsprachigkeit und die Tatsache, dass er aus einem kleinen Land kommt, sorgen dafür, dass zumindest Londoner Buchmacher darauf wetten, dass der 62-jährige Flame erster Präsident des Europäischen Rates, dem Gremium der Staats- und Regierungschefs der EU, wird.

Dieses Amt ist neu. Vor Jahren einigten sich die 27 EU-Staaten auf die Schaffung dieses Postens. Auch einen „Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik" soll es geben. Und da die Tschechische Republik am 3. November als letzter unter den 27 EU-Staaten nach langem Ringen den Lissabon-Vertrag ratifiziert hat, gibt es ab sofort diese beiden neuen Spitzenposten in der EU.

Und so wurde am 9. November, als in Berlin zum zweiten Mal die Mauer fiel – in diesem Jahr bestehend aus über 1000 Dominosteinen aus Styropor –, zwischen den anwesenden Regierungschefs die Besetzung der neuen Posten heiß diskutiert. Vor allem der amtierende schwedische EU-Ratspräsident Fredrik Reinfeldt, aber auch Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy und der britische Premier Gordon Brown machten Vorschläge. Besonders laut fiel dann auch der Name Jan Peter Balkenende, doch ob der niederländische Ministerpräsident mehr Zustimmung erhalten kann als van Rompuy, soll erst auf einem Sondergipfel geklärt werden. Eigentlich war dieser für den 12. November geplant, doch bei Redaktionsschluss dieser Zeitung zeichnete sich ab, dass der Termin verschoben würde.



Immer zu einem Kompromiss bereit: Zumindest für die Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedsstaaten ist EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso die perfekte Besetzung. Bild: ddp

Am 20. Jahrestag des Mauerfalls gab sich die Berliner Gastgeberin als Zuhörerin, da Merkel nicht direkt ein eigenes Pferd ins Rennen schicken will. Zwar befürwortet sie die Kandidatur des Italieners Massimo d'Alema als „Hoher Vertreter", doch das liegt weniger an der Qualifikation des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten (1998–2000), als vielmehr an der Tatsache, dass sie Rom jetzt einen EU-Posten zukommen lassen möchte. Merkel hofft, dass die Italiener dann im Gegenzug nicht ihren Zentralbankchef Mario Draghi als Nachfolger des Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, ins Spiel bringen. Dies wiederum erleichterte es der deutschen Kanzlerin, ihren eigenen Kandidaten, den deutschen Notenbankchef Axel Weber, auf diesen Posten zu setzen. Denn auch wenn Merkel stets betont, wie wichtig diese beiden neuen Posten in der EU seien, so handelt es sich doch nur um repräsentative und gut dotierte Stellen (Jahresgehalt etwa 250000 Euro) – gestalten kann man an anderer Stelle. Gerade deswegen soll der EU-Präsident auch aus einem kleinen Land kommen, da er sich eher mit der Aufgabe des Sitzungsleiters bei EU-Gipfeln zufrieden geben würde als eine Person, die zuvor in einem großen Land in Würden war. Allein deswegen wäre Tony Blair, der kurzzeitig als neuer EU-Präsident gehandelt wurde, nicht mehrheitsfähig gewesen. Der selbstbewusste ehemalige britische Premier sucht dringend nach einer neuen Aufgabe. Doch der 56-jährige wurde selbst von seinem Land nicht unterstützt. Die britischen Konservativen unter David Cameron hassen Blair noch mehr, als sie die EU verachten, und Blairs Nachfolger Gordon Brown wollte am liebsten seinen Außenminister David Miliband als „Hohen Vertreter" sehen. Der wiederum ahnte, was Brown beabsichtigte und winkte ab: Er wolle bei seiner am Boden liegenden Partei nicht den Eindruck hinterlassen, er verlasse „wie eine Ratte das sinkende Schiff". Die bei den Wahlen 2010 vermutlich den Tories unterliegende Regierungspartei Labour sah diese Äußerung als Bewerbung auf die Nachfolge von Parteichef Brown, der nach der zu erwartenden Wahlniederlage seine politische Karriere beendet haben dürfte.

Doch während Miliband lieber die Führung einer stark geschwächten Partei als einen aus Koordinationsaufgaben bestehenden EU-Posten anstrebt, war sich Blair nicht zu schade, in Paris und Berlin anzurufen und um Unterstützung zu bitten. Doch der Bettelanruf brachte nichts, soll doch der Präsidentenposten mit einem Konservativen besetzt werden, was Blair ja nun mal nicht ist. Und als „Hohen Vertreter", dem Quasi-Außenminister-Posten, der mit einem Sozialdemokraten besetzt werden soll, wollen die eigenen Parteigenossen den Irakkrieger Blair nicht sehen.

Aber auch Merkels Kandidat d'Alema ist umstritten. Vor allem aus Osteuropa kommt Kritik. Dort stößt die kommunistische Vergangenheit des Italieners auf Empfindlichkeiten. EU-Parlamentspräsident Jerzy Buzek fehlt zudem bei der Vergabe der Posten die „geografische Balance" zwischen Ost und West. Doch das demokratisch gewählte EU-Parlament hat bei der Wahl des jetzt neuen Präsidenten und des „Hohen Vertreters" nichts zu sagen. Der Präsident wird nämlich vom Europäischen Rat, also den 27 Regierungsvertretern, für eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren gewählt und ersetzt den Vorsitzenden des Europäischen Rates, auf dessen Posten zur Zeit der Schwede Reinfeldt ist. Der „Hohe Vertreter" hingegen wird durch den Rat der EU, bestehend aus den Vertretern jedes Mitgliedstaats auf Ministerebene, ernannt.

Allerdings dürfen Buzek und sein Parlament ihr Veto zu den neuen EU-Kommissaren geben, da diese Posten in den nächsten Wochen ebenfalls neu besetzt werden.

Rebecca Bellano

Kiew unter Druck

Gasstreit, Schweinegrippe und Wahlkampf

Schlecht steht es dieser Tage um die Ukraine: Schwer getroffen von der Wirtschaftskrise, leidet das Land nun unter der Schweinegrippe: Über 200000 Menschen sind infiziert, vier Ärzte und über 70 weitere Menschen starben bereits, neun Regionen wurden unter Quarantäne gestellt. Medikamente und Impfstoffe stehen kaum zur Verfügung. Ein Etat von 4,2 Millionen Euro, den die Regierung im April zur Bekämpfung der Seuche bereitgestellt hatte, ist zum Großteil durch Korruption versickert.

> EU soll für Schulden der Ukraine einstehen

Gleichzeitig ist der Gaskonflikt mit Russland wieder aufgebrochen, weil Kiew die Oktoberrechnung an Gazprom zunächst nicht zahlen konnte. Erst in letzter Stunde hat Premierministerin Julia Timoschenko Mittel aus der Staatsreserve lockergemacht. Schon seit einiger Zeit sei es eine monatliche Zitterpartie, ob die Ukraine ihre Gasrechnung zahlen könne, sagte der stellvertretende Premierminister Grigorij Nemyria. Sein Land erwarte Sonderkredite von der EU, weil die Energiesicherheit Europas ein unteilbares und somit europäisches Problem sei. Diese Einstellung dürfte dem russischen Ministerpräsidenten Putin aus der Seele sprechen. Er fordert von der EU, für die Schulden der Ukraine einzustehen, und drohte andernfalls mit erneuten Lieferengpässen für den Westen.

In Brüssel nahm man das zunächst gelassen auf. Weil die Ukraine seit Monaten die international geforderten Reformen nicht umsetzt, zögerte aber auch der Internationale Währungsfonds (IWF) mit neuen Krediten. Doch die ukrainische Wirtschaft ist ineffizient und verbraucht zu viel Energie. Die Gastransitleitungen bedürfen dringend der Modernisierung.

Die Ukraine steckt mitten im Präsidentenwahlkampf. Am 17. Januar treten die drei Kontrahenten der vorherigen Wahlen – der westlich orientierte Amtsinhaber Viktor Juschtschenko, Julia Timoschenko und der pro-russische Viktor Janukowitsch – erneut gegeneinander an. Beobachter glauben, dass weder Moskau noch Kiew an der Eskalation des Gasstreits interessiert sind, sondern dass Putin inzwischen auf Timoschenko setze und mit seiner Drohung nur Juschtschenko schwächen und damit die Wahl beeinflussen wollte. *MRK*

Türkische Charmeoffensive

Erdogan umwirbt Araber und verteidigt das iranische Atom-Programm

In der türkischen Politik hat sich in den letzten Jahren ein deutlicher Wandel vollzogen – hin zu mehr Islam und pan-islamischer Solidarität. Jüngstes Anzeichen dafür war der Staatsbesuch von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan im Iran. Dabei verteidigte Erdogan das iranische Atom-Programm, verurteilte Sanktionen und kündigte eine verstärkte türkisch-iranische Zusammenarbeit in Wirtschaft und Sicherheit an.

Die früher ausschließliche Westorientierung der Türkei, zu der auch die enge militärische Partnerschaft mit Israel gehört, geht im wesentlichen auf Kemal Atatürk zurück und wurde im Kalten Krieg durch den Beitritt zum Europarat 1949 und zur Nato 1952 verfestigt. In weiten Teilen der Bevölkerung, keineswegs nur in „bildungsfernen Schichten", hat sich allerdings ein Umdenkprozess vollzogen, der schließlich in den Wahlsieg von Erdogans AKP 2002 mündete.

> Erdogan fühlt sich von Israel hintergangen

Die Ursachen sind vielfältig, haben aber primär mit der Behandlung muslimischer Staaten und Völker durch den Westen zu tun – Stichwörter Palästina, Irak, Afghanistan und Pakistan. Dazu kommt nun auch Frust über Widerstände in der EU gegen eine Aufnahme der Türkei. Aber bereits der Irak-Boykott ab 1992 hatte die Osttürkei auch wirtschaftlich schwer getroffen. Und Erdogan sieht sich durch Israel sogar persönlich mehrfach hintergangen: Vor allem durch den israelischen Luftangriff auf eine vermutete Atomanlage in Syrien 2007, der über die Türkei hinweg erfolgte, und den jüngsten Gaza-Krieg, den der damalige Premier Olmert einen Tag nach seinem Besuch bei Erdogan startete.

Die neue Linie wird von manchen Kommentatoren auch als „neo-osmanisch" bezeichnet, weil sie im Unterschied zu dem auf die Turkvölker Asiens fixierten Pan-Turanismus „aufgeklärter" türkischer Ultranationalisten nicht in diesem Ausmaß auf Sprache und „Türkentum" ausgerichtet ist, sondern eben eher auf die „Umma", die „Gemeinschaft der Gläubigen" – sowie auf Gebiete, die einst zum Osmanischen Reich gehörten. Das erklärt etwa auch die vorsichtige Auflockerung in den Beziehungen mit dem christlichen Armenien.

Das erklärt ebenso das besondere Engagement am Balkan, nicht nur in Bosnien und Kosovo, und an verstärkter Zusammenarbeit mit Syrien und dem Irak. Nicht zu vergessen, dass der Sultan als Kalif auch Hüter der heiligen Stätten in Palästina war und dass die Anteilnahme an der Unterdrückung der Palästinenser, weil unterschwellig auf Nostalgie beruhend, sehr emotional ist. Man sah dies an den jüngsten Demonstrationen gegen die USA, als diese von ihrer Forderung nach einem israelischen Siedlungsstopp abrückten.

> Es geht auch um die Verhinderung eines Kurdenstaates

Die verstärkte Zusammenarbeit mit dem Iran ist angesichts der westlichen Drohungen mit einer Verschärfung des Boykotts bis hin zu Militäraktionen besonders brisant. Der bilaterale Handel, 2008 im Volumen von sieben Milliarden Dollar, soll ausgebaut und auf die Landeswährungen umgestellt werden. Die Türkei kündigte außerdem Investitionen von 3,5 bis vier Milliarden Dollar zur Erschließung des iranischen Erdgasfelds South Pars an und will iranisches Gas teils selbst konsumieren, teils über die geplante Gasleitung Nabucco nach Europa weiterliefern.

Bei der Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen geht es nicht um Militärabkommen, sondern um den Kampf gegen gemeinsame innere Feinde. Das sind aufständische Kurden sowie sunnitische Extremisten, die vom Westen vereinfachend unter Al-Kaida zusammengefasst werden. Deren Terroranschläge waren in beiden Ländern lange Zeit ebenfalls gerne den nationalen Minderheiten zugerechnet worden, also den Kurden und im Iran auch den Belutschen – eine Propagandalüge, die sich nicht aufrechterhalten lässt.

In der Kurdenfrage hat Erdogan bereits einige bemerkenswerte Schritte gesetzt: Ein kurdisches Fernsehprogramm wurde zugelassen. Mit dem seit 1999 auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan gibt es indirekte Verhandlungen, und nun soll er sogar aus der Einzelhaft „erlöst" werden: Er bekommt Mitgefangene. Der türkische Außenminister besuchte Erbil, was eine formelle Anerkennung der kurdischen Regierung im Nordirak bedeutet. Kurdenpräsident Masud Barzani lobte dafür Erdogan in den höchsten Tönen – was wie eine Absage an die türkischen Kurden aussieht. Umso größer ist daher das iranische Interesse, dass nun auch die iranischen Kurden nicht mehr auf Unterstützung von den Nachbarn hoffen können. *RGK*

Opel: Aussichten bleiben düster

Experten warnen: Autokrise noch lange nicht vorüber – Kritiker der Staatshilfen fühlen sich bestätigt

GM will Opel behalten, weil der US-Konzern sonst noch weniger Überlebenschancen hätte. Fachleute bleiben jedoch äußerst skeptisch. Das Grundproblem: Die Welt-Autoindustrie hat Überkapazitäten von rund 30 Prozent, aus globaler Perspektive ist der ganze GM-Konzern überflüssig.

Unterschiedlicher konnten die Reaktionen kaum ausfallen: Während die Entscheidung von General Motors (GM), Opel nun doch zu behalten, in Deutschland für Schock und Verärgerung sorgte, quittierten die Opelaner an anderen europäischen Standorten die für viele überraschende Wende mit Freude und Genugtuung. Namentlich in England und Spanien wurde die neue Linie aus Detroit ausdrücklich begrüßt.

Die Furcht war groß gewesen, dass die massive finanzielle Unterstützung, die Berlin dem Autobauer in Aussicht gestellt hatte, dazu führen würde, dass die unumgängliche Schrumpfkur des Unternehmens vor allem zu Lasten nichtdeutscher Produktionsstandorte gehen würde. Nun geben spanische Kommentatoren offen ihrer Hoffnung Ausdruck, dass das dortige Werk davon profitieren könnte, wenn beispielsweise das Opel-Werk in Eisenach sein Pforten schließe. Von der Solidarität, welche die deutschen Arbeiter monatelang mit ihren europäischen Kollegen zum Ausdruck brachten, ist in umgekehrter Richtung, da neben Antwerpen vor allem Eisenach und Bochum auf der Kippe stehen, wenig zu spüren.

Im Vorfeld der Deutschland-Reise von GM-Chef Fritz Henderson beruhigten sich indes auch die Gemüter in Deutschland wieder ein wenig. Vor allem die Arbeitnehmervertreter ahnten schnell, dass eine markige „Ohne uns“-Haltung zu ihrem Nachteil ausgehen könnte.

Bestätigt fühlen sich jene, die sich von Anfang an gegen die üppigen Staatszusagen ausgesprochen hatten. Der neue Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) weiß sich da ganz im Einklang mit Vorgänger Karl-Theodor zu Guttenberg. Der Christsoziale hatte aus Protest gegen die Milliardenzusagen an Magna offen mit Rücktrittsgedanken gespielt. Brüderle gab sich hinsichtlich von Forderungen seitens GM nach staatlicher Unterstützung für die Opel-Sanierung äußerst zugeknöpft.

Unterstützung bekommt Brüderle hierbei von dem Automobil-Experten Ferdinand Dudenhöffer. Dieser hatte von Anfang an davor gewarnt, sich im Falle von Opel staatlicherseits zu sehr einbinden zu lassen. Kritiker wie Dudenhöffer verweisen, neben der schwierigen Lage von Opel, auf das negative Gesamtumfeld: Die Nachfrage auf dem globalen wie dem deutschen Automarkt liege sehr weit unter den Produktionskapazitäten der Autobauer. Während derzeit weltweit rund 90 Millionen Wagen pro Jahr vom Band laufen könnten, besteht groben Schätzungen zufolge nur für etwa 60 Millionen Nachfrage. Dementsprechend bezeichnet auch Daimler-Chef Dieter Zetsche die Lage (trotz einer gewisser Erholung gegenüber dem Tiefpunkt) als weiterhin düster. Und dies, so Zetsche, werde noch auf Jahre hinaus so bleiben.

> Daimler-Chef Zetsche: Branche steht vor schweren Jahren

Die jüngsten Zahlen von Opel widersprechen dem nur auf den ersten Blick: So konnte das Unternehmen nach Informationen der „Financial Times Deutschland“ eine Bargeld-Reserve von 1,75 Milliarden Euro aufbauen, seitdem seine Überschüsse nicht mehr wie früher an GM weitergeleitet werden. Damit wäre es für die Rüsselsheimer kein Problem, den Überbrückungskredit der Bundesregierung in Höhe von 900 Millionen Euro pünktlich bis Ende dieses Monat zurückzuzahlen. Nach Auffassung von Dudenhöffer sagen die schönen Zahlen aber nur wenig über die Aussichten von Opel. Die Gewinne seien vor allem eine Folge der deutschen Abwrackprämie, welche zu einem künstlichen Boom geführt habe. Im kommenden Jahr werde es erst richtig ernst, 2010 werde aller Voraussicht nach noch weit kritischer als 2009.

Experten empfehlen, auf die versprochene größere Eigenständigkeit Opels von GM ein besonderes Augenmerk zu richten. An der Konzernmutter lässt Dudenhöffer kein gutes Haar und spricht den Amerikanern sogar ab, überhaupt „geordnete Strukturen“ zu haben – ein vernichtendes Urteil, das indes verständlich macht, warum sich GM letztlich nicht von Opel trennen wollte: Ohne die deutsch-europäische Tochter ist dem einst größten Automobilhersteller der Welt der Untergang noch sicherer als mit ihr.

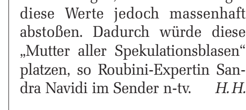
Mit Blick auf die vergangenen zwölf Monate zweifeln Beobachter indes daran, ob die Amerikaner zu einer langfristigen Strategie überhaupt imstande sind. Oder war die angebliche Verkaufsabsicht nur ein übler Trick? Aufgeputscht von der stimulierende Perspektive einer Loslösung Opels vom GM-Konzern hat Berlin vor aller Welt preisgegeben, wie weit es zu gehen bereit ist, um die heimischen Standorte zu retten: sehr, sehr weit.

Dabei ist nicht verborgen geblieben, dass nicht allein soziale oder wirtschaftliche Erwägungen den Ausschlag geben, ob der deutsche Staat seine Taschen öffnet. Auch sentimentale Besonderheiten spielen eine Rolle: So löst die Krise eines schwäbischen Generika-Herstellers oder einer mecklenburgischen Werft über ihre Region hinaus kaum Schockwellen aus. Die Bundespolitik äußert hier bestenfalls ihr Bedauern und verweist auf die „veränderte Marktlage“ und den daher „unausweichlichen Strukturwandel“. Nur in gewissen Branchen, genannt seien etwa Autobau oder Kohleförderung, gelten drohende Zusammenbrüche sogleich als nationale Herausforderung. Das wird GM zu nutzen wissen. *Hans Heckel*



Einseitige Solidarität? Deutsche Opel-Arbeiter auf der Straße für ihre europäischen Kollegen — Bild: Reuters

MELDUNGEN



»Mutter aller Blasen« droht

New York – Die Experten von Roubini Global Economics warnen vor einer neuen, noch gigantischeren Spekulationsblase. Der schwache Dollar und niedrige Zinsen scheuchten die Investoren scharenweise in risikoreiche Anlagen bei Öl und Aktien. Sobald der Dollar sich stabilisiere und die Zinsen wieder steigen, dürften die Anleger diese Werte jedoch massenhaft abstoßen. Dadurch würde diese „Mutter aller Spekulationsblasen“ platzen, so Roubini-Expertin Sandra Navidi im Sender n-tv. *H. H.*

Neue Länder holen auf

Nürnberg – Die neuen Bundesländer setzen ihren Aufholprozess gegenüber Westdeutschland fort, so das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Nachdem der Prozess seit Ende der 90er Jahre ins Stocken geraten war, haben die neuen Länder laut IAB besonders vom Aufschwung 2006 bis 2008 profitiert und sind bislang auch realitiv gut durch die Krise gekommen. Es fehle indes noch immer an einer starken Industrie, Forschung, Entwicklung und Unternehmensdienstleistungen. Auch gebe es noch zu wenig Großbetriebe. *H. H.*

Brown von USA ausgebremst

St. Andrews – Der britische Premier Gordon Brown sorgte beim Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs aus den 20 größten Industrie- und Schwellenländern (G 20) für Überraschung, als er die Forderung von Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Staatspräsident Sarkozy nach einer Finanzmarkt-Umsatzsteuer unterstützte. Der Brite, der sonst jede Form der Bankenregulierung vermeiden möchte, wurde jedoch vom US-Finanzminister Timothy Geithner ausgebremst. *Bel*

Einfluss durch Aktionismus

EU prophezeit deutschen Stellen-Kollaps und will Mitsprache

Den Stabilitätspakt einhalten, Wirtschaft und Arbeitsmarkt stabilisieren – die EU erwartet einiges von Deutschland, wie die jüngste Tagung der Finanzminister der EU-Staaten gezeigt hat. Zugleich warnt Brüssel gerade die Bundesrepublik: „Die derzeit stabile Beschäftigungslage ist nicht nachhaltig“, so die EU-Kommission. Sie misstraut dem deutschen Beschäftigungswunder, der im Euro-Vergleich relativen Ruhe am Arbeitsmarkt.

Zu wenig Produktivität, keine Nachhaltigkeit, darin sieht Brüssel die Gefahren für Arbeit in Deutschland. Gerade im Wundermittel Kurzarbeit, das Deutschland vor Stelleneinbrüchen wie in Spanien und England bewahrt, entdeckt die Kommission jetzt ein Instrument, das den Druck auf den Arbeitsmarkt nur in die nahe Zukunft verlagert. Im März noch hatte der Vorsitzende der Eurogruppe und damit für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik im einheitlichen Währungsraum zuständige Jean-Claude Juncker (Luxemburg) europaweit mehr Kurzarbeit gefordert. Jetzt zeigen sich die Folgekosten. Brüssel drängt Deutschland zur Wachsamkeit. Im nächsten Jahr, mit dem Auslaufen der Kurzarbeit bei jetzt schon krisengeplagten Firmen droht deutlich mehr Arbeitslose, so Brüssel. Von jetzt 7,7 steige die Arbeitslosenquote dann auf 9,2 Prozent, prophezeien die Experten der EU-Kommission. Gegenmittel empfiehlt die EU jedoch nicht – sie hat keine. In diesem

> Wege zur Vermeidung der Krise werden nicht genannt

Punkt wie in der Analyse ist sie sich mit der Bundesregierung und den Spitzen der Bundesagentur für Arbeit einig – Motto: Die Kurzarbeit geht, die Ratlosigkeit kommt. Frank-Jürgen Weise, Chef der Bundesagentur, sagt, die „richtige Belastung“ sei „erst im nächsten Jahr“ zu erwarten.

Die Herbstprognose der Regierung rechnet mit 190 000 Job-Verlusten noch in diesem Jahr, 2010 solle dieser Wert nochmals deutlich steigen, heißt es aus Berlin. Die EU vertraut indes darauf, dass Deutschland als Motor das europäische Fahrzeug wieder beschleunigt: „Wenn man Minister Schäuble zuhört, hat man den Eindruck, dass man einem sehr glaubwürdigen Politiker zuhört“, sagt der aus Spanien stammende EU-Wirtschaftskommissar Joaquin Almunia. Brüssel nimmt die neue deutsche Finanz- und Steuerpolitik einschließlich Steuersenkungen im „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ mit den dafür zu erwartenden neuen Schulden erst einmal hin. Später kann die auf Mitsprache bei der entscheidenden nationalen Wirtschaftspolitik bedachte Kommission immerhin sagen, sie habe gewarnt. Schwarz-Gelb hat also trotzdem 2011 mit dem Abbau krisenbedingter Schulden anzufangen, darauf legen die Finanzminister der anderen Staaten sowie die EU größten Wert. Gegen 20 EU-Mitglieder hat die Brüsseler Kommission schon Verfahren wegen Nichteinhaltung des Stabilitätspaktes eröffnet. Sollte die Bundesregierung hiesigen Gewerkschaftsforderungen nach erneuter Ausweitung der Kurzarbeit nachgeben, dürfte sich die Lage der Staatsverschuldung wie der Beschäftigung noch weniger im Sinne der EU entwickeln. *Sverre Gutschmidt*

44 Milliarden für US-Bahn

Warum Milliardär Warren Buffet sein Geld auf die Schiene setzt

Investoren sind rar und nicht nur bei Opel oder Mercedes gefragt. Allzu oft springen an ihrer Stelle der Staat ein, doch in den USA zeigt ausgerechnet ein Mann, dessen erstes Geschäft angeblich einzeln und damit teurer weiterverkaufte Cola-Flaschen waren, wo es sich lohnt, einzusteigen. Der vorausschauende Unternehmer Warren Buffet, zweitreichster Mann der Welt, der 85 Prozent seiner rund 37 Milliarden Dollar Privatvermögen Stiftungen vermachen will, kauft sich über die Börse bei der US-Bahngesellschaft Burlington Northern Santa Fe ein. 44 Milliarden US-Dollar investiert seine Berkshire Hathaway Holdinggesellschaft, um die Aktienmehrheit des Bahnkonzerns zu übernehmen. Im Frühjahr soll das Geschäft abgeschlossen und Buffets rund 80 Firmen umfassende Holding um den entscheidenden Konzern reicher sein – es ist die bisher größte Kaufaktion des Sohns eines Börsenmaklers aus Nebraska.

Das Spannende an dem aktuellen Geschäft des 79-Jährigen ist nicht nur der hohe Einsatz, zudem noch für einen wenig gewinnträchtig scheinenden Schienenkonzern – „der Weise von Omaha“ (US-Bundesstaat Nebraska) lag in der Vergangenheit mit Ideen meist richtig, griff Entwicklungen vor und beeinflusste sie durch sein Engagement. Andere folgten seinem Beispiel. Seit den 60er Jahren erbrachte seine Investitionsstrategie im Durchschnitt mehr als 20 Prozent Rendite pro Jahr. In den 60er Jahren warnte er vor der Spe-

> Bis jetzt waren seine Anlagestrategien zumeist wegweisend

kulationswut der Wall Street. Buffet sah den Zusammenbruch spekulativer Fonds voraus, der 1969 bis 1971 auch eintrat. Er riet Anlegern, nicht mehr an der Börse kurzfristig Geld anzulegen, sondern in seine Firma zu investieren, die er von einem Textilbetrieb zu einem überwiegend im Versicherungsgeschäft operierenden Mischkonzern ausbaute.

Mitte der 70er, nach Abklingen der Rezession, meldete Buffet sich mit „jetzt ist die Zeit zu investieren und reich zu werden“ zurück. In den 80er Jahren half er unter anderem Coca-Cola und American-Express mit dem Geld seiner Firmengruppe.

Wie 2008 bei der angeschlagenen Bank Goldman Sachs warf Buffet bereits in den 90er Jahren der US-Investment-Bank Salomon Brothers (heute Teil der Citigroup) den entscheidenden finanziellen Rettungsring zu. Salomon Brothers, die damals mit einem neuen Produkt, nämlich mit durch Immobilien abgesicherten Anleihen viel Geld verdient hatten, waren in massive Schwierigkeiten geraten. Deren Erfahrung bewahrte Buffet nicht davor, in der aktuellen Krise selbst rund zehn Milliarden Dollar zu verlieren. Der Kurs seiner Holding brach ein. Im zweiten Quartal dieses Jahres warf Berkshire mit 3,3 Milliarden Dollar Nettogewinn allerdings wieder viel Geld ab.

Analysten knobeln nun, was den Milliardär zu seiner aktuellen Entscheidung bewegt. Ob die Klimaveränderung oder die langfristige Entwicklung der Ölpreise Buffets Kalkül leiten. Sein neuester Rat lautet: Aktien statt Staatsanleihen, amerikanisch investieren. Die Übernahme ist also Glücksspiel: Buffet setzt auf eine dauerhafte Erholung der USA – nur so haben seine Investitionen in Infrastruktur einen Sinn. *SV*

Der zweite Dom

Von Hinrich E. Bues

Im Kölner Stadtteil Ehrenfeld wurde der Grundstein für die seit langem geplante Kölner Zentralmoschee gelegt. Der umstrittene Bau mit einer 35 Meter hohen Kuppel und zwei Minaretten, die 55 Meter hoch in den Himmel aufragen sollen, erreicht nach seiner Fertigstellung zwar nur gut ein Drittel der Höhe der Türme des Kölner Domes, aber an seiner Symbolkraft ändert das nichts. Finanziert wird der Prachtbau von der türkischen Religionsbehörde Ditib und aus Spenden.

So sehr auch muslimischen Zuwanderern das Recht auf freie Religionsausübung zusteht, so sehr befremdet dieser Bau in anderer Hinsicht. In diesem Jahr, wo die Christenheit des vor 2000 Jahren geborenen Apostels Paulus gedenkt, wollte der Kölner Erzbischof Joachim Kardinal Meisner von der türkischen Regierung die Erlaubnis zum Bau/Wiederaufbau einer kleinen Pilgerkirche in Tarsus erhalten. Dort war der große Apostel geboren worden. Diese Genehmigung wurde bis heute nicht erteilt. Wann endlich dürfen also Christen auch in der Türkei, einem der Ursprungsländer des Christentums, wieder kleine und auch größere Kirchen neu bauen? Oder zumindest die Hagia Sophia, bis 1453 die zentrale Kirche der Orthodoxie, wieder nutzen?

Neuer Realismus

Von Konrad Badenheuer

Nach Jahren des Herumeierns haben innerhalb weniger Tage mehrere Bundespolitiker Klartext zum Thema Afghanistan gesprochen: Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg nannte den Konflikt fast ohne weitere Schnörkel einen „Krieg“.

Der Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Uhl (CSU), an sich ein Innenpolitiker, aber auch ein bestens informierter Mann in Sachen Sicherheit und Geheimdienste, fordert für Afghanistan „eine neue Strategie mit realistischen Zielen“. Die Einführung einer Demokratie nach westlichem Muster gehöre nicht dazu, stattdessen der klare Schluss: „Wir müssen unsere Soldaten so schnell wie möglich abziehen.“ Uhl ergänzte sinngemäß, dass das Land nicht wieder zur Terrorbasis werden dürfe, dass aber gegen solche Gefahren Geheimdienste mehr ausrichten könnten als Soldaten mit unerfüllbarem Auftrag.

Diesen Realismus, den diese Zeitung seit jeher vertritt, hätte man sich schon früher gewünscht. Man muss ja kein Politologe oder Militärexperte sein, um zu erkennen, dass ein Nato-Kontingent von wenigen Zehntausend Mann in diesem rauhen Land, an dem sich nacheinander Alexander der Große, persische Eroberer, die britische Kolonialmacht und das sowjetische Imperium auf dem Höhepunkt seiner Macht die Zähne ausgebissen haben, wenig ausrichten könnten.

Vor allem an die zentrale Verantwortung der rot-grünen Bundesregierung, die Ende 2001 grünes Licht für diesen sinnlosen Einsatz gegeben hat, sei erinnert. Merkel muss hier eine Suppe auslöffeln, die Schröder und Fischer ihr eingebrockt haben.

Dresden ist nicht Godesberg

Von Anton Heinrich

Die SPD liegt am Boden – wie einst die Trümmer der Frauenkirche. Von daher ist Dresden schon ein symbolischer Ort für den SPD-Parteitag an diesem Wochenende. Die Sozis hoffen auf einen Neuanfang. Doch diese Hoffnung ist trügerisch.

Die SPD-freundliche „Süddeutsche Zeitung“ hat zwar Dresden schon zum „neuen Godesberg“ hochgejubelt. Vor dem denkwürdigen Parteitag am Rhein 1959 sei die SPD auch am Boden gelegen, heißt es, und danach habe sie sich zur Regierungspartei gemausert. Doch die Parallele ist keine und soll nur zur Beruhigung des eigenen Anhangs dienen. Damals war die SPD eine radikale Arbeiterpartei mit dem Ziel der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und so weiter. Sie war zu recht jahrelang in der Opposition, mit ihr war kein Staat zu machen.

Mit Godesberg legte sie das Sozialistisch-Umstürzlerische ab, versöhnte sich mit der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards, wurde zur pragmatischen Volkspartei. Das ebnete ihr langfristig den Weg ins Kanzleramt.

Jetzt ist die Situation genau umgekehrt: Die SPD hat soeben elf Regierungsjahre hinter sich. Sie hat dabei, wenn auch unter Krämpfen, vernünftige Gesetze durchgesetzt zur Senkung der Arbeitslosigkeit und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit. Hier seien nur die Agenda 2010, die Hartz-Reformen und die Rente mit 67 genannt.

> Die Lage ist geradezu entgegengesetzt zu vor 50 Jahren

Doch genau wegen dieser Pragmatik hat sich die SPD ja gespalten: Der frühere Vorsitzende Oskar Lafontaine führt heute eine erfolgreiche sozialutopistische Linksaußenkraft, eine Art USPD neuen Zuschnitts. Pikant dabei, dass diese zum Teil aus der DDR-Staatspartei SED erwachsen ist, der PDS, der „Partei des Schießbefehls“, wie Bürgerrechtler sie tauften. Die sozial Benachteiligten, einst Stammklientel der SPD, laufen den noch radikaleren Schreiern ganz links außen nach.

Und noch etwas unterscheidet Dresden von Godesberg: Die SPD hat keinerlei inhaltliches Konzept, keine Ideen, kein neues Programm, das sie den Wählern anbieten könnte. Der „gefühlte“ Weg der neuen Oppositionspartei geht eindeutig nach links, damit sie sich von Schwarz-Gelb unterscheidet, das ist klar. Doch der Leitantrag bleibt vage. Es heißt darin nur, die bisherigen Reformen sollten auf den Prüfstand. Ob sich frühere SPD-Wähler davon beeindrucken lassen?

Die SPD ist auf abschüssiger Bahn. Sie müsste sich an die Linkspartei programmatisch annähern, um ihre alte Klientel wieder an sich zu binden. Die Mitte wird dabei frei, die Merkel-CDU füllt dieses Vakuum gern.

Aber es geht noch weiter abwärts: Das wahre Ziel der linken Vordenker wie Klaus Wowereit und Andrea Nahles sind offenbar nicht nur Links-Bündnisse auch im Bund, sondern die Fusion aus SPD und Linkspartei. Der historische Vereinigungs-Händedruck zwischen Pieck und Grotewohl könnte schon vor 2013 eine Neuauflage erfahren. Ganz unklar ist, zu wessen Bedingungen das dann geschehen würde.



Wiederholt sich die Geschichte? Die SPD will Bündnisse mit der „Linken“ auch im Bund nicht mehr ausschließen, und viele erwarten, dass sie sogar eine Art Wiedervereinigung mit den SED-Erben anstrebt. Diese Idee erinnert fatal an das Jahr 1946, als der Händedruck zwischen KPD-Chef Willhem Pieck (l.), und dem SPD-Vorsitzenden Otto Grotewohl (r.) in der Berliner Staatsoper die Verschmelzung der beiden Parteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) besiegelte.

Bild: pa

Gastbeitrag



Kruzifix-Urteil fördert die Diktatur der Minderheiten

Von Jürgen Henkel

Wenn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ein Urteil fällt, wonach Kreuze in Klassenzimmern gegen die Menschenrechte verstoßen, dann ist dies eine Entscheidung, die bezüglich der geistig-kulturellen und religiösen Identität Europas ans Eingemachte geht.

Es gab auch in der jüngeren Geschichte immer wieder staatliche Initiativen zur Abschaffung des Christentums: Nur kamen sie meist von Diktaturen, die menschenverachtende Ideologien umzusetzen versuchten, vom Nationalsozialismus bis zum Marxismus-Leninismus, der das Christentum auch wissenschaftlich widerlegen wollte.

Das jetzige Urteil aus Straßburg und vor allem seine Begründung unter dem Deckmäntelchen des Minderheitenschutzes haben demgegenüber eine neue Qualität. Hier wird versucht, den „Schutz“ der religiösen Freiheit des Individuums zu Lasten der kollektiven Religionsausübung mit einer Rechtsprechung durchzusetzen, die die religiöse Prägung Europas nicht mehr als legitimen Grund der öffentlichen Sichtbarkeit von Christentum und christlichen Symbolen wahrnehmen will. Damit wird jedoch die Beweislast umgekehrt, was letztlich zu einer ebenso kultur- wie geschichts- und identitätsvergessenen Diktatur der Minderheit über die (schweigende) Mehrheit führt.

Wir erleben nun einen vorläufigen Sieg jener linken und liberalen Kräfte, die unter Berufung auf Meinungs- und Religionsfreiheit sowie das Neutralitätsgebot des Staates eine wie auch immer geartete christliche Leitkultur Europas seit Jahren vor allem deshalb bekämpfen, weil sie selbst mit der christlichen Leitkultur Europas nichts anzufangen wissen. Für große Verwunderung sorgte kürzlich in Spanien bei der dezidiert antikirchlich-sozialistischen Regierung Zapatero, dass mehrere hunderttausend Christen auf den Straßen von Madrid gegen die neue Abtreibungsgesetzgebung protestierten, die Abtreibungen bis zur 14. Lebenswoche des Kindes völlig freigeben soll.

Dabei wird Geschichte gerne ausgeblendet. So war die Europäische Gemeinschaft nach 1945 primär ein christlich motivierter friedenspolitischer Zusammenschluss nach den traumatischen Erfahrungen zweier Weltkriege. Politiker wie Alcide De Gasperi, Robert Schuman und Konrad Adenauer, die die europäische Einheitsidee nach Kriegsende entwickelt und forciert hatten, waren als überzeugte Christen in der europäischen Politik unterwegs. Die Flagge der Europäischen Union erinnert mit ihren zwölf Sternen auf dunkelblauem Untergrund nicht etwa an die anfängliche Zahl der Staaten, sondern an den Sternenkranz Mariens aus der Offenbarung des Johannes. Die Europäische Union hat sich mit diesem Symbol, jedenfalls nach dem Willen derer, die es durchgesetzt haben, bewusst unter den Schutz Gottes gestellt.

> Die EG war ursprünglich ein primär christlich motiviertes Vorhaben

Umso verwunderter sind Christen zwischen Portugal und Polen, zwischen Irland und Griechenland heute angesichts dieses Urteils, das zum Glück noch nicht rechtskräftig ist. Italien kann und wird wohl in Revision gehen. Mit diesem Urteil greifen geistige Strömungen um sich, die die kulturellen und moralischen Ursprünge und Werte unserer Kultur negieren. Wir erleben letztlich jetzt auf europäischer Ebene das, was wir besonders in Deutschland schon seit etwa 40 Jahren beobachten: den Marsch Linker und Liberaler durch die Institutionen in gesellschaftsverändernder Absicht.

Vor dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens 2007 waren von den orthodoxen Kirchen vereinzelt skeptische Stimmen zu hören, die einen in EU-Normen und Gerichtsurteilen sich manifestierenden religiösen Substanzverlust bis hin zur offenen Bekämpfung der Kirchen fürchteten. Darauf wurde geantwortet mit dem Verweis auf den verfassungsrechtlichen Schutz der Kultushoheit der Mitgliedsstaaten. Renommierte Staatskirchenrechtler wiesen darauf hin, dass der Staat bei Wahrung der individuellen Religionsfreiheit sehr wohl das Recht habe, die traditionellen Kirchen bevorzugt zu fördern und dabei auch die religiösen Mehrheitsverhältnisse im Land zu berücksichtigen.

Ganz in diesem Sinne gelten innerhalb der Europäischen Union ja auch alle drei Modelle der Beziehung zwischen Kirche und Staat als legitim: das Staatskirchenmodell wie in Großbritannien und Griechenland, die absolute Trennung wie im laizistischen Frankreich und das Kooperationsmodell wie in Deutschland oder Österreich, das in den meisten EU-Mitgliedsstaaten gilt und der traditionell positiven Verhältnisbestimmung zwischen Staat und Kirche der meisten Länder am besten entspricht.

Natürlich können der religiös neutrale Staat und die EU den Bürgern keine religiöse Identität vorgeben oder ihnen die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion auch nur nahelegen. Denn dann würde der Staat seine Neutralitätspflicht tatsächlich verletzen oder sich selbst zur religiösen Größe erklären, wie es die pseudoreligiös gestylten Liturgien des kommunistischen Systems vorführten.

> Das Urteil könnte die C-Parteien zur Klärung von Grundsätzen bewegen

Aufgabe des Staates kann es aber auch nicht sein, seine Bürger bewusst religionskritisch zu beeinflussen, wie das etwa im Fach „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde“, kurz LER, an den staatlichen Schulen in Brandenburg geschieht. Dort sollen Kinder und Jugendliche bewusst zu einer Lebensgestaltung unter Überwindung der Religion erzogen werden. Der Staat verletzt seine religiöse Neutralität auch, wenn er die Religionsausübung und die religiöse Prägung der Mehrheitsbevölkerung missachtet oder ignoriert. Und da haben wir selbst in der Bundesrepublik trotz des Atheismus-Schubs durch die Wiedervereinigung immer noch über 50 Millionen Menschen, die sich zum Christentum bekennen. Das können Staat und Politik, Medien und Gesetzgebung nicht einfach übergehen.

Die Frage nach der religiösen Prägung und der öffentlichen Sichtbarkeit von Religion stellte sich nach 1989 besonders in den Reformstaaten Osteuropas. Sogenannte „Menschenrechtsgruppen“ kämpften und kämpfen in manchen Ländern bis heute munter gegen die Kirchen – in Rumänien zum Beispiel unter so wohlklingenden Namen wie „Helsinki Komitee“ oder „Liga Pro Europa“.

Solche Kreise bekämpfen laut und öffentlichkeitswirksam Kreuze und kirchlichen Religionsunterricht in den Schulen und wollen staatliche Fördergelder für Kirchen abschaffen, freilich ohne zu sagen, womit die Kirchen dann ihre dringend nötige Sozialarbeit finanzieren sollen. Im Westen bekommen solche atheistisch geprägten Gruppen dann schnell Bühnen geboten, wenn sie nur deutlich genug das Fähnchen der vermeintlichen Bürgerrechtsbewegung schwenken.

Der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl setzte als praktizierender Christ aus besten Gründen auf EU-Ebene durch, dass die Kultuspolitik auch im vereinten Europa Ländersache bleibt, also von den EU-Mitgliedsstaaten nach ihren eigenen Traditionen entschieden wird. Und dabei geht es um wesentlich mehr als die deutsche Regelung der Kirchensteuer.

Nun wird über die Hintertür von Klagen und Rechtsprechung versucht, diesen klaren Schutz der Kirchen, der religiösen Traditionen und der christlichen Identität Europas auszuhebeln. Völlig zu Recht weist der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder, darauf hin: „Schon das vormalige Scheitern aller politischen Versuche, das Gottesgebot in den europäischen Verfassungsvertrag aufzunehmen, war ein Fanal auf dem Weg in ein vom christlichen Glauben befreites Europa.“ Von der Bundeskanzlerin, CDU-Vorsitzenden und Pastorentochter Angela Merkel wartet man bisher vergeblich auf eine klare Stellungnahme. So könnte das Kruzifix-Urteil auch die Christdemokratie zu einer dringend notwendigen neuen Grundsätzlichkeit herausfordern.

Nach Hamburg der Kunst wegen

Bedeutende Künstler des 20. Jahrhunderts malten Ansichten von Alster, Elbe und Hafen

Bereits um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert war Hamburg ein beliebtes Reiseziel – nicht nur für Vergnügungssüchtige. Auch Künstler aus Deutschland und ganz Europa kamen in die Hansestadt, um sich dort inspirieren zu lassen. Eine Ausstellung zeigt ihre „Hamburger Ansichten“.

„Hamburg, die schönste Stadt der Welt“, preist ein lokaler Rundfunksender die Elbmetropole. Ob das stimmt, sei dahingestellt, so zählte man in diesem Sommer trotz Wirtschaftskrise mehr als 800 000 Übernachtungen monatlich. Einer der Gründe, um die Jahrhundertwende nach Hamburg zu reisen und dort zu malen, hieß Alfred Lichtwark (1852–1914). Der Gründer und Direktor des Hamburger Kunsthalle wollte dem

Porträt Liebermanns war jahrelang hinter Vorhang verborgen

Publikum zeitgenössische Kunst vermitteln und er hoffte, dies durch wiedererkennbare Motive leicht zu erreichen. Und so bat er ab 1889 bedeutende Maler wie Max Liebermann, Lovis Corinth und Max Slevogt, für die Kunsthalle Werke mit Hamburger Motiven zu schaffen. Am 19. Juli 1911 schrieb Corinth aus Tirol an Lichtwark nach Hamburg: „Natürlich übernehme ich sehr gern die Aufgabe, eine Landschaft aus Hamburg sowie ein Figurenbild zu malen. Über den Preis kann ich noch keine bestimmte Summe nennen, da ich noch gar nicht weiß, was mich in Hamburg erwartet ... “

Lovis Corinth kam denn auch im August 1911 an die Elbe und malte dort die Landschaften „Kaisertag in Hamburg“, „Illumination auf der Alster“ und „Blick auf den Köhlbrand“ sowie das „Porträt Carl Hagenbeck mit dem Walroß Pallas“. Die Kunsthalle erwarb von den Landschaften lediglich das „Köhlbrand“-Motiv; die „Illumination auf der Alster“ ist heute im Besitz der Sammlung der HypoVereinsbank, der „Kaisertag in Hamburg“ befindet sich im Kölner Wallraf-Richartz-Museum. Während der „Blick auf den Köhlbrand“ vielen Museumsbesuchern vertraut ist, wird so mancher die „Illumination auf der Alster“ für sich neu entdecken. Geradezu plastisch wirken die Funken des Feuerwerks auf Corinths Gemälde. Am 27. August 1911 entzündeten die Hanseaten zu Ehren Kaiser Wilhelms II. ein Feuerwerk und beleuchteten die Häuser rund um die Binnenalster. Der Monarch war am 26. August zur Parade des 9. Armeekorps in Groß Flottbek gekommen und besuchte einen Tag später ein Pferderennen sowie ein Bankett im Festsaal des Rathauses. Das Feuerwerk war der krönende Abschluss. Corinth erlebte dieses Ereignis rein zufällig, war er doch in Hamburg, um Carl Hagenbeck zu malen.

Die erste Begegnung mit Hamburgs Kunstfreunden war für Max Liebermann, den Berliner, keine erfreuliche. Schon 1872 hatten seine „Gänserupferinnen“ auf einer Ausstellung große Entrüstung beim Hamburger Publikum hervorgerufen – Liebermann war bald als „Arme-Leute-Maler“ verschrien. Und gar erst das Porträt, das er 1890 im Auftrag Lichtwarks von Bürgermeister Carl Friedrich Petersen malte. Die Hamburger Kunstwelt – und auch der Porträtierte – waren derart entsetzt von der Darstellung, dass Liebermanns Werk bis 1905 hinter einem Vorhang in der Kunsthalle verborgen werden musste.

Bald aber wuchs das Interesse der Hamburger Sammler und Kunstfreunde am Schaffen des Malers, hatte doch Max Liebermann mittlerweile neue Themen und die Sichtweise der Impressionisten für sich entdeckt. Wunderschön sind diese Motive, die Liebermann an der Alster und an der Elbe eingefangen hat. Schon der erste Blick des Besuchers fällt auf eines seiner berühmten Bilder: „Abend am Uhlenhorster Fährhaus“. Doch auch die berühmte „Terrasse im Restaurant Jacob an der Elbe“ ist zu sehen. Einen starken Kontrast bilden dann die dikken Schlepper im Hamburger Hafen, die Emil Nolde faszinierten und ihn daran erinnerten dass es in Hamburg nicht nur Freizeitvergnügen gibt, sondern auch harte Arbeit geleistet wird. Geschäftig geht's auch in der Innenstadt zu, wie Oskar Kokoschka auf dem Jungfernstieg festgehalten hat. Max Slevogt fühlte sich im Nicolaifleet von den Kähnen der Gemüsebauern angezogen, die ihre Ware aus den Vier- und Marschlanden in die Stadt brachten.

80 Gemälde, Arbeiten auf Papier und Fotografien aus den Beständen der Kunsthalle sowie Leihgaben aus privaten und öffentlichen Sammlungen des In- und Auslandes sind zusammengekommen und zeigen die Vielfalt der „Hamburger Ansichten“. In sechs Abteilungen kann der Besucher einen Spaziergang durch „die schönste Stadt der Welt“ unternehmen, von der Binnen- und Außen-alster über den Hafen und die Elbe bis hin zu den Vier- und Marschlanden sowie in das Alte Land oder an den Oberlauf der Alster mit seinen verschwiegenen Plätzen. So vielfältig wie die Motive, so unterschiedlich sind auch die Maler. Neben der Prominenz wie Liebermann, Corinth, Slevogt, Nolde und Heckel sind auch die Hamburger Maler Illies, Eitner und von Ehren mit Arbeiten vertreten. Auch Skandinavier wie Frits Thaulow oder Anders Zorn sowie die Franzosen Pierre Bonnard und Edouard Vuillard kamen an die Elbe.

Silke Osman

Die Ausstellung „Hamburger Ansichten – Maler sehen die Stadt“ in der Hamburger Kunsthalle, Hubertus-Wald-Forum, Glockengießerwall, ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr geöffnet, Eintritt 10 / 5 Euro, Katalog 24 Euro.



Lovis Corinth: Blick vom Neuen Jungfernstieg über die Binnenalster während der Illumination am Kaisertag 1911 (Öl; im Besitz der Sammlung HypoVereinsbank) Bild: Elke Walford

Das Seepferdchen gab ihm den Namen

Der Dichter Joachim Ringelnatz führte ein bewegtes Leben und schuf skurrile Gestalten wie »Kuttel Daddeldu«

Wohl kaum eine Veranstaltung mit maritimem Charakter kommt ohne das Lesen der Gedichte des Schriftstellers und Dichters Joachim Ringelnatz aus. Er beschreibt skurrile Figuren, die vor den Naturgewalten der See glänzend bestehen, aber in ihrem Leben an Land immer wieder den einen oder anderen Schiffbruch erleiden. Joachim Ringelnatz, mit bürgerlichem Namen Hans Bötticher, wurde am 7. August 1883 als jüngstes von drei Geschwistern in Wurzen geboren. Von den Eltern erbte er die künstlerische Ader. Sein Vater war eigentlich Chefmusterzeichner in einer Tapetenfabrik, verfasste aber über 40 Bücher mit Gedichten, humoristischen Versen, politischen Satiren und Erzählungen für Kinder. Die Mutter zeichnete, entwarf Muster für Perlenstickereien und stellte Puppenkleidung her. Der Filius fiel schon im Kindesalter dadurch auf, dass er bei Familienfeiern selbstverfasste Gedichte und originelle Verse vortrug.

Im Jahre 1886 zog die Familie nach Leipzig, wo der Vater sich der Künstler- und Gelehrtenszene anschloss. Seit 1901 war er Herausgeber von „Auerbachs Deutschem Kinderkalender“, in dem Ringelnatz seine Werke veröffentlichte, nachdem er schon im Alter von neun Jahren das von ihm selbst geschriebene und illustrierte Buch „Landpartie der Tiere“ herausgegeben hatte. Doch trotz seines Humors und seiner literarischen Begabung ließen sich seine Mitschüler nicht davon abhalten, ihn wegen seiner schmächtigen Statur und seiner eigentümlichen Gesichtszüge zu hänseln. Auch mit seinen Lehrern, deren Geduld er mit vielen Streichen strapazierte, kam er nur schwer zurecht. Irgendwann hatte er den Bogen überspannt und flog vom Gymnasium. Nach zwei Jahren in einer privaten Erziehungsanstalt bekam er 1901 das Reifezeugnis, auf dem vermerkt war, er sei ein „Schulrüpel ersten Ranges“.

Als Seemann zog es ihn hinaus in die Welt

Nun zog es ihn als Seemann hinaus in die Welt, und er heuerte auf der Oldersumer Bark „Elli“ an. Die Sehnsucht nach Abenteuer schien sich zu erfüllen, doch war er vielen Entbehrungen, harter Arbeit und Erniedrigungen ausgesetzt. Er musterte ab und schlug sich mit Hilfsarbeiten durchs Leben. Gelegentlich fuhr er auch wieder zur See. 1903 trat Ringelnatz als Einjährig-Freiwilliger in die Marine ein, diente auf einem Kreuzer und schied als Bootsmannsmaat aus. Anschließend begann er eine Kaufmannslehre, die er jedoch schon nach kurzer Zeit abbrach. Er reiste nach England, trat als Musikant auf und landete schließlich als Obdachloser vorübergehend im Gefängnis von Antwerpen. Nebenher malte und dichtete er.

In München kam für ihn 1909 die Wende. Hier fand er Anschluss an die künstlerische Bohème. Auch wenn er deren Mitgliedern intellektuell unterlegen war, lernte er berühmte Künstler wie Klabund, Hermann Hesse, Erich Mühsam und Max Reinhardt kennen und veröffentlichte in Zeitschriften Gedichte und Novellen. Unter verschiedenen Pseudonymen schrieb er für die satirische Zeitschrift „Simplicissimus“ und veröffentlichte mehrere Bücher. Eine Anstellung als Privatbibliothekar verhalf ihm erstmals zu einem regelmäßigen Einkommen.

Bei Ausbruch des Weltkrieges meldete er sich als Freiwilliger zur Marine. Erfüllt von der verherrlichenden Darstellung der Marine, war er alsbald ernüchtert, als er die Realität des schikanösen Alltags auf einem Minensuchboot erlebte. Da er sich dagegen auflehnte, galt er bald als Querulant, wurde aber dennoch Reserveoffizier. Als Leutnant diente er in Cuxhaven, wo in den Fenstern vieler Häuser getrocknete Seepferdchen hingen, die von den Seeleuten „Ringelnass“ genannt wurden. Von diesem Begriff leitete er wohl seinen Künstlernamen ab, unter dem er von Ende 1919 an auftrat. In dieser Zeit entstand auch die Figur des Seemanns „Kuttel Daddeldu“, die in vielen seiner Gedichte auftaucht.

Nach dem Krieg reiste Ringelnatz durch die großen Städte Europas und war unermüdlich künstlerisch tätig. Bis 1934 veröffentlichte er fast 20 Bücher, darunter Gedichtbände, Bühnenstücke, Kinderbücher und zwei Autobiografien, und malte Bilder, die erstmals 1923 in der Berliner Galerie Flechtheim und später in der Akademie der Künste ausgestellt wurden. Außerdem trat er im Matrosenanzug in selbst geschriebenen Kabarettstücken und im Rundfunk auf. 1933 erhielt er Auftrittsverbot, und viele seiner Bücher landeten auf dem Scheiterhaufen.

Bald machten sich die Symptome einer Tuberkulose bemerkbar. Freunde und bekannte Künstler finanzierten dem verarmten Mann mehrere Sanatoriumsaufenthalte, doch im Oktober 1934 wurde er als unheilbar krank nach Hause entlassen. Am 17. November schloss Joachim Ringelnatz, der Zeit seines Lebens eine skurrile und tragische Gestalt gewesen war, für immer die Augen. Wirklich berühmt wurde er erst nach seinem Tod vor 75 Jahren.

Jan Heitmann

Hans Bötticher alias Joachim Ringelnatz Bild: BpK

IN KÜRZE

Konzerte für Reißiger

Nur wenige Experten kennen den Namen Carl Gottlieb Reißiger. Der Komponist wurde am 31. Januar 1798 in Belzig, das seinerzeit noch sächsisch war, als Sohn eines Kantors geboren und starb am 7. November 1859 als Hofkapellmeister in Dresden. Nach dem Studium in Leipzig, Wien und München führte ihn eine Bildungsreise im Auftrag des preußischen Kultusministeriums durch Frankreich und Italien. 1824 leitete Carl Maria v. Weber die Uraufführung von Reißigers Oper "Dido" in Dresden. Zwei Jahre später wurde Reißiger zum Musikdirektor der Dresdner Hofoper ernannt. 1828 löste er Carl Maria v. Weber als Hofkapellmeister ab. In dieser Eigenschaft arbeitete er in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts auch mit Richard Wagner zusammen.

Reißigers vielseitiges musikalisches Schaffen – vor allem seine geistlichen Werke – waren lange Zeit in Vergessenheit geraten; so „schlummerte“ die Handschrift seines wohl bedeutendsten Werkes, des Oratoriums „David“, viele Jahre in der Sächsischen Landes- und Universitätsbibliothek in Dresden, bis es durch die Belziger Kirchenmusikerin Thea Labes, die in Reißigers Geburtshaus lebt, entdeckt und in jahrelanger mühevoller Arbeit in den frühen 1980er Jahren abgeschrieben und zur Aufführung gebracht wurde.

Die Reißiger-Gesellschaft e. V. in Belzig, die sich der Verbreitung des musikalischen Erbes des Komponisten verschrieben hat, führt aus Anlass seines 150. Todestages sein Requiem in d-moll für Soli, Chor und großes Orchester auf: zu hören am 18. November in der Kathedrale (Hofkirche) zu Dresden (der Stätte, für die es komponiert wurde) und am 22. November in der Stadtkirche St. Gotthardt zu Brandenburg an der Havel. *PAZ*

Mollenhauer in Keitum

Als der Maler Ernst Mollenhauer 1963 starb, fand der Tapiauer seine letzte Ruhestätte auf dem Friedhof in Keitum auf Sylt. Auf der Nordseeinsel hatte er eine Landschaft gefunden, die ihn an seine Heimat Ostpreußen erinnerte. Vor allem an Nidden, wo er bereits während seines Studiums an der Königsberger Kunstakademie seine Motive fand. Jahrzehntelang hat Mollenhauer in Nidden gemalt und ein umfangreiches Werk geschaffen, bis die Rote Armee einmarschierte, seine Bilder zerstörte oder verschleppte. In Keitum endlich fand er nach Flucht und Vertreibung die elementare Landschaft wieder, die ihn schon in Ostpreußen begeistert hatte. Auf einer ersten Ausstellung nach Mollenhauers Tod war erst kürzlich eine Reihe dieser Motive im Sylter Heimatmuseum in Keitum zu sehen. Fünf dieser Bilder blieben nun als Leihgaben aus Privatbesitz im Museum, darunter das oben abgebildete Gemälde, und geben weiterhin einen Einblick in seine meisterhafte Malerei. *os*



Ernst Mollenhauer: „Gartenweg“ (Öl, 1959) Bild: Katalog

Die erste Fluggesellschaft

Vor 100 Jahren wurde in Frankfurt am Main mit der Deutschen Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft (DELAG) das erste zivile Luftverkehrsunternehmen der Welt gegründet. Es war aus der Not geboren, das Ergebnis einer Überproduktion. Ferdinand Graf von Zeppelins „Luftschiffbau Zeppelin GmbH" baute nämlich mehr Luftschiffe, als die heimischen Streitkräfte kaufen wollten. Als der Bedarf des Militärs fürs erste gedeckt war, kam der pfiffige Schwabe auf die Idee, mit fortan produzierten Zeppelinen eine Fluggesellschaft zu betreiben. Hierzu wurde am 16. November 1909 mit staatlicher Hilfe die DELAG gegründet.

Das Gründungskapital betrug drei Millionen Mark. Die Luftschiffbau Zeppelin steuerte die Verkehrsmittel im Gesamtwert von 400000 Mark bei. Für die Liquidität sorgten deutsche Großstädte mit einer Einlage von 2,6 Millionen Mark. Hier traten vor allem der Sitz der Gesellschaft, sprich Frankfurt am Main mit seinem Oberbürgermeister Franz Adickes und Düsseldorf hervor.

Im Jahre 1910 sollte der Passagierbetrieb zwischen diesen beiden preußischen Städten, aber auch nach Baden-Baden aufgenommen werden. Hierfür war das Starrluftschiff LZ 7 „Deutschland" vorgesehen. Unter dem Kommando des Grafen unternahm der Zeppelin am 19. Juni 1910 seine Jungfernfahrt. Bereits neun Tage später wurde die „Deutschland" im Teutoburger Wald in einem Unwettergebiet von einem Windstoß gepackt, in Bäume gedrückt und dabei soweit beschädigt, dass sie abgewrackt werden musste. Aus den noch verwendbaren Teilen wurde

Die DELAG war aus der Not geboren

als Ersatz das Luftschiff LZ 8 gebaut, das wie sein Vorgänger „Deutschland" getauft wurde. 1911 ging auch die zweite „Deutschland" verloren. Dafür stieß die „Schwaben" (LZ 10) zur Luftflotte der DELAG.

Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatten die Verkehrsluftschiffe der DELAG über 34000 Passagiere auf über 1500 Fahrten transportiert und in über 3000 Flugstunden über 170000 Kilometer zurückgelegt. Zum Streckennetz der DELAG gehörten neben Frankfurt, Düsseldorf und Baden-Oos inzwischen auch Berlin-Johannistal und Dresden sowie Gotha, Hamburg und Leipzig. Die nun anstehende Internationalisierung des Netzes verhinderte der Erste Weltkrieg, wie er überhaupt die zivile Luftfahrt im Allgemeinen und die deutsche DELAG im Besonderen schwer zurückwarf. So wurden die DELAG-Starrschiffe LZ 11, LZ 13 und LZ 17 vom Heer übernommen.

Nach dem Ersten Weltkrieg hoffte die DELAG mit den Starrluftschiffen LZ 120 „Bodensee" und LZ 121 „Nordstern" an die Vorkriegserfolge anknüpfen zu können. Beide Zeppeline mussten jedoch 1921 als Reparationen an Italien beziehungsweise Frankreich ausgeliefert werden. Ab 1928 stand der Gesellschaft dann LZ 127 „Graf Zeppelin" zur Verfügung, ihr wohl berühmtestes und erfolgreichstes Luftschiff. Die noch berühmtere „Hindenburg" (LZ 129) war bereits bestellt. Vor deren Fertigstellung gründeten jedoch NS-Staat und Luftschiffbau Zeppelin am 22. März 1935 die Deutsche Zeppelin-Reederei, welche die Nachfolge der Deutschen Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft antrat. *Manuel Ruoff*

Wie Finck in Ungnade fiel

Beim »Finkenfang bei Maxen« kapitulierte vor 250 Jahren ein ganzes preußisches Korps

„Es ist bis dato ein ganz unerhörtes Exempel, dass ein preußisches Corps das Gewehr vor seinem Feind niedergeleget, von dergleichen Vorfall man vorhin gar keine Idee gehabt!" Was Friedrich den Großen derart entrüstete, war der sogenannte Finkenfang von Maxen im November 1759.

Trotz Friedrichs des Großen schwerer Niederlage bei Kunersdorf vom 12. August 1759 fasste die preußische Armee wieder Tritt. Bis zum Oktober 1759 trennten die österreichischen und russischen Truppen sich wieder voneinander. Gegen die Österreicher allein gelang es dem König, unterstützt von den fähigen Manövern seines Bruders, des Prinzen Heinrich, der mit seiner Abteilung aus Niederschlesien herbeigeeilt war, aufs linke Elbufer überzusetzen und den Feind unter Feldmarschall Leopold Joseph von Daun bis kurz vor Dresden zurückzudrängen. Friedrich hoffte nun, in einer Art von wiedergewonnener Euphorie, mit der Wiedereroberung der sächsischen Hauptstadt vor Wintereinbruch die Scharte von Kunersdorf schnell auswetzen zu können.

Da der Winter hart zu werden schien, war der Grundgedanke der folgende: Die Elbe würde zufrieren und deshalb wäre Daun für seinen Nachschub aus Böhmen auf die mühsamen Pässe des Erzgebirges angewiesen. Wenn die Preußen nun diesen Nachschub bedrohten, dann war zu erwarten, dass der als übervorsichtiger Manövrierer von Friedrich verachtete Daun Dresden lieber aufgeben und sich ins sichere Böhmen zurückziehen würde.

Deshalb beorderte der König den bewährten Generalleutnant Friedrich August von Finck mit einem Korps von knapp 15000 Mann in den Rücken der westlich von Dresden stehenden Österreicher. Am 18. November nahm Finck Position auf dem Plateau von Maxen, das auf halbem Wege zwischen Dippoldiswalde und Pirna lag, in seinem Rücken das enge, leicht zu sperrende Tal der Müglitz. Der König lagerte in Wilsdruff, zwischen ihm und Finck lag der damals fast undurchdringliche Wald von Tharandt.

Friedrich musste sich von seinen Kommandeuren sagen lassen, dass Daum in seiner nummerischen Überlegenheit leicht seine erste Linie einsetzen könne, um ihn in Schach zu halten, während die verbleibenden Truppen mit immer noch doppelter Übermacht Finck auf dem Plateau einkesseln würden. Aber da er Daun für einen Hasenfuß hielt, schlug er diese Warnungen in den Wind.

Daun jedoch ließ um Maxen herum 32000 Mann aufmarschieren, vom Norden her 6000 Mann und vom Südwesten her, aus dem Raum Dippoldiswalde, 17000 Mann. Zur Versperrung der Rückzugsmöglichkeit durch das Müglitz-Tal postierte er schließlich im Osten Husaren, Kroaten und deutsche Infanterie. Auf den Höhenzügen rund um das Plateau von Maxen ging wirkungsvoll Artillerie in Stellung.



Die Schlacht von Maxen: Ölgemälde aus dem Heeresgeschichtlichen Museum in Wien *Bild: Ullstein*

Am 20. November um 14.30 Uhr gab Daun den Angriffsbefehl an seine Infanterie, die in vier Kolonnen von Hausdorf her vorrückte. Dabei stieß sie auf die preußischen Bataillone von Grabow und Zastrow. Aufgefüllt waren diese mit kurfürstlich-sächsischen Soldaten, die nach der Kapitulation der sächsischen Armee (1756) in preußische Dienste gepresst worden waren. Nun nahmen diese Rache, indem sie ihre Kanonen im Stich ließen und nach Maxen zurückströmten. Andere liefen umstandslos über, darunter auch die den preußischen Reihen einverleibten Russen aus dem Sommerfeldzug 1759. Finck verlor durch diese Desertionen fast die Hälfte seiner Infanterie.

In der Nacht musste er auch Maxen räumen, den Generalmajor Wunsch ließ er mit dessen 20 Schwadronen Kavallerie einen Ausbruchsversuch unternehmen. Während die Kavalleristen in dem vereisten Gelände absitzen mussten und dadurch ihre Beweglichkeit verloren, entschloss Finck sich in den Morgenstunden des 21. November zur Kapitulation. Daun bestand darauf, dass auch Wunsch einbezogen wurde, und Finck musste sich dem fügen. Es streckten die Waffen neun Generäle, 540 Offiziere sowie 12496 Unteroffiziere und Mannschaften. 96 Fahnen gingen verloren, 24 Standarten, 70 Geschütze sowie eine größere Zahl an Munitionswagen. Etwa 2000 Mann waren auf preußischer Seite gefallen. 13741 Toten, Verwundeten oder Gefangenen auf Seiten Preußens standen „nur" 304 Tote und 630 Verwundete auf österreichischer Seite gegenüber.

Friedrich hatte in der Nacht vom 19. zum 20. November Generalleutnant Hülsen mit 8000 Mann abgeordnet, um vom Westen her über Dippoldiswalde dem gefährdeten Finck zu Hilfe zu kommen. Doch Hülsen kam in dem tiefen Schnee nur bis Nieder-Colmnitz, und da hatte Finck schon kapituliert. Dem war es vorher ausdrücklich verboten worden, nach Westen auszubrechen, gemäß dem Ehrenkodex, auch in schwieriger Lage „Contenance zu halten".

Der König trug Mitschuld an dem Desaster, da er Dauns Beweglichkeit unterschätzt und daher die Vorbereitungen für eine Unterstützung von Fincks exponiertem Korps vernachlässigt hatte. Um so erzürnter war er von nun an: „Es ist bis dato ein ganz unerhörtes Exempel, daß ein preußisches Corps das Gewehr vor seinem Feind niedergeleget, von dergleichen Vorfall man vorhin gar keine Idee gehabt!" Nach Kriegsende wurde General Finck zu zwei Jahren Arrest auf der Festung Spandau verurteilt, die ihm unterstellten Generalmajore Gersdorff und Rebentisch kamen ebenfalls in Festungshaft, das Husarenregiment Gersdorff wurde von der Armeeliste gestrichen.

Denkwürdig aber bleibt, dass auch dieser Schlag die doch eigentlich zusammengezwungene Söldnerarmee des Königs nicht in die Auflösung trieb. Dazu war ihre Organisation zu stark, ihr Korpsgeist zu vital, ihr Wille zur Traditionsbildung trotz aller Desertionen bereits zu mächtig – die persönliche Magie des „Alten Fritz" nicht zu vergessen! *Bernd Rill*

»Nun trete ich den Kreuzweg an«

PAZ-Serie über ostpreußische Märtyrer (Teil 2): Pfarrer Karl Heinrich

Eine aus 80 Elitesoldaten bestehende Ehrenkompanie der polnischen Armee war aufmarschiert, als am 2. September 2001 in Groß Kleeberg, Landkreis Allenstein, ein Denkmal feierlich eingeweiht wurde. Es erinnert an die in den Jahren 1939 bis 1947 ermordeten Priester und Diözesanen des Bistums Ermland. In der Feierstunde verlas die Ehefrau des damaligen Premierministers Ludgarda Buzek eine Gedenkrede. In dieser wurde an das vergangene „Jahrhundert der Ideologien" erinnert, das äußerst grausam „mit der ethnischen und religiösen Bevölkerung von Ermland und Masuren" umgegangen sei. Die einheimische Bevölkerung sei zerschlagen und auseinandergerissen worden und habe das tragische Schicksal [der Vertreibung] erleben müssen, wie Millionen anderer Menschen aus Mittel- und Osteuropa. Für die totalitären Regime von Nazi-Deutschland und für die Stalinisten Russlands habe ein Menschenleben nicht viel bedeutet.

Dazu zählte auch das Leben des Pfarrers Karl Heinrich, an dessen gewaltsamen Tod auch mit diesem Gedenkstein erinnert werden soll. Er ist einer der 45 Priester aus dem Ermland, die heute offiziell als Märtyrer der katholischen Kirche gelten. Im Sommer 1941 hatte Pfarrer Heinrich die Pfarrstelle der Diasporagemeinde Passenheim im Kreis Ortelsburg übernommen. Als sich die Bevölkerung im Januar 1945 den abziehenden deutschen Soldaten anschloss, ging der Pfarrer zusammen mit seiner Schwester und dem ebenfalls evakuierten Pfarrer Johannes Frank auf ein Gehöft in der Nähe des Ortes. Als sie hörten, dass Passenheim vom Feind besetzt und das Pfarrhaus abgebrannt sei, kamen sie dem Evakuierungsbefehl des deutschen Militärs schließlich nach. In Stockhausen, Kreis Rößel, fielen sie dann aber in die Hände russischer Soldaten. Diese drohten damit, alle Anwesenden zu erschießen. Als die Rotarmisten bei der Rückkehr die Menschen jedoch kniend den Rosenkranz betend vorfanden, gingen sie fort, ohne ihre Drohung wahrzumachen.



Pfarrer Karl Heinrich *Bild: Archiv*

Am 17. Februar 1945 führten die Soldaten die beiden Geistlichen fort. Allgemein bekannt war, dass es die Rotarmisten vornehmlich auf die Priester als Vertreter der Kirche abgesehen hatten. Zunächst verlautete, dass die beiden Chausseearbeiten verrichten sollten. Doch Pfarrer Heinrich verabschiedete sich von seiner Schwester mit den Worten: „Nun trete ich den Kreuzweg an." Knapp ein Jahr später kam die Todesnachricht.

Ein Heimkehrer berichtete später, schon der Hintransport nach Russland sei grausig gewesen. Man habe die Menschen zu je fast 100 in Viehwagen gepfercht, Rücken an Rükken und die Beine angezogen. An den 32 Tagen des Transportes seien bereits 200 Tote zu beklagen gewesen.

Im „Vernichtungslager Stalino" sei es mit dieser Grausamkeit weitergegangen, berichtete ein anderer Heimkehrer. Dort habe Pfarrer Heinrich das Wort Gottes zweimal in der Woche verkündet, was ein großer Trost für alle Lagerinsassen gewesen sei. Rührend habe er sich um die Kranken im Lager gekümmert, ohne sich dabei vor anstekkenden Krankheiten zu fürchten. Schon nach wenigen Monaten sei er dann im Mai oder Juni 1945 im Lager Smolensk gestorben und auf dem dortigen Friedhof begraben worden.

Dass Karl Heinrich einmal dieses Ende finden würde, konnte niemand ahnen, als er am 20. Juli 1896 als ältestes von sechs Kindern eines Bauunternehmers in der ostpreußischen Stadt Rößel geboren wurde. Nach der Notreifeprüfung 1917 am Gymnasium seiner Heimatstadt studierte er zuerst in Königsberg, dann in Berlin Altphilologie. Hier reifte der Entschluss, Priester zu werden. Nach dem Studium der katholischen Theologie in Braunsberg empfing er am 20. Juli 1924 in Frauenburg die Priesterweihe. Seine ersten Dienstjahre als Kaplan verbrachte Heinrich in dem kleinen Kirchspiel Lichtenau und in Tilsit, wo er sich mit der Diasporaseelsorge vertraut machen konnte. Da es ihm aber an den notwendigen litauischen Sprachkenntnissen mangelte, wurde er bald, 1928, in die Propsteigemeinde in Königsberg versetzt.

Ein Freund, der Benediktiner und Pfarrer Ildefons Bergmann, beschreibt den großgewachsenen Pfarrer Heinrich als außerordentlich gebildeten, mit feinem musischem Empfinden ausgestatteten und ausgesprochen fröhlichen Menschen: „Geist und Herz, Bildung und musische Veranlagung machten ihn in Scherz und Ernst zu einem feinen und überaus sympathischen Gesellschafter." *H.E.B.*

Nach: „Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts", herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz, 4., vermehrte und aktualisierte Auflage, Paderborn 2006.

Wie die SPD Volkspartei wurde

Vor 50 Jahren gab sich die bisherige Arbeiterpartei das Godesberger Programm

Auf ihrem Außerordentlichen Parteitag vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg gab sich die SPD ein neues Programm. Es war der entscheidende Schritt von der auf Klassenkampf festgelegten Arbeiterpartei zur Volkspartei, die alle Schichten der Wählerschaft ansprechen wollte. Daraus folgte zehn Jahre später der Ausbruch aus der bisherigen Dauer-Opposition und die „gleiche Augenhöhe“ mit den so genannten Konservativen von der CDU/CSU.

Die SPD war im 19. Jahrhundert angetreten als marxistisch orientierte Vertretung der deutschen Arbeiterschaft mit weltanschaulich durchtränktem Programm. Als sie sich nach dem Zusammenbruch 1945 unter dem bis zu seinem Tode 1952 präsidierenden Kurt Schumacher neu formierte, hoffte sie auf die Chance, dem neuen deutschen Staatsgebilde in den westlichen Besatzungszonen einiges an Sozialismus einzuweben, wohlgemerkt des „demokratischen Sozialismus“, denn von einem Zusammengehen mit den Kommunisten wollte Schumacher nichts wissen.

Das reichte aber nach 1949 nicht, um dem bürgerlichen Lager von CDU/CSU und FDP die Regierungsmehrheit streitig zu machen. Die politischen Grundpfeiler, die der CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer einzog, wurden allesamt zur Staatsgrundlage: Westintegration, Nato-Mitgliedschaft mit Bundeswehr, die „Soziale Marktwirtschaft“ Ludwig Erhards mit „Wirtschaftswunder“ etc. Die SPD-Wahlergebnisse zum Bundestag stagnierten im „30-Prozent-Turm“: 1949 – 29,2 Prozent; 1953 – 28,8 Prozent; 1957 – 31,8 Prozent. Das „Wirtschaftswunder“ hatte sozialistische Ideen in den Hintergrund gedrängt. Da wurde das immer noch beschworene „Heidelberger Programm“ von 1925 zum Anachronismus.

Dazu kam noch Schumachers Patriotismus, der zu den weltpolitischen Gegebenheiten quer lag: Selbstbestimmung des deutschen Volkes ohne russische und US-amerikanische Überväter. Die Wiedervereinigung des geteilten Deutschland war unverzichtbar, für Schumacher wie für Adenauer. Aber der Kanzler war ein realistischer Anhänger der Lehre, dass man der Sowjetunion eine leistungsfähigere, freie Welt hinreichend bewaffnet entgegensetzen müsse. Da gehörte die Bundesrepublik hin, auch wenn so die Wiedervereinigung in die Ferne gerückt wurde.

So konnte es für die SPD nicht weitergehen. Sie musste auf die Regierung zugehen. Ernst Reuter, bis 1953 Regierender SPD-Bürgermeister von West-Berlin, hatte schon immer für ein enges sicherheitspolitisches Verhältnis mit den Westalliierten plädiert. Willy Brandt, ab 1957 Reuters Nachfolger, setzte diese Linie fort.

Auf dem Stuttgarter Parteitag (1958) wurden Waldemar von Knoeringen aus Bayern und Herbert Wehner aus Sachsen zu stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt, beide sehr geeignet, das Wählerpotential auszuweiten. Knoeringen sprach als „königlich bayerischer Sozialdemokrat“ die etwas nach rechts tendierenden Wähler an und Wehner stabilisierte gleichzeitig nach links als KPD-Funktionär der Weimarer Zeit mit Nachkriegs-Wendung zum „demokratischen Sozialismus“. Dass im darauffolgenden Jahr auf dem außerordentlichen SPD-Parteitag in Bad Godesberg 321 von den 340 anwesenden Delegierten das neue Godesberger Programm annahmen, zeugte von Wehners erfolgreicher „Kärrner-Arbeit“.



Willy Brandt im Gespräch mit dem damaligen SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer: Vorstandstisch des außerordentlichen Parteitags der SPD in der Stadthalle von Bad Godesberg Bild: Ullstein

Das Godesberger Programm sprach von „Grundwerten“, aber verzichtete auf deren Fundierung in der Lehre von Karl Marx. Damit wurde die SPD auch für christlich orientierte Wähler zu einem Angebot. Eine Definition des Begriffes „Sozialismus“ fand sich nicht. Aber seine Wurzeln nach SPD-Ansicht wurden angegeben, und das musste Konservative ansprechen: christliche Ethik, Humanismus, „klassische“ Philosophie. Auch das „Endziel“ des Sozialismus wurde konsensfähig formuliert, als „dauernde Aufgabe – Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen“. Der Ausdruck „Sozialisierung“ tauchte in Godesberg nicht mehr auf. Flexibler sprach man von „Gemeineigentum“, das eine „legitime Form öffentlicher Kontrolle“ nur noch dort sein sollte, „wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht geleistet werden kann“. Dies wurde kombiniert mit der Hochschätzung des wirtschaftlichen Wettbewerbs. Ferner hieß es im Programm, die SPD „bejaht die Landesverteidigung“.

Die Parteitaktik des Godesberger Programms war offensichtlich. Doch die SPD hatte wirklich umgedacht. Was Wehner in Godesberg sagte, schien allerdings in die nur taktische Richtung zu verweisen: „Ich würde mich gegen ein Programm wenden, das es den Sozialdemokraten erschwert oder gar verbietet, das zu tun, was sie als Sozialdemokraten für das Allgemeinwohl und für das Wohl des Volkes schlechthin zu tun für notwendig halten, wenn sie die Macht haben.“

Die Wahlergebnisse erfüllten die Hoffnung der Väter des neuen Programms. In der Bundestagswahl von 1961 stieg die SPD von 31,8 Prozent (1957) auf 36,2 Prozent, 1965 auf 39,3 Prozent. 1966 war in der Großen Koalition mit der CDU/CSU die Regierungsbeteiligung erreicht. Bei den Wahlen 1969 fuhr die SPD 42,7 Prozent ein, es folgte die sozialliberale Koalition, und 1972 gab es das Rekordergebnis von 45,8 Prozent. Eine Erfolgsgeschichte, die ohne das Godesberger Programm nicht vorstellbar ist. Und wenn die SPD seit einigen Jahren schwächelt – dann liegt das nicht am Godesberger Programm. *Bernd Rill*

Bis zu zwei Millionen »BeFreite«

Ingo von Münch erinnert an das Schicksal deutscher Frauen 1945 und prangert den Umgang damit an

Der Umgang mit dem Thema Vergewaltigung durch Soldaten der Roten Armee ist bei vielen betroffenen Opfern aus Ost- und Mitteldeutschland von Scham bestimmt. Erst in den neunziger Jahren erschienen mehrere Bücher, die dieses Teilkapitel der „Befreiung“ von 1945 auch mit ausführlichen Berichten der Überlebenden schilderten. Von den heute noch lebenden weiblichen Zeitzeugen waren viele damals noch zu jung, um selbst Opfer der sowjetischen Soldaten zu werden, doch zusammen mit ihren männlichen Altersgenossen wurden sie Augenzeugen der Vergewaltigung ihrer älteren Schwestern, Mütter, Tanten und Großmütter und haben deren vielfache Traumatisierung oft selbst als Schock erlebt.

Ohnehin schützte ein jugendliches Alter nicht vor den Übergriffen der Soldaten, wie Ingo von Münch in „Frau, komm!‘ Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45“ ausführt. Zwischen 1,2 und zwei Millionen deutsche Mädchen und Frauen, so die Schätzungen, sind in den Monaten vor und nach dem 8. Mai 1945 vergewaltigt worden, viele von ihnen mehrfach. Der emeritierte Professor für Staats- und Völkerrecht, der von 1987 bis 1991 Zweiter Bürgermeister sowie Wissenschafts- und Kultursenator der Freien und Hansestadt Hamburg war, bringt sich in die seiner Meinung nach viel zu leise Debatte über diese deutschen Opfer ein. So beklagt er, dass das Thema Massenvergewaltigungen deutscher Frauen seit Kriegsende viel zu zurückhaltend behandelt worden sei, da bestimmte Kreise Sorge gehabt hätten, die geschilderten Ereignisse würden die Deutschen „viktimisieren“. „‚Viktimisieren‘ bedeutet, jemanden zum Verbrechensopfer zu erklären – aber waren denn die (häufig besonders brutal) vergewaltigten Frauen und Mädchen keine Opfer von Verbrechen?“, fragt der Rechtsgelehrte und Politiker von Münch spitz.

> Mal fielen alkoholisierte Horden über die Frauen her, mal wurde ruhig »angestanden«

„Ich hatte ... ein ungutes Gefühl, dass du die Alliierten zu negativ zeichnest, schließlich waren die Deutschen dagegen Bestien“, zitiert der Autor eine Verlags-Lektorin. „Bitte überprüf das noch mal. Irgendwas Positives (statt Versautes, Brutales etc.) würde das Ganze unparteiischer, glaubwürdiger machen“, soll diese 2003 an einen anderen Autoren geschrieben haben.

Gegen derartige Ansichten schreibt von Münch mit seinem Buch an. Er trägt die bisher erlangten Erkenntnisse über die Massenvergewaltigungen an deutschen Frauen – und übrigens auch an polnischen, ukrainischen sowie russischen Zwangsarbeiterinnen – durch sowjetische Soldaten zusammen. Hierbei entkräftet er gleich zu Beginn die Behauptung, die Soldaten der Roten Armee hätten nur Vergeltung für zuvor von deutschen Soldaten begangene Verbrechen an sowjetischen Frauen geübt. Abgesehen davon, dass eine derartige Vergeltung moralisch und auch rechtlich untragbar wäre, so sei auch das Argument an sich falsch, da es nie Massenvergewaltigungen durch deutsche Soldaten gegeben habe. Deutsche Offiziere hätten derartiges nachweislich nie zugelassen, da es der Disziplin innerhalb der Truppe geschadet hätte. Auch sei die Mentalität, Moral und Stimmung der Deutschen eine ganz andere gewesen. Beispielsweise hätte auch in der Zeit der schnellen Siege der intensiv mit Alkohol gefeierte Rausch der Sieger gefehlt. Zwar sei es zu Vergewaltigungen durch deutsche Soldaten gekommen, doch seien diese nachweisbar zumeist geahndet worden. (In schweren Fällen und bei Offizieren übrigens auch mit der Todesstrafe.)

> Das Thema war lange tabuisiert – kaum einer schrieb über die bis zu 300 000 »Russenkinder«

Zeitzeugenberichte dominieren die Ausführungen von Ingo von Münch. Er hat zahlreiche Erinnerungen von Opfern und Augenzeugen zusammengetragen, welche die Grausamkeit und absolute Skrupellosigkeit der Täter verdeutlichen. Dass diese nicht nur von Deutschen wahrgenommen wurden, verdeutlicht er mit Zitaten russischer Autoren wie Alexander Solschenizyn und Lew Kopelew. Weder Mädchen noch Greisinnen, Schwangere oder stillende Mutter konnten auf Erbarmen hoffen. Die Berichte über Rotarmisten, die geduldig Schlange stehen und warten, dass sie als 15. oder 20. auch „ran“ dürfen, sind in ihrer Dramatik fast noch erschütternder als die Schilderung alkoholisierter Horden. Einige Opfer wurden nach dem Missbrauch ermordet oder verbluteten. Andere wurden schwanger. Etwa 20 Prozent der vergewaltigten Berlinerinnen sollen von den Sowjets geschwängert worden sein, 90 Prozent hätten abgetrieben, andere Selbstmord begangen. Trotzdem sollen fast 300 000 durch Vergewaltigung gezeugte Russenkinder in Deutschland geboren worden sein. Auf durch die Vergewaltigungen verbreiteten Krankheiten geht von Münch nicht ein, doch es ist davon auszugehen, dass auch sie manche Frau das Leben gekostet haben.

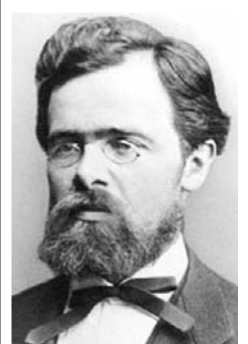
Doch an so etwas dachten offenbar viele nicht: „Wir befinden uns weit in Ostpreußen, wo wir die Preußen ausräuchern, dass die Federn nur so fliegen. Unsere Jungens haben bereits alle deutschen Frauen ausprobiert“, soll ein Russe in seinem Feldpostbrief in die Heimat geschrieben haben. Die Tatsache, dass sich die Täter nur selten in dieser Weise schriftlich – und somit wissenschaftlich vergleichsweise leicht nachweisbar – mit ihren Taten brüsteten, macht das Unrecht von der Täterseite her schwerer belegbar und verstehbar, aber natürlich nicht kleiner. *Rebecca Bellano*

Ingo von Münch: „Frau, komm!‘ Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45“, Ares Verlag, Graz 2009, gebunden, 210 Seiten, 19,90 Euro

Der Herr des Eises

Der am 11. Juni 1842 im oberfränkischen Berndorf geborene Pastorensohn Carl von Linde kam während seiner Gymnasialzeit in Kempten erstmals mit der Technik in Berührung. Die großen Dampfmaschinen und Turbinen der dortigen Aktien-Baumwollspinnerei faszinierten ihn so sehr, dass er nach dem Abitur am renommierten Polytechnikum in Zürich ein Studium aufnahm – das er aber nicht abschloss. Weil er sich beim Rektor allzu sehr für seines Erachtens zu Unrecht disziplinierte Kommilitonen einsetzte, wurde er nämlich der Hochschule verwiesen. Der Studienabbrecher wider Willen fand schließlich eine Stelle in einer Münchner Lokomotivfabrik. In der Zeitung hatte er gelesen, dass diese errichtet werden sollte, und seine Bewerbung um die Leitung des Konstruktionsbüros hatte Erfolg. Linde reizte jedoch die Freiheit von Forschung und Lehre, und als er von der bevorstehenden Gründung eines Polytechnikums in München, der heutigen Technischen Universität, erfuhr, bewarb er sich um den dortigen Lehrstuhl für theoretische Maschinenlehre. 1868 wurde das Polytechnikum gegründet und Linde deren außerordentlicher, 1872 dann ordentlicher Professor.

Linde war nicht nur ein großer Forscher und Erfinder, sondern besaß auch die Gabe, Marktlücken zu erkennen und diese mit ausgereiften, marktfähigen Entwicklungen zu füllen. Sein Spezialgebiet wurden Kältemaschinen. Anfänglich produzierte er diese Maschinen in Kooperation mit Industrieunternehmen. Die Nachfrage, insbesondere von Brauereien, erwies sich allerdings als derart groß, dass er 1878 die Lehrtätigkeit unterbrach und im darauffolgenden Jahr mit Kapitalgebern eine eigene Aktiengesellschaft gründete, um seine Entwicklungen selber zu produzieren.



Carl von Linde

Diese „Gesellschaft für Linde's Eismaschinen“, die heutige „Linde AG“, leitete er bis 1890, als er sich in den Aufsichtsrat zurückzog, um sich nun wieder als Hochschullehrer am Polytechnikum stärker der Forschung zuzuwenden. Dort ging er der Frage nach, inwieweit Kältemaschinen genutzt werden können, um Gase unter den Siedepunkt abzukühlen und damit zu verflüssigen. Schließlich gelang es ihm, die Temperatur von Luft derart zu vermindern, dass sich die Einzelteile nacheinander verflüssigten und damit industriell gewonnen werden konnten. Auch diesmal verstand es Linde wieder, seine Entdeckungen in marktfähige Produkte umzusetzen.

Wenn man Lindes naturwissenschaftlich-technische Begabung und seine Geschäftstüchtigkeit auch nicht unbedingt von einem Pastorensohn hätte erwarten können, so doch die Art und Weise, wie er mit den daraus resultierenden Erträgen umging. Er beteiligte seine Mitarbeiter und stiftete viel für gemeinnützige Zwecke. Am 16. November 1934 starb das Multitalent in München. *M. Ruoff*

Kohls gelehrige Schülerin

Zu: „EU stellt sich gegen Vertriebene“ (Nr. 45)

Na also, jetzt haben es die Tschechen mit ihren Benesch-Dekreten auch geschafft, wie die Polen, da wird aber Freude aufkommen bei den Sudetendeutschen. Unsere Regierungsmitglieder schwören den Amtseid, aber anschließend ist er für die Herrschaften eine Lachplatte, Hauptsache, sie haben ihre Pfründe. Ein Musterbeispiel ist Frau Merkel mit ihrer Rede auf der Westerplatte. Von der Fürsorgeflicht für die vertriebenen Ost- und Sudetendeutschen keine Rede mehr, eine gelehrige Schülerin. Siehe Oder-Neiße-Grenze, Herr Kohl hat seinem Freund Mitterrand und der Frau Thatcher einen Gefallen getan.

Horst Polakowski, Gernsheim

Westerwelles schallende Ohrfeige für Erika Steinbach

Zu: „FDP contra Steinbach“ (Nr. 43)

Mit seinem ersten Antrittsbesuch in Warschau hat der Bundesaußenminister Westerwelle unserer BdV-Präsidentin Erika Steinbach und damit dem gesamten Verband in der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ öffentlich eine schallende Ohrfeige versetzt. Es war dies ein nahezu anbiederischer und kriechender Auftritt, der zwar in der polnischen „Politkaste“ einen Jubelschrei auslösen wird, in den eigenen Reihen der noch lebenden Zeitzeugen jedoch nur auf Unverständnis stoßen kann und wird. Offenbar sind Herrn Westerwelle die jahrelange Diffamierungswelle gegen das geplante Vertriebenenzentrum in Berlin und die beleidigenden Angriffe gegen Frau Steinbach in der polnischen Presse völlig entgangen. Damit hat er sich seinem geplanten Kernanliegen – der Vertiefung der Beziehung zum östlichen Nachbarn – erneut einseitig genähert. Eine echte Versöhnung sollte jedoch nur in Augenhöhe erfolgen und dazu gehört auch die Tatsache, dass Polen am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht völlig unschuldig war. Erinnert sei nur an die Korridorschikanen und anderes mehr. Reichen wir uns also gegenseitig die Hände zur Versöhnung und hören endlich mal auf mit den innerstaatlichen Einmischungen und Bevormundungen.

Auch wir Vertriebene brauchen endlich ein eigenes Erinnerungszentrum, um den Verlust der geliebten Heimat gemeinsam würdevoller ertragen zu können.

Dr. W. Hanau, Berlin

Rhonhof bestätigt

Zu: Leserbrief „Hitler durch Weglassen von Schuld reinwaschen“ (Nr. 40)

Russland hat im Gegensatz zu anderen Ländern die Archive geöffnet. Russische Wissenschaftler und Publizisten haben sich damit beschäftigt und die Ergebnisse in dem Buch „Überfall auf Europa“ bekannt gemacht. Danach werden die Ausführungen von Schultze-Rhonhof bestätigt und ergänzt. Insbesondere wird dargestellt, welche Ziele Stalin mit dem Nichtangriffspakt erreichen wollte.

Erich Stanzick, Bad Rothenfelde

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Westerwelle in Warschau: Das Misstrauen der Polen bleibt groß. Bild: pa

Verhöhnung der Vertriebenen

Zu: „BdV, was nun?“ (Nr. 45)

Der Besuch des neuen deutschen Außenministers Guido Westerwelle zunächst in Warschau statt in Paris oder London mit seinen Vorbehalten gegen Frau Steinbach als Vertreterin der Vertriebenen im Stiftungsrat der Vertriebenen-Gedächtnisstätte in Berlin ist ein Schlag in das Gesicht der Vertriebenen und eine Verhöhnung dieser Betroffenen durch einen nachgeborenen Politclown. Für ihn gelten einmal mehr die Worte Ernst Moritz Arndts von 1848, der damals unter der Überschrift „Polenlärm und Polenbegeisterung“ folgendes schrieb: „Alles mit Maß, sagte sonst der mäßige und bedächtige Deutsche. Jetzt fällt er nur zu häufig in das Unmaß und in die Albernheit hinein, indem er sich den Schein des Billigen und Gerechten gibt.“ Und er nennt die Polenfreunde dann „die Unwissenden, die Narren und die Schelme“. Mir scheint, dass auch Herr Westerwelle in diese Kategorie gehört.

Prof. Dr. Karl-Heinz Kuhlamm, Bohmte

Alte Fibel von 1827

Zu: „Bildung statt Krieg“ (Nr. 41)

Ihre Biographie über Freiherr Eberhard von Rochow hat mir sehr gefallen. Ich besitze sein Lesebuch „Der neue Kinderfreund“ aus dem Jahr 1827. Mein Ur-Ur-Ur war Lehrer in meinem Heimatdorf. Ich halte die Fibel in Ehren. Es ist niedlich, darin zu lesen. Erfreulich, solche Würdigungen in der *PAZ* zu finden.

Hans Siegmund, Heroldhausen

Ausgesprochen, was die Mehrheit empfindet

Zu: „Sarrazin oder das Ende der politischen Korrektheit“ (Nr. 43)

Es ist immer wieder wohltuend, Ihre Zeitung zu lesen. Sie unterscheidet sich dadurch, dass sie dem Zeitgeist nicht verfallen ist, geschweige denn, ihm hinterherläuft. Ich kann den Äußerungen Sarrazins nur zustimmen. Endlich mal wieder ein Einzelner, der den Mut hat, Dinge auszusprechen, wie sie eine schweigende Mehrheit auch empfindet. Der „Sturm“ war zu erwarten, denn da läuft einer politisch aus dem Ruder, der den Kurs doch genau kennt, und das geht nicht. Kann mir einer verraten, was die viel beschworene Meinungsfreiheit noch für einen Sinn hat?

Nach meinem Empfinden, ich bin Jahrgang 1942 und in Königsberg/Pr. geboren, laufen wir doch längst mit einem Maulkorb herum. Tanzt einer aus der Reihe, bekommt er was aufs Maul. Wir sind auf dem besten Wege, eine „Nischengesellschaft“ zu werden, die DDR lässt grüßen. Nur, das hat keine Zukunft.

Und noch ein Ding: Was ist überhaupt Wahrheit? Es gibt inzwischen zwei Wahrheiten, die eine ist die verpflichtende Wahrheit, der ich traue. Die andere ist die gemachte Wahrheit, der ich misstraue. Von wem wird dieser gordische Knoten durchschlagen? Ich trage Trauer um uns und unser Land.

Hannes Bibelhausen, Grasberg

Dem Erdboden beinahe gleichgemacht

Zu: „Jubiläumsfeier in der Heimat“ (Nr. 40) und Leserbrief „Die alte Kirche von Allenburg vereint Menschen“ (Nr. 40)

Im Mai 2003 machten wir eine Busreise mit der ostpreußischen Landsmannschaft Lübeck in unser Vaterland nach Ostpreußen und besuchten auch Allenburg. Unter den Mitreisenden war auch eine gebürtige Allenburgerin dabei: Frau Anni Umlandt. Als wir uns die Kirchenruine ansahen, erzählte sie mir, dass sie als Anni Wohlgemut hier getauft, konfirmiert und getraut worden ist. Ihr Vater war der Schuhmachermeister in Allenburg, Herr Wohlgemut.

Die Kirchenruine war noch gesperrt und auf dem hohen Kirchturm hatten neun Storchenpaare ihre Nester gebaut. Die Ordenskirche von 1405 ist noch gut erhalten und sollte renoviert werden. An der Kirchenwand ist mittels Mauerhaken eine alte Grabplatte befestigt.

In Allenburg standen nur noch die alte Schule, ein paar kleine Häuschen und die alte Pflastersteinstraße, das war alles. Die alte deutsche Kleinstadt Allenburg wurde während des Zweiten Weltkrieges dem Erdboden gleichgemacht.

Nach Flucht und Vertreibung mit ihrer Tochter ist Frau Umlandt in Lübeck sesshaft geworden und erfreut sich Tag ein Tag aus an ihrem Schrebergarten.

Arno Zilian, Lübeck

Der neue Faschismus: die Antifa

Zu: „Sarrazin oder das Ende der politischen Korrektheit“ (Nr. 43)

Zum Thema angebliche „Anti“-Fa fiel mir ein: „Der neue Faschismus wird nicht sagen: Ich bin der Faschismus. Er wird sagen: Ich bin der Antifaschismus!“ Ignazio Silone, italienischer Kommunist und Schriftsteller, zirka 1945.

Joachim Ruhnau, Döttesfeld

Erste Ärztin auch dank Friedrich II.

Zu: „Deutschlands erste Ärztin“ (Nr. 41)

Das war Dorothea Christiana Erxleben, geborene Leporim, aus Quedlinburg/Harz, die ihre Prüfung am 6. Mai 1754 in lateinischer Sprache in Halle/Saale ablegte. Ein weiblicher Arzt? Das war bis dato auf keiner deutschen Universität passiert und musste als „casus sine exemplo“ ausdrücklich vom Preußenkönig Friedrich II. genehmigt werden. Deswegen erhielt sie die Doktorwürde erst am 12. Juni 1754, legte ihren Eid ab und hielt ihre Rede in gewähltem, sprachlich vollendetem Latein.

Das alles 150 Jahre vor Hope Adams-Lehmann! [Anmerk. der Red.: Adam-Lehmann gilt „nur“ als erste praktische Ärztin und Gynäkologin Münchens.] Nachzulesen bei Werner Quedman „Die Ärztin Dorothea Christiana“, Arena Verlag.

Felicitas Roeder, Oldenburg

Geschichte in den Zusammenhängen betrachten

Zu: Leserbrief „Hitler durch Weglassung von Schuld reinwaschen“ (Nr. 40)

Nach der Lektüre des Leserbriefes in Attacke gegen Herrn Schultze-Rhonhoff habe ich mir überlegt, wie man solche Geschichtsbetrachtung nennen sollte, und mir ist nur der Begriff „buchhalterisch“ eingefallen. Es ist eine Betrachtung ohne das Hintergrundleuchten, das wir im Universum bewundern.

Natürlich kann man mit Akribie immer mal belastende Aktennotizen oder miserable Notizen oder ärgerliche Protokolle finden, oder unausgegorene Äußerungen aus früheren Zeiten. Wenn ich alle Äußerungen, die ich in meinem Leben aus meinem Mund entlassen habe, vorgehalten bekäme, müsste ich eine ganze Menge davon rückwirkend verdammen. Aber welchem ehrlichen Menschen geht das nicht ähnlich? Nein, das Problem liegt doch anders. Wegen der Vereinnahmung der Kern-Tschechoslowakei durch Hitler haben die Westmächte die Rückgabe Danzigs, die durchaus angezeigt und berechtigt gewesen wäre, verweigert, und das war und ist für uns schlimm. Denn hätte man Hitler die Chance, im September 1939 einen Krieg anzufangen, genommen, indem man Danzig den Deutschen zurückgegeben hätte, wäre ihm Stalin ein Jahr später höchstwahrscheinlich zuvorgekommen. Die Sowjet-Armee hätte wahrscheinlich Ostpreußen, auf jeden Fall Polen überrannt und wäre – hoffentlich – in Deutschland zum Stehen gekommen. Wir und die Polen hätten einen hohen Blutzoll gezahlt. Und die Westmächte? Hätten sie dann uns geholfen oder nur Polen, was selbst bei säuberlicher Trennung der Fronten nicht möglich gewesen wäre, oder hätten sie Europa ab der französische Grenze ostwärts dem Kommunismus überlassen, was eben auch nicht zu begrenzen gewesen wäre? Man denke daran, was nach einer Niederlage Francos im spanischen Bürgerkrieg an roter Diktatur nach Frankreich und Italien hätte exportiert werden können. Nein, es geht nicht darum, irgendetwas zu verniedlichen oder einen Diktator der übelsten Sorte reinzuwaschen. Es geht darum, Geschichte in Zusammenhängen (Plural) zu betrachten. Und dafür genügt es nicht, in verstaubten Archiven nachzusehen, sondern man muss die Gesamtsituation so beschreiben, wie es Schultze-Rhonhoff in seinem Buch getan hat.

Dr. Hans-Wolfgang Pollack, Schramberg

Keine Menschen

Zu: „EU stellt sich gegen Vertriebene“ (Nr. 45)

Die Selbstverständlichkeit, mit der die EU-Mitgliedsstaaten Zugeständnisse an den tschechischen Staatspräsidenten im Hinblick auf die Benesch-Dekrete machten, hat deutlich werden lassen, dass Menschenrechte und zwingendes Völkerrecht für alle anderen Völker gelten, nur nicht für Deutsche.

In dieses Schema passt, dass der neue Bundesaußenminister sich Polen gegenüber verpflichtet fühlt, Frau Steinbach als Mitglied im Stiftungsbeirat des Zentrums gegen Vertreibung zu verhindern.

Mit Sarkasmus kann man da nur feststellen, dass Stalins „Hofdichter“ Ilja Ehrenburg in seinem Aufruf an die Rotarmisten recht hatte: Deutsche sind keine Menschen.

Ralf Möllering, Melle

Belesene wussten schon lange vor Schultze-Rhonhofs Buch Bescheid

Zu: Leserbrief „Hitler durch Weglassung von Schuld reinwaschen“ (Nr. 40)

Mit großem Interesse verfolge ich die Leserreaktionen auf den oben genannten Brief. Für in Geschichte Belesene hätte es des Buches von Gerd Schultze-Rhonhof nicht bedurft. Schon bald nach dem Krieg waren es Autoren der Siegermächte, die klarstellten, dass die Kriegsschuld nicht einseitig den Deutschen angelastet werden kann. Ich nenne stellvertretend für weitere Autoren Charles Callan Tansill und sein Buch „Die Hintertür zum Kriege“, in dem er die Machenschaften von Roosevelt aufzeigt, die zum Kriege führten. Dann die Bücher von David L. Hoggan, „Der erzwungene Krieg“ und „Der unnötige Krieg“ und „Frankreichs Widerstand gegen den Zweiten Weltkrieg“. Aus England kam sehr früh das Buch „Englands Krieg gegen Deutschland“ von Reverent Nicoll. Darüber hinaus sollte bei Geschichtsinteressierten bekannt sein, was sich Polen zwischen 1918 und 1939 an Kriegen gegen seine Nachbarn geleistet hat.

Schon zur Zeit der Weimarer Republik versuchte Polen, Frankreich für einen Krieg gegen Deutschland zu gewinnen.

Als Hitler das Rheinland besetzen ließ, bot sich Polen an, mit in den Krieg gegen Deutschland zu ziehen. In Frankreich war die Meinung gespalten. Neben den Scharfmachern gab es Besonnene, die sagten: „Was ist geschehen? Deutschland ist in Deutschland einmarschiert!“

Wie Polen mit seinen Minderheiten umging, sollte man wissen. Nicht nur mit der deutschen Minderheit. Auch die Juden litten unter dem polnischen Terror. Von Polen wurde der Madagaskar-Plan geboren. Man wollte die Juden wie andere Minderheiten loswerden.

In diesem Zusammenhang erfolgte auch die Maßnahme, dass man den Tausenden 1938 noch in Deutschland lebenden polnischen Juden die Pässe nicht erneuerte und sie staatenlos machte. Deutschland ließ sich das nicht gefallen und schob die polnischen Juden über die Grenze ab. Das wird heute Deutschland als schlimmes Verbrechen vorgeworfen. Was der Anlass war, wird verschwiegen.

Es geht heute nicht darum, Hitler rein zu waschen. Aber unsere Vertreter in der Politik und in den Medien machen einen Kniefall nach dem anderen vor Leuten, die es nötig hätten, vor der eigenen Tür zu kehren. Wenn aber von deutscher Seite ein Schuldbekenntnis nach dem anderen kommt, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass die andere Seite unverschämt wird. Dagegen muss endlich einmal Front gemacht werden.

Vielleicht liegt auch etwas anderes zu Grunde. In der Kennedy-Ära war der spätere CDU-Bundestagsabgeordnete Olaf von Wrangel mit einer deutschen Delegation in Washington. Nach einem Vortrag von ihm saßen wir im Anschluss im kleinen Kreis zusammen. Wrangel berichtete, dass sie zu fortgeschrittener Stunde mit Kennedy zusammen saßen. Auf Krieg und Kriegsschuld angesprochen, soll Kennedy gesagt haben: „Wir sind uns doch alle im Klaren, dass Deutschland die geringste Schuld am Ausbruch des Krieges hatte. Das dürfen wir aber dem deutschen Volk nicht sagen, wie sollen wir ihm dann seine ganzen Verluste rechtfertigen?“

Vielleicht ist das der Grund, weshalb unsere Politiker weiter lügen?

Adolf Fröhlich, Hamburg

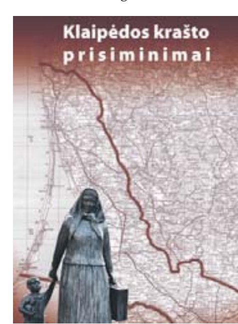
Das Ostpreußenblatt

Nr. 46 – 14. November 2009

MELDUNGEN

»Abend der Erinnerungen«

Memel – Auf einem „Abend der Erinnerungen“ wurde im Simon-Dach-Haus das Buch „Erinnerungen aus dem Memelland“ vorgestellt, das auf eine Initiative des Vereins der Deutschen in Memel zurückgeht. In dem Buch werden das Schicksal und die Lebenswege von 15 Mitgliedern des Vereins der Deutschen dargestellt. Bisher ist das Buch, dessen Titelbild die vor dem Memeler Bahnhof stehende, von der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise (AdM) und ehemaligen Bewohnern des Memellandes finanzierte Bronzeskulptur „Abschied“ vor der Karte des Memellandes zeigt, nur auf Litauisch erschienen, doch befindet sich eine deutsche Übersetzung bereits in der Vorbereitung. Allerdings kann mit der Realisierung erst begonnen werden, wenn die Arbeiten zur Erstauflage finanziell abgesichert sind. Nähere Auskünfte können beim Verein der Deutschen in Memel oder beim Heimatkreisvertreter erfragt werden. Der Lesung von Auszügen aus dem Buch folgte eine angeregte Diskussion der sichtlich bewegten Anwesenden, darunter die Historiker Dainius Elertas und Arunas Baublys sowie Jonas Jogutis. In ihren Wortbeiträgen betonten sie die Bedeutung des Buches, dessen Veröffentlichung mit finanzieller Hilfe der Stiftung zur Unterstützung der Kultur beim Litauischen Kulturministerium, der Litauischen Abteilung für Minderheiten und der Stadtverwaltung von Memel erfolgt ist. *PAZ*



„Erinnerungen aus dem Memelland“

Einbruch bei Elektrogeräten

Königsberg – In der Pregelmetropole ist die Produktion von Elektrogeräten von Januar bis September gegenüber 2008 um 80 bis 85 Prozent zurückgegangen. Die Ursache sieht die regionale Wirtschaftsministerin Aleksandra Smirnowa in Einbrüchen der Nachfrage und einer „kurzsichtigen“ Zollpolitik Russlands, „deren Lasten drücken“. Dabei muss Königsberg schon jetzt jede Kopeke dreimal umdrehen, da laut einer Umfrage von Anfang November 35 Prozent der Einwohner befürchten oder sicher sind, ihre Jobs zu verlieren. Nur 19 Prozent, der Königsberger Arbeitnehmer glauben, dass ihre Arbeitsplätze sicher seien. *W. O.*

»Wir erleben einen Epochenwandel«

Die Landesvertretung hat getagt – Preußisch-solide Finanzen und neue Initiativen für die *PAZ*

Im Sinne des Vereinsrechts ist die Ostpreußische Landesvertretung „nur“ die Mitgliederversammlung, doch politisch handelt es sich eher um ein Exilparlament der über zwei Millionen vertriebenen und ausgesiedelten Ostpreußen. Auf ihrer Jahrestagung in Bad Pyrmont wurde deutlich, wie viel die Volksgruppe nach wie vor für ihre Heimat unternimmt.

„Wir erleben zur Zeit einen Epochenwandel. Die Nachkriegszeit ist zu Ende. Die Vertreibung wird von Jahr zu Jahr mehr Historie“, so beschrieb Wilhelm v. Gottberg in seinem Lagebericht die Gesamtsituation. Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen spannte einen weiten Bogen von der allgemeinen politischen Lage über die Situation der Vertriebenen zur Lage im dreigeteilten Ostpreußen. Der vierte Teil seines Bericht, der mit einem Dank an die Mitarbeiter der LO schloss und den diese Zeitung demnächst in langen Auszügen veröffentlichen wird, befasste sich mit der Situation des Verbandes.

Vorangegangen waren diesem Höhepunkt der OLV-Tagung die traditionelle Totenehrung, die der stellvertretende Sprecher Wolfgang Thüne vornahm, und ein Bericht von Kaplan Schmeier aus der Heimat. Der vergleichsweise junge Domherr hat seit nunmehr weit über zehn Jahren seinen Lebensmittelpunkt im Ermland und betreut dort die weiter schrumpfende deutsche Volksgruppe. Sein aktueller und lebendiger Bericht war in den Schlussfolgerungen gedämpft: Die Rest-Volksgruppe überaltere, schon in der Rentnergeneration überwiegen stark die gemischten Ehen. Nur wenn auch Deutsche wieder nach Ostpreußen zurückkehrten, hätte die Volksgruppe dort eine Zukunft.

Stefan Hein berichtete über die Arbeit des Bundes Junger Ostpreußen (BJO), der eben erst eine neue Ausgabe des Magazins „Fritz“ herausgebracht habe. Hein appellierte an die Gliederungen der LO, dem BJO junge Mitglieder und Interessenten zu benennen. Uta Lüttich, zugleich Landesvorsitzende von Baden-Württemberg und Vorsitzende des Frauenverbandes, berichtete über deren vielfältige Aktivitäten hier und in der Heimat.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt am Sonnabend war die *Preußische Allgemeine Zeitung*. Die Erneuerung des Blattes geht weiter, im Internet haben Ende September Werbeaktivitäten begonnen, die bereits zu 290 zusätzlichen Probebestellungen geführt haben. Eine größere Werbekampagne im Jahre 2010 ist beschlossene Sache und auch angemessen finanziert. Die Zeitung tue schon jetzt alles, um ihre zu geringe Bekanntheit zu vergrößern. Erst am Vortag hatte der Vorstand der LO beschlossen, nach entsprechender Abklärung mit dem Finanzamt die Zeitung an Kiosken anzubieten. Im April 2010 soll das 60-jährige Bestehen der Zeitung in festlichem Rahmen in Berlin gefeiert werden. Das große Interesse und die Sympathien der Delegierten an der beziehungsweise für die Zeitung führte dazu, dass v. Gottberg am Nachmittag unter „Verschiedenes“ weiter ausführlich über die Zeitung diskutieren ließ.



Geschlossenheit: Die untenstehende Resolution und der Haushalt für das Jahr 2010 wurden von der OLV nahezu einstimmig gebilligt. Vorne rechts Bundesgeschäftsführer Sebastian Husen. Bilder (4): K. Badenheuer

Wahrhaft „preußisch korrekt“ stellen sich die Finanzen des Verbandes dar, wie sowohl im Rechenschaftsbericht über das Jahr 2008 als auch bei den Haushaltsberatungen für 2010 deutlich wurde: Mit dem glücklichen Verkauf ihres langjährigen Domizils in der Parkallee im Jahre 2008 konnte die LO ihre Rücklagen weiter stärken. Da der Verband zudem in etlichen Positionen bei den Ausgaben unter den Etatansätzen blieb, fiel die Rücklagenstärkung sogar noch etwas größer aus als erhofft. Kassenprüfer Siegbert Nadolny berichtete sichtlich beeindruckt, dass er bei der stichprobenartigen Prüfung der Belege nicht die geringste Ungenauigkeit, noch nicht einmal einen Flüchtigkeitsfehler oder dergleichen gefunden habe.

> 60-Jahr-Feier der *PAZ* im April 2010,
> Deutschlandtreffen im Mai 2011:
> Die Ostpreußen schauen nach vorn

Das Bild kerngesunder Finanzen bestätigt der Haushaltsentwurf für 2010, den Bundesgeschäftsführer Sebastian Husen präsentierte. Er vertrat damit Schatzmeister Friedrich-Wilhelm Böld, den ein Bandscheibenvorfall „außer Gefecht“ gesetzt hatte.

Perspektiven für die weitere Arbeit des Verbandes eröffnete der Bericht des Bundesgeschäftsführers über die Planungen für das nächste Deutschlandtreffen der Ostpreußen Ende Mai 2011 in Erfurt. Fast einstimmig beschloss die OLV die hier im blauen Kasten widergegebene politische Entschließung. Die Initiative dazu geht zurück auf einen Resolution der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen (Vorsitzender Jürgen Zauner) vom 24. Oktober, noch vor dem unseligen Beschluss des EU-Rates. Der Entwurf wurde angesichts der eingetretenen Entwicklung zu einer Protestnote umformuliert. Der letzte Absatz zitiert wörtlich eine längere Stellungnahme von Bayerns Sozialministerin Christa Stewens (CSU) in dieser Sachen (die *PAZ* berichtete), die vom Sprecher verlesen und von der Versammlung mit Dank und Zustimmung begrüßt wurde.

Wie immer bot die Sitzung der Landesvertretung reichlich Gelegenheit zum Austausch über Heimatliches, Politisches, aber auch Persönliches und Privates, nicht zuletzt in der gemütlichen „Höhle“ im Keller des Ostheims in Bad Pyrmont bei Bier, Wein und original ostpreußischem „Bärenfang“.

Ein ganz besonderes Zeitdokument war die Filmvorführung über das Deutschlandtreffen 1966 in Düsseldorf. Reiter auf gestriegelten Trakehnern begrüßten die vielen Zehntausend Teilnehmer. Die dort gehaltenen Reden, auch von SPD-Politikern, fielen aus heutiger Sicht im Ton sehr pathetisch aus, doch mit der Beteiligung französischer und belgischer Kriegsveteranen wurde schon damals die Völkerverständigung nicht etwa nur beschworen, sondern auch praktiziert.

Konrad Badenheuer

»Dies entwertet die EU-Grundrechtecharta«

Die Delegierten der am 7./8. November 2009 in Bad Pyrmont tagenden Ostpreußischen Landesvertretung, dem parlamentarischen Beschlussorgan der Landsmannschaft Ostpreußen, nehmen mit Unverständnis und Empörung zur Kenntnis, dass bei der Ratifizierung des Lissabonner Vertrages für die Tschechische Republik Ausnahmeregelungen zur Geltung der EU-Grundrechtecharta vorgenommen wurden, welche die Ansprüche der deutschen Vertriebenen aus Menschenrechtsverletzungen durch die Vertreibung ausschließen.

Damit löst Europa die deutschen Heimatvertriebenen aus seinem Grundrechtekatalog heraus. Dies entwertet die EU-Grundrechtecharta, verstößt insbesondere gegen die Werte der Menschenwürde der Betroffenen und widerspricht dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit in der EU. Diese Beliebigkeit beschädigt und gefährdet die für die Zukunft angestrebte und notwendige europäische Rechtsordnung über den aktuellen Anlass hinaus.

Die Ostpreußischen Landesvertretung betont: Wer nicht die Kraft aufbringt, sich vom Unrecht der Vertreibung ohne Wenn und Aber zu distanzieren, und wer glaubt, Menschenrechtsverstöße auch in Zukunft mit Regelungen rechtfertigen zu können, die rechtsstaatlichen Grundsätzen widersprechen, setzt seine Fähigkeit für eine größere Partnerschaft aufs Spiel.







Wilhelm v. Gottberg, der Sprecher der Landsmannschaft, bei seinem Rechenschaftsbericht (l.). In der Mitte der Bundesvorstand der LO (Uta Lüttich, Barbara Stramm, Wolfgang Thüne, W. v. Gottberg, Stephan Grigat, Gottfried Hufenbach und Stefan Hein (v.l.n.r.). Rechts Kaplan André Schmeier berichtet aus der Heimat.

Neue Jugendgruppe

Grünberg: Hauptanliegen deutsche Sprache

Im niederschlesischen Grünberg hat sich eine neue Jugendgruppe der deutschen Minderheit gebildet. Dies berichtet das „Schlesische Wochenblatt“. Initiator der Gruppe ist der 29-jährige Artur Klinger. Klinger studiert Informatik an der Universität Grünberg.

Bislang haben sich in der neuen Gruppe zwar erst fünf feste Mitglieder versammelt. Doch es dürften schon bald mehr werden, da gibt sich Klinger sehr optimistisch. Vor allem gehe es jetzt darum, die Gruppe in ihrer Region bekannter zu machen. Zu diesem Zweck habe man bereits Kontakt zur Grünberger Universität aufgenommen, dort vor allem zu den Germanisten.

Angeregt wurde Klinger zu der Gründung nach seinen eigenen Worten vom „Festival der Kultur der Deutschen Minderheit in Breslau“. Die engagierte Unterstützung der Sozialkulturellen Gesellschaft der Deutschen Minderheit vor Ort in Grünberg habe es schließlich ermöglicht, die neue Jugendgruppe zu etablieren.

Eigenes Internet-Portal steht schon

Über die Internetseite „Deutsch OK“ (www.deutschok.pl) tritt die Vereinigung bereits an eine breitere Öffentlichkeit. Ein erstes Projekt ist ein „Kino-Workshop“. Hier werden ausgesuchte deutschsprachige Filme gezeigt, anschließend sollen Mitglieder und Interessierte Rezensionen zu den Streifen verfassen, die auf der Internetseite veröffentlicht und so zur Diskussion gestellt werden.

Das Hauptaugenmerk der Arbeit gelte überhaupt der deutschen Sprache, so Klinger. „Deutsch war in meinem Haus immer sehr nah.“ *H.H.*

»Allen unschuldigen Opfern«

Die Opfer des Massakers im böhmischen Postelberg bekommen ein Denkmal

Der Stadtrat von Postelberg hat beschlossen, den in der nordböhmischen Stadt im Juni 1945 von Tschechen gefolterten und ermordeten Deutschen ein Denkmal zu setzen. Es soll auf dem örtlichen Friedhof errichtet werden und in Tschechisch und Deutsch die Inschrift erhalten: „Allen unschuldigen Opfern der Ereignisse in Postelberg im Mai und Juni 1945“. Für die konkrete Ausgestaltung wird noch ein Wettbewerb ausgeschrieben. Die Kosten trägt die Stadt.

Die Initiative zu dem Denkmal stammt vom „Förderverein für die Stadt Saaz/Zatec“ mit Sitz in Frankfurt am Main. Er hatte dieses Zeichen der Erinnerung beantragt. Daraufhin war aus Tschechen, Deutschen und Vertretern der jüdischen Gemeinde eine sechsköpfige Expertenkommission gebildet worden, die dem Stadtrat am 22. Oktober auf dessen Sitzung ihr Ergebnis vortrug. Der Vorsitzende des deutschen Vereins, Otokar Löbl, hatte dabei Gelegenheit, den Antrag zu erläutern und anschließend auch der tschechischen Presse vorzustellen. Diesen Antrag hat sich der Stadtrat dann in leicht modifizierter Form zu Eigen gemacht.

Im Juni 1945 wurden hier etwa 800 Deutsche erschossen

Ebenso wie der Förderverein reagierte auch der Bund der Vertriebenen (BdV) positiv auf diese Entscheidung. So erklärte seine Präsidentin Erika Steinbach:

„Ich begrüße den Beschluss des Stadtrates von Postelberg/Postoloprty, den in der Stadt von Tschechen gefolterten und ermordeten Deutschen ein Denkmal zu setzen. Den deutschen Opfern, die hierbei umgekommen sind, wird dadurch ein ehrenvolles Gedenken und den Überlebenden des Massakers ein später Trost zuteil.

Es ist gut, dass die jahrelangen gemeinsamen Bemühungen von Tschechen und Deutschen um Anerkennung der Opfer – auf der Grundlage der Empfehlung einer Expertenkommission von Tschechen, Deutschen und Vertretern der jüdischen Gemeinde – zum Erfolg geführt haben.

So unheilvoll die Auswirkungen der Benesch-Dekrete mit ihrem Freistellungsgesetz noch immer sind, so zeigt sich doch, dass einzelne Menschen in der Lage sind, wohltuende Zeichen der Menschlichkeit zu setzen. Dafür gebührt ihnen Anerkennung.“

Das Denkmal erinnert an ein Massaker der unmittelbaren Nachkriegszeit, des Mai und Juni 1945. Damals hatte eine Einheit der 1. tschechoslowakischen Division im Zuge der Erfüllung des Befehls, „das Terrain von feindlichen Elementen zu säubern“, die Deutschen in Kasernen und in einem früheren deutschen Internierungslager in Postelberg konzentriert, unter ihnen 5000 Männer aus Saaz. Dort sind sie gefoltert und/oder ermordet worden. Im Jahre 1947 wurden aus Massengräbern 763 Skelette exhumiert, darunter die von fünf Frauen, und in Krematorien verbrannt. Die genaue Zahl der Todesopfer des Massakers ist aber unbekannt. Postelberg gilt jedoch zusammen mit Brünn als die sudetendeutschen Städte mit dem höchsten Verlust an Menschenleben bei der Vertreibung.

Im Juni dieses Jahres wurden seitens des tschechischen Staates mit einem Soldaten und einem Polizeioffizier erstmals offiziell Verantwortliche ermittelt. Beide sind jedoch bereits tot. Wenn schon keine Bestrafung der Täter, so erhalten die Opfer doch nun zumindest ein Zeichen ehrenden Angedenkens am Orte ihres Leidens. *PAZ*

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

der November ist nun einmal der Monat, an dem die Gedanken stärker als sonst zu denen gehen, die nicht mehr unter uns weilen. An die Menschen, an deren Gräbern wir nicht stehen können, weil es sie nicht gibt. Da bleibt oft nur ein Bild, und manchmal auch nicht einmal das, weil alles verloren ging – damals auf dem großen Fluchtweg. Aber so lange wir an sie denken, sind sie nicht vergessen. Und es tut gut zu hören, dass es Menschen gibt, die dieses Gedenken nicht nur an die Verstorbenen aus dem eigenen Lebenskreis pflegen. Da trat auf dem letzten Ostpreußentreffen in Berlin eine Ostpreußin an mich heran und zeigte mir einige Fotos von einem geschmückten Grab. Sie sagte: „Darüber müssen Sie einmal schreiben.“ Es war laut und voll in der Halle, viele Menschen drängten sich an unserem Stand, so dass ich nur einen kurzen Blick auf die Bilder werfen konnte und den Namen auf dem Grabstein las: **Fritz Skowronnek**. Ich fragte: „Der Schriftsteller?“, und sie nickte. „Und wo liegt er begraben?“ „In Oranienburg. Und wir Lycker pflegen sein Grab ...“ sie wies auf eine Granittafel unterhalb des Steines „.... für den Heimatdichter aus Lyck/Ostpreußen.“ Ich versprach Frau **Renate Lohs**, dass ich mich um die Angelegenheit kümmern würde. Eigentlich wäre der 70. Todestag des Dichters am 7. Juli dieses Jahres ein guter Anlass gewesen, aber dann wäre bei der Würdigung seines reichen Lebenswerkes dieses sichtbare Gedenken zu kurz gekommen. Und so erschienen mir diese stillen Tage, die den Verstorbenen gelten, als der richtige Zeitpunkt und unsere Familien-Kolumne als der richtige Platz, um darüber zu berichten.

Es begann damit, dass sich im März 2007 die Stadt Oranienburg an die Kreisgemeinschaft Lyck wandte mit dem Angebot, ihr die Grabstelle Dr. Fritz Skowronnek auf dem Städtischen Friedhof zur weiteren Pflege zu überlassen. Das stieß bei der Kreisgemeinschaft, vor allem bei Herrn **Peter Dziengel**, auf großes Interesse, denn er hatte sich schon lange bemüht, den hinterlassenen Spuren des masurischen Dichters nachzugehen. Fritz Skowronnek hatte zwar 1858 im Forsthaus Schuiken in der Rominter Heide das Licht der Welt erblickt, aber nach der Geburt des vier Jahre jüngeren Bruders **Richard** übernahm der Vater die Försterstelle in Sybba bei Lyck. Und diese schöne masurische Stadt wurde für den ältesten Sohn des Försters **Adam Skowronnek**, der wie seine Brüder das renommierte Lycker Gymnasium besuchte, zur Vaterstadt, wie er sie selber bezeichnete. Die Brüder Fritz und Richard schöpften als Schriftsteller ihr Leben lang aus dem Reichtum der masurischen Landschaft und der Wesensart ihrer Menschen und brachten die bis dahin kaum entdeckte Schönheit und Eigenart Masurens in die deutsche Literatur ein. Sie spiegelt sich in ihren Romanen, Novellen und Dramen wider, vor allem aber in den Naturschilderungen des Fritz Skowronnek, basierend auf den Eindrücken aus seiner Jugend in der Wälder -und Seenweite um Lyck, die für sein ganzes Leben und Wirken bestimmend wurden. Peter Dziengel besitzt mehr als 30 Bücher des Dichters, hatte auch schon über ihn geschrieben, als noch der Eiserne Vorhang ein Forschen nach seiner Grabstelle verhinderte. Die letzte Lebensstation des Masuren war Oranienburg gewesen, wo der 81jährige kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verstarb.

Nun war nicht nur der Gang zu seiner letzten Ruhestätte frei, man wollte den Lyckern auch die Pflege übertragen. Sie fanden bei einer ersten Besichtigung eine trotz Krieg und DDR-Zeit gut erhaltene Grabstelle mit Gedenkstein und Grabeinfassung vor. Die Kreisgemeinschaft übernahm die Pflege gerne. Auflage vonseiten der Stadt im Wortlaut: Solange die Grabstelle gepflegt und verkehrssicher ist, sollte sie nicht geräumt werden! Die Inschrift auf dem Grabstein wirkt nach der Instandsetzung wie neu: „Dr. Fritz Skowronnek, Schriftsteller, * 20.8.1858, † 7.7.1939“, und darunter der Spruch: „Der ist in tiefster Seele treu, der die Heimat liebt wie Du.“ Das besagte viel über die Heimatverbundenheit des Dichters – nur nichts über diese Heimat. Und so kam es, dass sich um Peter Dziengel ein Kreis von Anhängern des masurischen Dichters bildete, die beschlossen, dass seine, ihre Heimat auf der Grabstelle auch sichtbar werden sollte. Die Stadt Oranienburg erteilte die Genehmigung für eine zusätzliche Steintafel mit der Inschrift „Fritz Skowronnek Heimatdichter aus Lyck/Ostpreußen“. Eine großzügige Lyckerin übernahm die – nicht unerheblichen – Kosten für die Steinmetzarbeit, weitere Spenden aus dem Freundeskreis kamen hinzu, so dass jetzt die Tafel „sichtbar für die Nachwelt“, wie Frau Lohs sagt, die Heimat des Dichters dokumentiert. Und darüber hinaus ist jetzt auch vertraglich die Pflege der Grabstelle für 30 weitere Jahre gesichert!



Fritz Skowronneks Grab: Eine Zusatztafel verweist jetzt auf die masurische Heimat des Schriftstellers. Bild: privat

Das wäre bis zum 100. Todestag des Dichters im Jahre 2039! Fritz Skowronnek, der seiner masurischen Heimat die Sprache gab, bleibt noch lange unvergessen, Herrn Dziengel und dem Freundeskreis sei Dank!

Die Sprache seiner masurischen Heimat bewahrt hat auch der Schriftsteller **Max Bialluch** aus Gollingen im Kreis Sensburg. Ich habe ihn als liebenswürdigen, humorvollen Menschen gekannt, der auch im Rundfunk seine Geschichten und Anekdoten vortrug, die er vor allem in seinem Buch „Das lachende Dorf“ zusammengefasst hatte. Ich habe in den letzten Jahren oft und gerne aus unserem „Königsberger Dichterkreis“ – offiziell „Sektion Ostpreußen der Reichsschriftumskammer“, aber unter und über uns nie so genannt – berichtet und aus den Werken der damaligen Mitglieder vorgelesen, um das Bild des reichen Literaturlebens Ostpreußens aufzufächern. Und so trage ich auch gerne die kleine Geschichte „Der Soldatenrock“ von Max Bialluch vor, eine um den preußischen König Friedrich Wilhelm I. spielende Anekdote aus Masuren. Die hat nun Herrn **Rolf W. Krause** aus Velbert angeregt, das Leben und Wirken von Max Bialluch zu durchleuchten, weil er dessen Biographie im Sensburger Heimatbrief bringen will. Sicherlich wird es Landsleute geben, die Max Bialluch gekannt haben und die über den später in Königsberg wohnenden Schriftsteller berichten können. Vor allem aus seiner Jugendzeit und den Anfängen seiner schriftstellerischen Arbeit in der Heimat. Herr Krause hat schon eine weitere Geschichte, „Der Schießprügel“, gefunden, sie stammt aus dem „Lachenden Dorf“. Er möchte natürlich gerne das Buch besitzen, ist an weiteren Arbeiten und vor allem an einem Foto von Max Bialluch interessiert. Mit Sicherheit sind seine Geschichten in älteren Anthologien, Heimatbüchern und Kalendern zu finden. Vielleicht werden ja Leserinnen und Leser aus unserem Familienkreis fündig! (Rolf W. Krause, Nierenhof, Alte Poststraße 12 in 42555 Velbert, Telefon 02052/1309)

Ruth Geede Foto: Pawlik

Hatte ich schon von der blitzschnellen Aufklärung des – nun als Labiau identifizierten – Ortes auf der alten Luftaufnahme berichtet, zu der immer noch Zuschriften kommen, so konnte die Geschwindigkeit noch getoppt werden durch die Reaktion auf die Abbildung des unbekannten Denkmals auf dem Suchbild in Folge 44. Sie erfolgte umgehend, und zwar in solchem Ausmaß, wie wir es nicht erwartet hatten, zumal es sich ja um ein Bauwerk handelt, das sich nicht in Ost- oder Westpreußen befindet, sondern in Schlesien. Das Ehepaar **Wiedenfeld** aus Kanada, das den turmartigen Bau auf einer Europareise entdeckte und uns nach dem ihm unbekannten Objekt befragte, kann mit der Antwort mehr als zufrieden sein – wir aber auch, denn es zeichnete sich in der Breite und Intensität der Antworten ab, dass wir auf dieses Thema näher eingehen müssen. Da dies in unserer Kolumne nicht möglich ist, werden wir es gesondert behandeln, zumal wir durch die Vielfalt der Informationen, die oft auf persönlichen Eindrücken beruhen, die Geschichte dieses Denkmals von seiner Planung über Errichtung und Zerstörung bis zu seinem jetzigen Zustand genau aufzeichnen können.

Es handelt sich um das Mausoleum des Generalfeldmarshalls **Gerhard Leberecht Fürst Blücher von Wahlstatt**, der sich als „Marschall Vorwärts“ in die deutsche Geschichte eingeschrieben hat. Im Jahre 1813 befreite der bereits 70-Jährige in der berühmten Schlacht an der Katzbach Schlesien von der napoleonischen Herrschaft und entschied zwei Jahre später bei Belle-Alliance das Schicksal des selbsternannten Welteroberers. Der aus einem Mecklenburger Adelsgeschlecht stammende, viel besungene Volksheld der Befreiungskriege erhielt von König Friedrich Wilhelm III. das schlesische Gut Krieblowitz als Ruhesitz, den er aber nicht lange als solchen genießen konnte, denn er verstarb am 12. September 1819. Auf Wunsch von König Friedrich Wilhelm IV. entstand auf der Lindenhöhe nordwestlich des Schlosses eine würdige Begräbnisstätte, das von dem Berliner Architekten Johann Heinrich Strack geschaffene Blücher-Mausoleum. Es ist das turmartige Gebäude, das von den Eheleuten Wiedenfeld entdeckt wurde und über das sie leider vor Ort keine Erklärung bekamen. Sie waren nur betroffen über den Zustand des massiven Bauwerks, das die Spuren starker Zerstörung aufwies. Das Relief unter dem Turmkranz war als Halbbüste des Feldmarschalls von Christian Daniel Rauch geschaffen worden. Der Kopf wurde von den russischen „Befreiern“ bei ihrem Einmarsch 1945 abgeschlagen, das Mausoleum aufgebrochen, die Särge Blüchers und seiner Frau zerstört. Die ersten deutschen Zeugen dieser Vernichtungswut fanden die Gruft in einem kaum beschreibbaren Zustand – auch darüber werden wir ausführlich berichten wie über die Bemühungen, wenigstens die Stätte als solche zu erhalten, obgleich sie kein Mausoleum mehr ist. Die irdischen Reste Blüchers sind nicht mehr auffindbar. Als in den 90er Jahren die Gedenkstätte etwas aufgeräumt wurde, hat man die dabei gefundenen Knochen in dem dahinter liegenden Gebäude eingemauert. Immerhin ist es tröstlich, dass ein später Nachfahre Blüchers das Schloss Krieblowitz, das 1937 den Namen „Blüchersruh“ erhielt, gekauft hat und es zum Hotel umbauen ließ. Er soll auch das Mausoleum wieder in einen würdigen Zustand versetzt haben, wie uns Herr **Heinz Csallner** mitteilt, der uns dazu alte Postkarten übersandte, die den Rundbau im gepflegten, unversehrten Zustand zeigen. Danke dafür, auch im Namen des Ehepaars Wiedenfeld, ebenso allen anderen, die uns eine Fülle von Material übermittelt haben, darunter einen uns von Herrn **Manfred Kehlert** überlassenen Artikel, der die Geschichte des Blücher-Denkmals bis in den letzten Winkel durchleuchtet. Herr Prof. **Wolfgang Stribrny** weist in seinem Schreiben darauf hin, dass auf seinen Vorschlag die deutschen und polnischen Teilnehmer der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft zur preußischen Geschichte e. V. vor einem Jahr auch in Krieblowitz gewesen sind. Die Arbeitsgemeinschaft will ein deutsch-polnisches Hinweisschild auf den Generalfeldmarschall am Blücher-Mausoleum aufstellen. Wir sehen, es tut sich etwas. Hinweise für Interessierte: Das etwa 15 Kilometer südwestlich von Breslau gelegene Krieblowitz gehört zur Gemeinde Kanth (polnisch Kary) wo sich auch die Autobahn-Anschlussstelle befindet.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



ZUM 101. GEBURTSTAG

Fröhlian, Anna, geb. **Rohmann**, aus Lyck, Morgenstraße 13, jetzt Amalienstift, Lindenstraße 15, 17126 Jarmen, am 17. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Blask, Gertrud, geb. **Skopnik**, aus Lötzen, jetzt Tannenbergstraße 15, 59558 Lippstadt, am 16. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kurschat, Hugo, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, jetzt Reichenaustraße 224, 78467 Konstanz, am 19. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Gipner, Luise, geb. **Sommerfeld**, aus Lyck, jetzt In der Mersbach 25, bei Klein, 53757 Sankt Augustin, am 18. November

Kurreck, Friedrich, aus Reichau, Liebstadt, Schnellwalde, Saalfeld, jetzt Liebigstraße 25, 63069 Offenbach am 19. November

Raszawitz, Eugen, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Postillionseck 2, 21271 Hanstedt, am 16. November

Scheffler, Erna, geb. **Ehrenhardt**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, jetzt Johanniterstraße 5, 10961 Berlin, am 22. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Kowalewski, Emilie, geb. **Michalzik**, aus Lyck, jetzt Wikingerstraße 23, 42275 Wupprtal, am 20. November

Mischkowski, Bruno, aus Lötzen, jetzt Johanniter-Straße 35, 51065 Köln-Mülheim, am 16. November

Rohde, Edeltraut, geb. **Hoyer**, aus Zeysen, Kreis Lyck, jetzt Hauptstraße 160, 10827 Berlin, am 20. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Berg, Franz Werner, aus Königsberg, jetzt Am Wandrahm 40-43, 28195 Bremen, am 22. November

Walter, Herta, geb. **Borrmann**, aus Grieteinen, Kreis Elchniederung, jetzt Bruchstraße 106, 45468 München, am 17. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bonkowski, Gerhard, aus Osterode, jetzt Grüner Wall 20, 14089 Berlin, am 18. November

Buttkewitz, Kurt, aus Seliggen, Kreis Lyck, Am Wasserturm 17, 30629 Hannover, am 18. November

Mett, Elsbeth, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, jetzt Friedhofstraße 26, 77933 Lahr, am 20. November

Unger, Bruno, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, jetzt Greveradenstraße 1, 23554 Lübeck, am 21. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Binsch, Hans, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Sandfortskamp 18, 48159 Münster, am 8. November

Gers, Paul, aus Treuburg, Marktstraße 60, jetzt Schützenweg 17, 71034 Böblingen, am 18. November

Klöß, Meta, geb. **Hütt**, aus Soginten, Kreis Ebenrode, jetzt Auf der Aue 3, 57223 Kreuztal, am 20. November

Plewka, Willy, aus Saiden, Kreis Treuburg, jetzt Paracelsusstraße 3, 93083 Obertraubling, am 20. November

Schelinski, Ursula, geb. **Gehrmann**, aus Rehwald, Kreis Heiligenbeil, jetzt Kommandantenstraße 68a, 47057 Duisburg, am 18. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Boeck, Marianne, aus Neidenburg, jetzt Bussardstraße 22/II, 82008 Unterhaching, am 20. November

Broszeit, Erich, aus Waldau, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Bildhauer-Sturm-Straße 22, 87629 Füssen, am 9. November

Chmielewski, Ilse, geb. **Orlowski**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Parkresidenz Karl-Lippert-Stieg 1, 22391 Hamburg, am 22. November

Crusius, Ilse, geb. **Grabowski**, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Wilhelm-Leuschner-Straße 2, 28329 Bremen, am 17. November

Katzenski, Erna, geb. **Labusch**, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Osthof 3, 59556 Lippstadt, am 20. November

Konopka, Friedrich, aus Geigenau, Kreis Lyck, jetzt Hauptstraße 22, 39517 Birkholz, am 16. November

Kucharski, Barbara, aus Lötzen, jetzt Eckenerstraße 7, 22045 Hamburg, am 18. November

Scheike, Christel, geb. **Sokolowski**, aus Ortelsburg, jetzt Max-von-Seubert-Straße 72, 68259 Mannheim, am 19. November

Thöne, Elfriede, geb. **Zibner**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, jetzt Heinrich-Christian-Seebohm-Straße 17a, 40959 Düsseldorf, am 18. November

Walka, Walter, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, jetzt Geibelstraße 16, 31303 Burgdorf, am 21. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Alex, Gerhard, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, jetzt Beethovenstraße 47, 74074 Heilbronn, am 18. November

Allies, Emil, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Schillerstraße 4, 21762 Otterndorf, am 17. November

Bollnow, Lisa, geb. **Nuckel**, aus Germau, Kreis Fischhausen, jetzt Am Sande 13, 21614 Buxtehude, am 12. November

Borgelt, Margarete, geb. **Jannowitz**, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt Eintrachtstraße 95, 42277 Wuppertal, am 22. November

Burgò, Ruth, geb. Schröder, aus Germau, Kreis Fischhausen, jetzt Grubachweg 7, 88131 Lindau/Bodensee, am 9. November

Eichel, Elfriede, aus Lyck, jetzt Röhrigstraße 38, 22763 Hamburg, am 18. November

Falkenhausen, Gerhard, aus Lötzen, jetzt Birkengrund 16, 61352 Bad Homburg, am 18. November

Harabin, Emmy, gb. **Nowosadtko**, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Rudolf-Klug-Weg 9, 22455 Hamburg, am 16. November

Hellwig, Hans, aus Angerapp, Rehanstraße, jetzt Ansgarstraße 25, 50825 Köln, am 28. Oktober

Henke, Irmgard, geb. **Naglatzki**, aus Neidenburg, jetzt Landhauser-straße 58, 58675 Hemer, am 22. November

Hinke, Gerda, geb. **Krüger**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Kopernikusstraße 17, 46147 Oberhausen, am 22. November

Höttler, Christel, geb. **Lask**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, jetzt Flötzstraße 9, 44799 Bochum, am 17. November

Kensy, Erika, geb. **Skauradszun**, aus Ellerau, Kreis Ebenrode, jetzt Kurt-Schumacher-Straße 6, 67346 Speyer, am 18. November

Kinsky, Gertrud, geb. **Urbschat**, aus Rohren, Kreis Ebenrode, Nathstieg 2, 22111 Hamburg, am 16. November

Köppens, Gerda, geb. **Matschulat**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, jetzt Gerichtstraße 10, 26135 Oldenburg, am 19. November

Kumutat, Käte, aus Skören, Kreis Elchniederung, jetzt Bahnhofstraße 55, 24783 Osterrönfeld, am 21. November

Kurrat, Otto, aus Glindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt An der Saale 1, 31020 Salzhemmendorf, am 18. November

Matuszak, Erna, geb. **Laukeninkat**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Am Entenmoor 27a, 21357 Bardowick, am 19. November

Melchin, Charlotte, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Schwanenwall 6, 44135 Dortmund, am 22. November

Michael, Hildegard, geb. **Plitzner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Höhste Straße 17, 10249 Berlin, am 17. November

Neutz, Ruth, geb. **Baumann**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Lindenweg 14, 56323 Waldesch, am 16. November

Niesgodda, Ernst, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Pastorsberge 3, 59519 Möhnsee, jetzt Kommandantenstraße 68a, 47057 Duisburg, am 18. November

Oksas, Ida, geb. **Olbrisch**, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, jetzt Hauptstraße 15, 78187 Geisingen 1, am 19. November

Raeder, Helga, geb. **Segatz**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, jetzt Gollierstraße 75, 80993 München, am 16. November

Sautter, Ursula, geb. **Bergmann**, aus Königsberg, jetzt An der Ottosäule 6, 85521 Ottobrunn, am 18. November

Schön, Gerhard, aus Milken, Kreis Lötzen, jetzt Angerburger Straße 6, 31789 Ottobrunn, am 18. November

Schubert, Helene, geb. **Koriath**, aus Neidenburg, jetzt Brandheider Weg 33, 31789 Hameln-Halstenbek, am 20. November

Schuchna, Rosemarie, geb. **Wieczorek**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Trinenkamp 43, 45889 Gelsenkirchen, am 21. November

Sokolowski, Edith, aus Fließdorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Arndtstraße 33, 33615 Bielefeld, am 20. November

Soppa, Cläre, geb. **Schrubba**, aus Lyck, jetzt Eddastraße 10, 42117 Wuppertal, am 16. November

Wagner, Eva, geb. **Teike**, aus Wittingen, Kreis Lyck, jetzt Siemensstraße 21, 17459 Koserow, am 16. November

Winkler, Elfriede, geb. **Pankewitz**, aus Haselau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hermann-Duncker-Straße 6, 06886 Lutherstadt Wittenberg, am 18. November

Wuerger, Erika, geb. **Waga**, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, jetzt Brucknerstraße 13, 27474 Cuxhaven, am 16. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Brencz, Liesbeth, geb. **Votel**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Glück-Auf-Burgk-Straße 1a, 39288 Burg bei Magdeburg, am 22. November

Denda, Helmut, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, jetzt Hauen 3, 23866 Nahe, am 17. November

Gsell, Helmut, aus Gollen, Kreis Lyck, jetzt Dorfstraße, OT Bühren, 31619 Binnen, am 16. November

Hein, Fritz, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, jetzt Schulstraße 14, 23996 Bobitz, am 19. November

Jeske, Siegfried, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Am Höllenberg 13, 58675 Hemer, am 19. November

Kalweit, Emil, aus Damerau, Kreis Ebenrode, jetzt Obere Hofmark 10, 94424 Arnstorf, am 19. November

Kamischke, Marianne, geb. **Hüttner**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Merowingerstraße 61, 40225 Düsseldorf, am 16. November

Krosta, Erich, aus Reinkental, Kreis Treuburg, jetzt Jungfernhohlweg 14, 06484 Quedlinburg, am 17. November

Lange, Ilse, geb. **Burbulla**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, jetzt Kirchplatz 1a, 40670 Meerbusch, am 16. November

Lemke, Maria, aus Karmitten, Kreis Samland, jetzt Am Spinnseyer 28, 96052 Bamberg, am 16. November

Löwe, Rosemarie, geb. **Hofmann**, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, jetzt Schneeberg 5, 08289 Schneeberg/Erzgebirge, am 16. November

Müller-Groeling, Prof. Dr. Hubertus, aus Karolinenhof, Kreis Osterode, jetzt Roesoll 6, 24226 Heikendorf, am 9. November

Pick, Ruth, geb. **Czypull**, aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Lindenstraße 24, 19069 Klein Treptow, am 20. November

Ratz, Otto, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, jetzt Glockenkuhle 3, 38464 Twulpstedt, am 17. November

Rischkau, Harry, aus Strobjehnen, Kreis Samland, jetzt Eilendorfer Weg 26, 21614 Buxtehude, am 21. November

Salwik, Elli, geb. **Dusny**, aus Sargensee, Kreis Treuburg, jetzt Am Wald 67b, 40597 Düsseldorf, am 22. November

Sbresny, Georg, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, Herbtbarthstraße 2, 29614 Soltau, am 22. November

Schiemann, Theresia, aus Ödenburg/Ungarn, jetzt Am Waldesrand 11, 73642 Welzheim, am 16. November

Schimanski, Ernst, aus Seehagen, Kreis Neidenburg, jetzt Am Schwarzbach 82, 41066 Mönchengladbach, am 18. November

Strehl, Günther, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Rotwandstraße 18, 82140 Olching, am 19. November

Szameitat, Heinz, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, jetzt Schublerberg 1, 24802 Bokel, am 22. November

Wenzel, Hans-Günther, aus Lyck, Yorkplatz, jetzt Bleichstraße 22, 40878 Ratingen, am 17. November

Wirsching, Hans, aus Ebenrode, jetzt Schweriner Straße 25a, 19075 Pampow, am 17. November

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

6./7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein

26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0. Auf einzelne Veranstaltungen wird gesondert hingewiesen. Änderungen bleiben vorbehalten.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 14. November, 19.30 Uhr, Phoenix: Einer geht noch – Komasaufen.

Sonnabend, 14. November, 20.15 Uhr, Phoenix: Bonner Republik. 1949–1963 – Die Ära Adenauer.

Sonnabend, 14. November, 20.15 Uhr, Vox: Unter Verschluss – Die geheimen Schicksale der DDR-Frauen.

Sonnabend, 14. November, 21.10 Uhr, n-tv: History – Schlacht um Berlin.

Sonnabend, 14. November, 22.05 Uhr, n-tv: History – Der Fall Himmler.

Sonntag, 15. November, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 15. November, 18 Uhr, 3sat: Fremde Kinder: Tabakmädchen.

Sonntag, 15. November, 19 Uhr, Bayern: Neue Bauern braucht das Land.

Sonntag, 15. November, 20.05 Uhr, N24: Das Hitler-Tonband.

Montag, 16. November, 21 Uhr, ARD: Endstation Chaos – Die Bahn auf gefährlichem Kurs.

Dienstag, 17. November, 20.15 Uhr, WDR: Die Ostsee – zwischen Deutschland und Estland.

Dienstag, 17. November, 22.25 Uhr, 3sat: Mogadischu.

Dienstag, 17. November, 23.20 Uhr, Bayern: Eisenfresser – Das harte Leben der Schrottarbeiter am Strand von Bangladesch.

Mittwoch, 18. November, 21 Uhr, Arte: Sechs Tage Krieg – Die Waffen klirren.

Mittwoch, 18. November, 21.50 Uhr, Arte: Sechs Tage Krieg – Krieg und Okkupation.

Mittwoch, 18. November, 22.35 Uhr, NDR: Einsatz – Afghanistan.

Freitag, 20. November, 18.30 Uhr, Phoenix: Austerlitz – Napoleons langer Marsch zum Sieg.

Freitag, 20. November, 20.55 Uhr, Phoenix: Die Flotte des Kaisers.

Freitag, 20. November, 22.05 Uhr, N24: Berlin – Hitlers letzter Kampf.

Mitgliederversammlung mit Neuwahl

Terminänderung! – Einladung zur Mitgliederversammlung (MV) der „**Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums**“ am Sonnabend, 16. Januar 2010, zunächst im Museum, Ritterstraße 10, Lüneburg, anschließend in der benachbarten historischen „Kronen-Diele“, Heiligengeiststraße. Programm: 9 Uhr Eröffnung des Museums für die „Freunde“, 10 Uhr Begrüßung durch Jagdhornbläser der Lüneburger Jägerschaft und Ehrung der besten Absolventen der Jägerprüfung 2009. 11 Uhr Mitgliederversammlung in der „Kronen-Diele“ (1. Begrüßung und Totengedenken durch Dr. Dorff, 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit, 3. Genehmigung des Protokolls der MV vom 25. April 2009, 4. Bericht von Dr. Mähnert über die Museumsarbeit, 5. Bericht über den Trägerverein von Herrn Hilgendorf, 6. Jahresbericht 2009 Dr. Dorff, 7. Kassenbericht von Frau Krey, 8. Erläuterung des Haushaltsplans für das Kalenderjahr 2010, 9. Bericht über die Kassenprüfung, 10. **Satzungsänderung** siehe unten, 11. Aussprache über die Tagesordnungspunkte 3 bis 10, 12. **Neuwahl** des gesamten Vorstandes, 13. Sonstiges, 14. Ende der Mitgliederversammlung, Abschlusslied). Das Protokoll der letzten MV und der Haushaltsplan-Entwurf werden für die Versammlungsteilnehmer bereit gehalten und können zuvor beim Ersten Vorsitzenden abgerufen werden (möglichst per Fax oder E-Mail). 13 Uhr Mittagspause (das Essen kann im Kronen-Restaurant eingenommen werden). 14.30 Uhr öffentlicher Vortrag des Schriftstellers Gert G. v. Harling: „Jagen in Masuren heute“.

Satzungsänderung – § 6 Abs. 1 der Satzung des Vereins der Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums e. V. erhält folgende Ergänzung: „*Der Vorstand stellt in der alljährlichen ordentlichen Mitgliederversammlung seinen Haushaltsplan für das folgende Geschäftsjahr auf und erläutert diesen. Die Mitgliederversammlung kann den vorgelegten Haushaltsplan ändern und muss ihn mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Stimmberechtigten beschließen. Im Rahmen des genehmigten Haushaltsplanes entscheidet der Vorstand*“ über die Vergabe ...

Nähere Informationen beim Ersten Vorsitzenden Dr. Erik Dorff, Telefon (04131) 735323, Fax (04131) 735325, E-Mail: e.dorff@web.de

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Dienstag, 17. November, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Rathaus in Hainstadt. Bitte etwas Gebäck mitbringen. – Sonntag, 29. November, Fahrt zum Weihnachtsmarkt in Marktbreit bei Würzburg. Informationen erteilt R. S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

Lahr – Sonntag, 15. November, 14.30 Uhr, Gedenkfeier zum Volkstrauertag vor dem Mahnmal auf dem Schutterlindenberg. – Mit einem Vers begrüßte die Vorsitzende Irma Barraud viele Mitglieder und Freunde im Gasthaus Zarko, um das 60jährige Bestehen der Gruppe sowie den jährlichen Erntedankabend zu begehen. Im Rückblick wurde der Frauen und Männer gedacht, die 1949 die Gruppe gründeten – um den leidgeprüften und entwurzelten Menschen Halt und neuen Mut zu geben und um das Erbe ihrer Heimat zu erhalten und zu bewahren. Was durch die zahlreichen und vielfältigen Veranstaltungen in den vergangenen 60 Jahren auch Bestand hat. Nach dem gemeinsamen Essen lud die Frauengruppe zu einem kleinen Programm ein: „Erntezeit in Ostpreußen“. Den Erntetisch mit dem Erntebrot, das an alle verteilt wurde, schmückte in diesem Jahr die Erntekrone. Mit Dank an die Vorstandsmitglieder Irmentraut Kretschmann, Maria Rittweiler, Reingard Behnke und dem Ehrenvorsitzenden Heinz Schindowski beschloss die Vorsitzende den Abend.

Ludwigsburg – Donnerstag, 19. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch in den „Kronenstuben“, Kronenstraße 2.

Metzingen – Beim diesjährigen Grützwurstessen der Metzinger war die Freude wieder groß. Wie früher in der Heimat wurde das Erntedankfest bei gutem Essen, Trinken und Tanz gestaltet. Der Vorsitzende Heinz Scheffler hieß im Café Bohn alle Besucher herzlich willkommen, zu denen auch Mitglieder der Landsmannschaften Ostpreußen, Westpreußen und Pommern aus Reutlingen und Wendlingen gehörten. Die Tombola lockte mit interessanten Preisen, und der Musiker Roland Prezinger spielte auf, während die Suppenterrinen, Salzkartoffeln und Bauernbrot auf die Tische gestellt wurden. In den Suppenterrinen befanden sich in heißer Brühe die Grützund Leberwürste. Die Besucher brachten großen Appetit mit und es wurde herzhaft zugelangt. In vielen Gesprächen wurden die Traditionen und Erlebnisse der Erntedankfeste in der Heimat in die Erinnerung zurück gerufen. Wie es sich bei Erntedankfesten gehört wurde natürlich anschließend ausgiebig getanzt und die lustige Polonaise zog durch die Tischreihen. Auch bei diesem Fest ist es gelungen, viele Erinnerungen an die Heimat nicht vergessen zu lassen und zu zeigen, wie man damals in Ostpreußen, Westpreußen und Pommern gelebt hat.

Reutlingen – Sonnabend, 14. November, Gedenkfeier zum Volkstrauertag auf dem Friedhof Römerschanze-RT. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Schwäbisch Hall – Sonnabend, 21. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum traditionellen Grützwurstessen in der Seniorenanlage „Im Lindach“, Schwäbisch Hall. Elfi Dominik zeigt einen Videofilm von den letzten zehn Reisen nach Pommern, Ost- und Westpreußen sowie Schlesien. Das Grützwurstessen beginnt um 17.30 Uhr. Baldige Anmeldungen an Elfi Dominik, Telefon (0791) 72553. – Mittwoch, 2. Dezember, 14.30 Uhr, Adventsfeier der Gruppe „Im Lindach“.

Stuttgart – Donnerstag, 19. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat. Klaus-Peter Okun hält einen Bildervortrag über die Kurische Nehrung. Bitte Kaffee und Kuchen mitbringen.

Ulm / Neu-Ulm – Sonnabend, 21. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.

Wendlingen – Sonntag, 22. November, 14.30 Uhr, Totengedenkstunde auf dem Friedhof in Wendlingen. Anschließend Kaffeetafel im Gasthaus zum Lamm, Kirchheimerstraße.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 14. November, 14 Uhr, Treffen am Denkmal auf dem Waldfriedhof zum Gedenken am Volkstrauertag. 16 Uhr, Königsberger-Klopse-Essen in der „Orangerie“.

Bamberg – Mittwoch, 18. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade, Bamberg. Thema: Siegfried von Feuchtwangen.

Hof – Sonnabend, 14. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Altdeutschen Bierstube“, Marienstraße, Hof. Thema: „Seedienst Ostpreußen“.

Ingolstadt – Sonntag, 15. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonnschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Kitzingen – Sonntag, 15. November, Kranzniederlegung „Alter Friedhof“, anschließend auf dem „Neuen Friedhof“ Blumenniederlegung an den Gräbern der unbekannten Soldaten.

Landshut – Dienstag, 17. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Insel“. – Sonntag, 29. November, 11.30 Uhr, Busfahrt zum Christkindlmarkt Vilshofen. Abfahrt: 11.30 Uhr, Hauptbahnhof Landshut, Rückkehr gegen 19 Uhr.

Memmingen – Mittwoch, 18. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Weißes Roß.

München Nord / Süd – Freitag, 13. November, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Nürnberg – Freitag, 13. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu am Opernhaus“. Heide Bauers Diabericht über eine Reise ins nördliche Ostpreußen. Gäste herzlich willkommen.

Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 27. November, 19 Uhr, Treffen der Gruppe im „Jagdschlößchen“, Gunzenhausen. Nach dem gemeinsamen Grützwurstessen hält Dr. Jürgen Danowski einen Diavortrag über „Die Künstlerkolonie Nidden auf der Kurischen Nehrung“.

BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547345, E-Mail: bdvberlin@cityweb.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Heilsberg – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, „Nikolausfeier“. Anfragen: Benno Böse, Telefon (030) 7215570.

Rößel – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, „Nikolausfeier“. Anfragen: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600, oder Elisabeth Müller, Telefon (030) 6935721.

BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heitberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 468222.

Bremen – Sonntag, 15. November, 14 Uhr, Gedenkfeier zum Volkstrauertag am Ehrenkreuz auf dem Osterholzer Friedhof. – Donnerstag, 19. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Hotel zur Post.

Bremerhaven – Freitag, 27. November, 14.30 Uhr, Feier zum 50jährigen Bestehen der Frauengruppe im „Barlach-Haus“. Die Bundesvorsitzende der Frauengruppe, Uta Lüttich, hat ihr Erscheinen zugesagt, Anmeldung bis zum 15. November unter Telefon 86176, erforderlich. – Erntebräuche in Ostpreußen waren das Motto des Erntedankfestes, welches von der Frauengruppe ausgerichtet wurde. 44 Mitglieder erinnerten sich dabei in Gedichten und Geschichten an den Herbst in der ost- und westpreußischen Heimat, wenn die Kartoffeln gerodet, die Äpfel gepflückt und die Ernte eingebracht worden war, die Blätter der Wälder sich bunt färbten, die Herbst-Kartoffelfeuer leuchteten und die Nebel sich über das weite Land legten. Wer erinnert sich nicht an das Geschrei der Zugvögel, welches tagelang die Luft erfüllte? Marita Jachens-Paul begrüßte die Gäste und überbrachte die Grüße des Landesvorsitzenden Helmut Gutzeit. Der Vorstand hatte einen bunten Tisch mit Obst, Gemüse, Blumen und allerlei Leckereien aufgebaut. Ein Großteil des herbstlichen Segens stammte aus den Gärten von Ella und Horst Till sowie dem der Leiterin der Frauengruppe, Hildegard Jauss. Nach der Kaffeetafel mit Apfel-Butterkuchen wurde den Geburtstagskindern der letzten Monate ein Gedicht gewidmet und ihnen alles Gute gewünscht. Im Hauptteil des Erntedankfestes kamen Herbstgeschichten aller Art zu Gehör, vorgetragen von Jachens-Paul, Barbara Sandmann, Wilma Brunckhorst und Hildegard Jauss. Barbara Sandmann und Ella Till verkauften dann die Gaben vom Erntetisch: Vom Kuchen über Petersilie bis zu Weintrauben und von Pflaumen bis zu Radieschen, und natürlich auch zauberhafte bunte Blumensträuße, anschließend kam es noch zu einer Versteigerung einer „geheimnisvollen Tüte“. Nach dem Schlussgedicht „Verklärter Herbst“ und dem Dank von der Vorsitzenden Marita Jachens-Paul an die Spender des Gabentisches, an alle Aktiven, der Mannschaft des „Barlachhauses“ und die Beteiligten am Obstverkauf wurden Heimatlieder gesungen.

HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 14. November, 10 Uhr (Ende 17 Uhr), Christkindelmarkt aller ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften im Haus der Heimat, Teilfeld 8 (S-Bahnstation Stadthausbrücke beziehungseise U3-Station Rödingsmarkt). Die Besucher erwartet ein reichhaltiges Angebot an heimatlichen Spezialitäten und diverser Literatur. Die Landesgruppe ist mit ihrem Stand vertreten und freut sich auf Ihr Kommen.

HEIMATKREISGRUPPEN



Elchniederung – Mittwoch, 2. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtlicher Nachmittag in den ETV Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hohe Weide Eimsbüttel, U-Bahn Christuskirche. Mit Musik, Liedern zur Jahreszeit und Vorträgen soll der Advent gefeiert werden. Der Eintritt ist frei, aber bitte bringen Sie ein Päckchen für den Julklapp mit. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.



Gumbinnen – Sonnabend, 21. November, 14 Uhr, vorweihnachtliches Programm mit Kaffeetafel im Haus der Heimat, Teilfeld 8. Zu erreichen mit der S-Bahnlinie 1 bis Stadthausbrücke oder U-Bahn bis Rödingsmarkt. Man geht in Richtung Michaelis-Kirche noch rund sechs Minuten. Landsleute und Gäste sind herzlich eingeladen.



Heiligenbeil – Sonnabend, 28. November, 14 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7. Mitglieder und Freunde der Gruppe sind herzlich eingeladen, natürlich auch die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, die in Hamburg wohnen. Gemeinsam will man sich mit Gedichten, Liedern und Geschichten auf das kommende Weihnachtsfest einstimmen. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab U-Bahn Billstedt, U-Bahn Wandsbek-Markt und U-Bahn Hammer Kirche, bis Bauerberg. Von dort sind es nur noch zwei Minuten Fußweg bis zum Seniorentreff. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. Anmeldungen bis zum 27. November bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092.



Insterburg – Mittwoch, 2. Dezember, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Die Vorweihnachtszeit wird eingeläutet mit einem schönen Weihnachtsprogramm. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Osterode – Sonnabend, 28. November, 15 Uhr, Weihnachtsfeier im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Ohlsdorf. Es beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel, die Feier wird musikalisch begleitet. Julklapp-Päckchen können mitgebracht werden. Anmeldungen bei Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen“. Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land“ (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen“ – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen“ von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt. Bestellungen nimmt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400820, Fax (040) 41400819, gerne entgegen.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 1. Dezember, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 23. November, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis „Waldquelle). Manfred Samel zeigt den Film: „Eine historische Ostpreußenreise von 1937“. – Montag, 7. Dezember, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis „Waldquelle). Vorweihnachtliche Feier nach ostpreußischer Art.



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Darmstadt – Sonnabend, 14. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus Am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel: „Gedenkstunde 60 Jahre LOW-Kreisgruppe Darmstadt“.

Gießen – Mit zahlreichen Ehrengästen beging die Gruppe in der voll besetzten Mohrunger Stube der Kongresshalle eine feierliche Gedenkstunde aus Anlass des 60jährigen Bestehens. Die Vorsitzende Erika Schmidt gab zu Beginn einen historischen Abriss der Entstehung der Gruppe. Zu dieser Dokumentation gehörte auch das Hilfeersuchen des polnischen Herzogs Konrad v. Masowien, die Hilfe des Deutschen Ordens sowie das verbriefte Recht mit der „Bulle von Rimini“ und der „Bulle von Rieti“. Hier wurde die Schenkung des Landes festgelegt. Heinz Schmidt begrüßte die Ehrengäste, wie in Vertretung des Oberbürgermeisters Heinz-Peter Hauman, die Stadträtin Susanne Koltermann, Stadtverordnetenvorsteher Dieter Gail, Historiker Prof. Rudi Maskus, UdV-Vorsitzender Egbert Schellhase. Die befreundeten Landsmannschaften der Pommern, Sudetendeutschen, Schlesier, Egerländer Gmoi sowie die Gruppe Wetzlar waren mit ihren Vorständen vertreten. Der Zweite Vorsitzende Günther Fritz gedachte der Toten. Die Gedenkansprache an die Heimat hielt Erika Schmidt. West- und Ostpreußen und Danziger wurden hier den Gästen in Erinnerung gerufen. Die gepflegte Landwirtschaft, Getreide- und Kartoffellieferungen ins Reich, der Fischfang und die Waldwirtschaft. Maschinen- und Schiffsbau und große Bauwerke, wie Brücken und Kanäle. Das Geistes- und Kulturleben war Inhalt der Gedenkrede. Nicht zu vergessen das Land der vielen Seen - Masuren und der typisch ostpreußische Himmel. Es war eine hervorragende Darstellung der Heimat. Heinz Schmidt verlas die übersandten Grußworte vom hessischen Innenminister Volker Bouffier und dem Landtagsabgeordneten Wolfgang Greilich, sodann folgten Grüße der Ehrengäste. Nach dieser Gedenkstunde wurde gemeinsam gesungen, begleitet auf der Trompete von dem in Masuren geborenen Alfred Joswig. Zum Abschluss lud Erika Schmidt zur ostpreußischen Tafel ein, gedeckt mit handgefertigtem Marzipan, Pillkaller, Machandel mit der Pflaume, Bärenfang, Danziger Goldwasser und deftigen Schnittchen.

Hanau – Das Erntedankfest war wieder gut besucht. Der liebevoll geschmückte Erntetisch und die hübsch dekorierten Tische wurden sehr bewundert. Vorsitzender Ewald Okrafka begrüßte die Gäste und lud zu Kaffee und Kuchen ein. Kulturreferent Hans Preißler hatte wieder ein buntes Programm zusammengestellt. Ruth Preißler hielt eine Rezitation zum Erntedank. Ein Mundartgedicht aus dem Egerland trug Kurt Trepisch vor. Die Großauheimer Musikanten spielten heimatliche Musikstücke. Das Sextett aus Biebesheim sang Lieder aus Ostpreußen, Schlesien, Pommern und Sudetenland, wobei die Gäste mitsangen. Lieselotte Schneider las das Gedicht „In Gottes Namen“ und Kurt Andreas das „Herbstlied eines Königsbergers“. Der Stadtrat Piesold überbrachte Grüße der Stadt Hanau. Anschließend berichtete der Beigeordnete des Main-Kinzig Kreises, Dr. Kavai, über die Anfänge der Erntedankfeste. Hans Preißler las die Geschichte „Die blaue Dahlie“ und Ruth Preißler erfreute mit einem Mundartgedicht aus Böhmen. In seinem Schlusswort bedankte sich Okrafka bei allen. Es war wieder ein gelungener Nachmittag.

Wiesbaden – Sonnabend, 14. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35. Unter dem Titel „Warum lässt man alles verfallen …?“ erzählt Peter Gutzeit vom Untergang des Ritterguts seiner Eltern in Groß Polleiken und berichtet über die Situation im nördlichen Ostpreußen. Gäste und Freunde sind herzlich willkommen. – Donnerstag, 19. November, 18 Uhr, „Festliches Wildessen“ (Stammtisch) in der Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach. Serviert werden verschiedene Wildgerichte mit Klößen und Rotkohl sowie eine Wildsuppe. Anmeldungen bis spätestens 13. November bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Bad Bevensen – Sonntag, 15. November, 9 Uhr, Kranzniederlegung am Volkstrauertag am Ehrenmal 1870/71 (neben der Dreikönigskirche). Zum Gedenken der gefallenen Soldaten und der Opfer von Flucht und Vertreibung.

Buxtehude – Sonntag, 15. November, 11.30 Uhr, Feier der Stadt Buxtehude am Ehrenmal am Stadtpark zum Volkstrauertag.

Delmenhorst – Sonnabend, 14. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der ostdeutschen Kulturstube. Georg Jakubeit zeigt einen Film über eine Reise nach Ost- und Westpreußen. – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Adventsfeier im Restaurant Zum Tell. Pfarrer August Hüsing und einige Mitglieder werden mit ihren Darbietungen die Feier gestalten. Michael Strunk sorgt am Keyboard für die richtige musikalische Untermalung.

Göttingen – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Gasthof Zur Linde, Hauptstraße 50, Göttingen. Anmeldungen bis zum 24. November bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen.

Helmstedt – Sonnabend, 14. November, 12.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Volkstrauertag auf dem St.-Stephani-Friedhof. – Sonntag, 15. November, 9.30 Uhr, Gottesdienst im St. Walpurgis. – Donnerstag, 19. November, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 26. November, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Holzminden – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kaffeenachmittag im „Felsenkeller“.

Osnabrück – Freitag, 20. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Dienstag, 24. November, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152. – Zahlreiche Mitglieder und Gäste konnte der Vorsitzende Alfred Sell am Erntedanknachmittag begrüßen. Mitglieder hatten den Erntetisch mit einer Erntekrone, üppigen Herbststräußen und Gartenfrüchten geschmückt, der bewundernde Blicke auf sich zog. In seiner Ansprache ging er auf die Erntebräuche in der Heimat ein. auch die schwere Arbeit, die die Bauern mit der Bestellung der Felder bis zum Einbringen der Ernte leisten mussten, erwähnte er. Pastor Hans-Jürgen Kuhlmann ging in seiner Ansprache unter anderem darauf ein, dass man für den Erntesegen dankbar sein müsse. Zwei seiner Enkelkinder spielten auf der Geige das Musikstück „Winter“ von Vivaldi und erfreuten die Gäste mit zwei Liedern zur Erntezeit, begleitet von Frau Kuhlmann am Klavier. Unter der Leitung von Else Tober umrahmte der Chor die Feier mit Herbst- und Ernteliedern. Auch Gedichte und die Lesung „Versteckt im Kornfeld“ wurden zu Gehör gebracht. Nach dem Schlusswort des Vorsitzenden endete die Feier.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 19. November, 15 Uhr, Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Advent-Heimatnachmittag im Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35, 33605 Bielefeld.

Dortmund – Montag, 16. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße.

Düren – Sonntag, 15. November, 10 Uhr, Treffen der Gruppe beim „Neuen Friedhof“ zur Kranzniederlegung. – Freitag, 20. November, 17 Uhr, Treffen der Gruppe zum Heimatabend.

Düsseldorf – Dienstag, 17. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Ursula Schubert im Ostpreußenzimmer (Raum 412) , GHH. – Dienstag, 17. November, 19 Uhr, Vortrag von Prof. Sigfrid Hoefert im Konferenzraum, GHH. „Gerhart Hauptmann und Heinrich George – ihre Beziehungen seit den Tagen des Kaiserreichs bis zum Jahre 1945“. – Sonntag, 29. November, 11 Uhr, Messe für Heimatvertriebene und Aussiedler, St. Antonius-Kirche, Fürstenplatz.

Ennepetal – Donnerstag, 19. November, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube zum Schmandschinken-Essen. – Sonntag, 22. November, 11.30 Uhr, kurzes Treffen am Gedenkstein in der Gasstraße zum Totensonntag.

Essen – Freitag, 20. November, 15 Uhr, Lesung aus dem „Ostpreußisches Tagebuch“ von Hans Graf von Lehndorf.

Gevelsberg – Freitag, 20. November, 16.15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Keglerheim“, Hagenerstraße 78, Gevelsberg.

Gütersloh – Montag, 16. November, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 23. November, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Mülheim (Ruhr) – Sonntag, 15. November, 10.30 Uhr, feierliche Kranzniederlegung am Gedenkstein für die Opfer der Vertreibung, Altstadtfriedhof.

Neuss – Sonntag, 15. November, 11 Uhr, Teilnahme an der Feierstunde zum Volkstrauertag, Hauptfriedhof, Rheydter Straße, Neuss. – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Adventsfeier im Marienhaus, Kapitelstraße 36, Neuss. Mit besinnlichen Liedern, Gedichten und Chorgesang, Kaffee und Kuchen sowie ostpreußischen Spezialitäten.

Wesel – Sonnabend, 14. November, 16 Uhr, Ostdeutscher Kulturabend der Gruppe in der Heimatstube, Kaiserring 4, Wesel. Die Gruppe wird ihr 55jähriges Bestehen mit einem ansprechenden Programm feiern. Die musikalische Umrahmung der Veranstaltung, sowie die besinnlichen gesprochen Worte über die Heimat, werden vom Sing- und Mundharmonikakreis gestaltet und ausgeführt. Festredner ist der Vorsitzende der Landesgruppe Jürgen Zauner. Ehrungen für 25 und 40 Jahre Mitgliedschaft stehen an. Festessen: geräucherte Gänsebrust-Schnittchen. Verbindliche Anmeldung bis zum 7. November an H. Koslowski, Telefon (0281) 64227, oder U. Paehr, Telefon (0281) 1637230. Wesel – Die Gruppe führte ihr traditionelles Erntedankfest durch. Unter der Erntekrone hatten sich viele „Erntehelfer“ zusammengefunden, um Erntedank zu sagen. Die drei Erntehelfer Waltraut Koslowski, Irmgard Lauchmichel und Gertrud Zuch eröffneten mit ihren Wortbeiträgen „Dank für die Ernte“ die Erntedankfeier. Der Erste Vorsitzende Kurt Koslowski begrüßte die Anwesenden herzlichst und legte in seiner Ansprache ausführlich das frühere einbringen der Ernte in der Heimat, bis in die heutige Zeit dar. Der Sing- und Mundharmonikakreis untermalte die Veranstaltung sehr stimmungsvoll und alle stimmten fröhlich „Nun danket alle Gott“ an. Die drei Erntehelfer umrahmten mit Gedichten und Versen die Feier. Nach den Schlussworten des Ersten Vorsitzenden bat die Frauenreferentin Koslowski mit ihren fleißigen Helferinnen zu Tisch: zum Ernteschmaus. Es wurden Klops, Würstchen, Kartoffelsalat und Krautsalat gereicht. Alle ließen es sich gut schmecken. Anschließend wurde die große Tombola eröffnet und die vielen ansprechenden Preise fanden neue Besitzer. Man saß noch lange in fröhlicher Runde beisammen.

Witten – Donnerstag, 26. November, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe. Thema: „Der Fall der Mauer vor 20 Jahren in Berlin“.

Wuppertal – Sonnabend, 14. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im Viktoria-Haus, Neumarkt 2.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Freitag, 13. November, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 20. November, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Sonnabend, 28. November, 14.30 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Bildungszentrum, Untere Zahlbacher Straße 68, 55131 Mainz. Es wird um Gaben für die Tombola gebeten.

Neustadt a.d.W. – Sonnabend, 14. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26. Klaus Trautmann hält einen Vortrag: „Wir wollten im heutigen Ostpreußen leben.“ Ein Fernsehen-Team begleitete Trautmann, als er sich mit seinen Angehörigen und vielen Rindern in einem Konvoi in den nördlichen Teil Ostpreußens begab. Mit seinem Vortrag schaut er auf diese Zeit zurück.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Keine andere Veranstaltung ist so beliebt wie das Erntedankfest. Weit über 90 Personen nahmen in diesem Jahr daran teil. So konnte Kurt Weihe auch Landsleute aus Bayreuth, dem Leipziger Raum und dem Erzgebirge begrüßen. Der Veranstaltungsraum war wieder wunderbar dekoriert. Hier muss immer wieder Horst Braczko gedankt werden, der jedes Jahr, auch jetzt mit 81 Jahren, für die Dekoration und die Erntekrone sorgt. Der Höhepunkt des Festes war der Einzug der bäuerlichen Großfamilie mit Arbeitsgeräten und der Erntekrone. Es wurde an die schwere körperliche Arbeit zur Erntezeit, an Dankgottesdienste aber auch die schönen Erntefeste erinnert. Hier bedankten sich die Bauern bei all ihren Helfern für die Einbringung der Ernte; Küche und Keller boten nur das Beste. Dabei wurde bis weit nach Mitter-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Arbeitsgemeinschaft Junge Generation

Düsseldorf – Sonnabend, 21. November, bis 10 Uhr Anreise; 10 Uhr, „Universale Menschenrechte? Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft“ Referentin: RA Sabine Birken (Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen); 11 Uhr, „Menschenrechtsverletzungen in Ostdeutschland am Ende des Zweiten Weltkrieges“ Referent: Michael Weigand, BdV NRW; 12 Uhr, Zeitzeugenbericht Barbara Berger „Vertreibung und Integration“; 13 Uhr, Gemeinsames Mittagessen; 13.45 Uhr, Arbeitsgruppen: 1. Volksgruppenrechte in der Republik Polen (Leitung: Tobias Körfer, AGMO), 2. Menschenrechte in Russland (Leitung: Eleonora Faust, BdV NRW), 3. Medien und Menschenrechte (Leitung: Tatjana Weber, Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland NRW); 14.45 Uhr, Präsentation der Arbeitsgruppenergebnisse im Plenum; 15.15 Uhr, Podiumsdiskussion: Wie wird den Menschenrechten Geltung verschafft? Teilnehmer: Sabine Birken, Hans-Günther Parplies (BdV NRW), Michael Weigand (BdV NRW), Klaus M. Deuchert (Gesellschaft für bedrohte Völker), Leitung: Markus Häßelbarth. Ende der Veranstaltung gegen 16.30 Uhr. Seminarleitung: Eleonora Faust, Markus Häßelbarth.

Das Seminar findet im Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf, statt. Teilnehmerbeitrag: 10 Euro, Leitung: Eleonora Faust, Markus Häßelbarth. Anmeldung: Bund der Vertriebenen – Landesverband NRW, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf, Telefon (0211) 350361, Fax 369676, Mail: faust@bdv-nrw.de, Anmeldefrist: 13. November 2009.

Die Seiten der »Heimatarbeit«
finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 983883100.

Geschäftsstelle und Archiv sind umgezogen – Im Erweiterungsbau des Instituts für Heimatforschung befand sich seit dem 13. Mai 1988 auch unsere Geschäftsstelle mit dem Archiv der Kreisgemeinschaft. Das war eine gute Lösung. Diese Zeit ist nun mit dem erfolgten Umzug in – uns vom Landkreis Rotenburg (Wümme) zur Verfügung gestellte Ersatzräume – in der Innenstadt von Rotenburg (Wümme) als Zwischenlösung zu Ende gegangen. Der Verein Heimatbund war finanziell nicht mehr in der Lage die Personal- und Unterhaltungskosten für das Gebäude am Schloßberg 6 in Rotenburg (Wümme) zu tragen. Bereits vor längerer Zeit war die von der Universität Göttingen getragene wissenschaftliche Arbeit eingestellt worden. Die Aufgaben des Instituts für Heimatforschung werden künftig vom inzwischen gegründeten Verein der Freunde des Archivs für Heimatforschung Rotenburg (Wümme) e. V. in anderer Form ehrenamtlich fortgesetzt. Unsere Geschäftsstelle mit Archiv wird nach einem noch vorzunehmenden Um- beziehungsweise Erweiterungsbau durch den Landkreis am Weicheler Damm, Rotenburg (Wümme) neue Räume erhalten. Bis dahin ist unsere Geschäftsstelle mit Archiv in vom Landkreis gemieteten Räumen, Große Straße 49 (Kaufhaus Vögele), Rotenburg (Wümme), untergebracht. Aus Platzgründen musste einiges im Aktenkeller des Hauses eingelagert werden. Ludmilla Mischok, die bisher im Institut für Heimatforschung, als Teilzeitkraft tätig war, wird künftig sowohl für den Verein der Freunde des Archivs für Heimatforschung als auch für das Angerburger als Ansprechpartnerin an folgenden Tagen zur Verfügung stehen: dienstags von 9 bis 17 Uhr, mittwochs von 9 bis 12.30 Uhr und donnerstags von 9 bis 17 Uhr. Ab sofort sind wir unter folgender Anschrift zu erreichen: Kreisgemeinschaft Angerburg e. V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100 (Landkreis), Fax (04261) 983883100 (Landkreis). Für etwaige Unzulänglichkeiten, die sich durch den Umzug beziehungsweise durch den Personalwechsel in der Geschäftsstelle ergeben, bitten wir um Verständnis. Vielen Dank!

Kreisvertretung in neuer Zusammensetzung – Mit dem 19. September 2009 ging die Wahlperiode des 2005 gewählten Kreistages (Delegiertenversammlung) der Kreisgemeinschaft zu Ende. Im großen Sitzungssaal des Rotenburger Kreishauses trat am 19. September 2009 die Kreisvertretung der Angerburger zusammen und bestätigte in der öffentlichen Sitzung die Gültigkeit der Wahl. In der Amtsperiode 2009–2013 werden wieder 30 heimattreue Angerburger die einzelnen Kirchspielgemeinschaften vertreten: **Angerburg-Stadt** – Herta Andrulonis geb. Freytag – seit 1998 – geb. 1935 in Schwenten, 11-600 Wegorzewo (Polen). Joachim-Hans Domscheit – seit 2009 – geb. 1935 in Heidenberg, 39165 Schönberg. Erwin Griskawski seit 2001 – geb. 1933 in Angerburg, 61381 Friedrichsdorf (Taunus). Gerhard Kibbas – seit 2005 – geb. 1935 in Angerburg, 14197 Berlin. Horst Piontkowski – seit 2009 – geb. 1936 in Lissen, 64683 Einhausen. Hans Sadlack – seit 1985 – geb. 1931 in Angerburg, Burnsville, MN 55337-6817 USA. Eberhard Steinke – seit 2005 – geb. 1938 in Guttstadt, 25821 Breklum. **Angerburg-Land** – Horst Bieber – seit 1991 – geb. 1928 in Angertal, 31137 Hildesheim. Harry Michalzik – seit 1993 – geb. 1931 in Ogonken, 31228 Peine. Lothar Schwarz – seit 2004 – geb. 1937 in Angertal, 34393 Grebenstein. **Rosengarten** – Heinz-Wolfgang Malessa – seit 2009 – geb. 1951 in Neuendettelsau, 91598 Colmberg. Alfred Sager – seit 1997 – geb. 1933 in Possessern, 21465 Wentrof. **Engelstein** – Erich Kerwien – seit 2009 – geb. 1933 in Engelstein, 04289 Leipzig. Arno Rosin – seit 2002 – geb. 1938 in Leopoldshof-Engelstein, 22457 Hamburg. **Kanitz** – Alfred Nehrenheim – seit 2001 – geb. 1938 in Angerburg, 46049 Oberhausen. **Buddern** – Bernhard Drost – seit 2005 – geb. 1965 in Hamburg, 21629 Wulmstorf. Horst Labusch – seit 1961 – geb. 1923 in Grünfelde (verstorben 25. Oktober 2009). Gerhard Mörchel – seit 2009 – geb. 1929 in Amwalde, 32657 Lemgo. **Benkheim** – Helmut Kischkat – seit 1989 – geb. 1925 in Benkheim, 29221 Celle. Gustav Kutz – seit 1993 – geb. 1928 in Benkheim, 23611 Bad Schwartau. Georg Malz – seit 2004 – geb. 1937 in Benkheim, 13591 Berlin. Kurt-Werner Sadowski – seit 1963 – geb. 1934 in Insterburg, 28359 Bremen. **Kutten** – Brigitte Junker geb. Böttcher – seit 1981 – geb. 1940 in Heidenberg, 22455 Hamburg. Wolfgang Maleyka – 1977 – geb. 1935 Steinwalde, 31707 Heeßen. **Großgarten** – Susanne Hagen – seit 2001 – geb. 1963 in Detmold, 49406 Eydelstedt. Norbert Skowron – seit 2003 – geb- 1965 in **Wanne**-Eickel, 44388 Dortmund. **Kruglanken** – Günter Büttner – seit 2001 – geb. 1939 in Lötzen, 18273 Güstrow. Horst Preuß – seit 2001 – geb. 1934 in Borkenwalde, 25795 Stelle-Wittenwurth. Astrid Stuhr geb. Schiemann – seit 2005 – geb. 1961 in Wismar, 18211 Bargeshagen.

Mitglieder des Kreisausschusses (Vorstandes) der Kreisgemeinschaft – Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski (seit 2001), Stellvertretende Kreisvertreter: Brigitte Junker (seit 2005), Alfred Nehrenheim (seit 2001), Mitglieder: Susanne Hagen (seit 2003), Erich Kerwien (seit 2009), Arno Rosin (seit 2009), Eberhard Steinke (seit 2009). Kreis und Stadt Angerburg leben weiter mit uns und durch unsere Arbeit. Nur mit Ihrer Hilfe wird uns das gelingen. Möchten Sie sich ehrenamtlich engagieren? Dann wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle in Rotenburg (Wümme).



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

34. Gesamtdeutsches Heimattreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen / Ostpreussen 2009 – Zum vorweihnachtlichen 34. Heimattreffen am Sonnabend, 28. November, laden wir alle Ostpreussen und an Ostpreussen Interessierte in das an der B 191 gelegene Landhotel in Spornitz recht herzlich ein. Die Veranstaltung findet in der Zeit von 10 bis 15 Uhr statt. Den Landsmann erwartet ein auf diese Jahreszeit ausgerichtetes kulturelles Programm. Wissenswertes über

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

-nacht gefeiert. Frauen in ihren heimatlichen Trachten trugen mit Gedichten zum Gelingen des Festes bei. Wieder zu Gast war die Musikpädagogin Frau Füssel mit ihren Kindern und Jugendlichen, die mit ihrem Auftritt wesentlich zum Gelingen des Nachmittages beitrugen. Es war erstaunlich wie diese Gruppe leistete. Beim gemeinsamen Singen wurden alle Gäste mit einbezogen. Hier ein Dankeschön an Frau Füssel und ihre Gruppe. Nach dem gemeinsamen Ernteschmaus gab es noch Informationen von Kurt Weihe. Es wurde auf die geplanten Reisen im nächsten Jahr hingewiesen. Berichtet wurde auch über den Besuch zur Eröffnung der zentralen Heimatstube der Freistaat Sachsen in Reichenbach/Ol. Mit einem gemeinsamen Lied endete dieser schöne Nachmittag.

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 18. November, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben.

Dessau – Montag, 16. November, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14.

Halle – Sonnabend, 14. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54 (Nähe Zoo).

Magdeburg – Dienstag, 17. November, 15 Uhr, Bowling im Lemsdorfer Weg. – Freitag, 20. November, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Dienstag, 24. November, 13.30 Uhr, Treffen der „Stickerchen“ in der Immermannstraße 19.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Pinneberg – Sonnabend, 21. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im VfL-Heim, Fahltskamp 53, Pinneberg. Es steht „Gänseverspielen“-Bingo (es winkt der Weihnachtsbraten) auf dem Programm. Anmeldung unter Telefon (04101) 73473, oder Telefon (04101) 62667.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

das weihnachtliche Ostpreussen vorgetragen und ein darauf abgestimmtes musikalisches Programm sowie ein Film über die alte Heimat werden die Vergangenheit gegenwärtig werden lassen, so dass der Landsmann und auch der Nicht-Ostpreuße hiervon bestimmt beeindruckt sein wird und gerne wieder zu Nachfolgetreffen kommen wird. Das Hotel kann entweder mit dem Pkw über die Bundesautobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt-Glewe oder auch mit der Eisenbahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden. Kaffee und Mittagessen können im Hotel eingenommen werden. Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze und bietet auch für den Weitgereisten eine Unterkunft an. Eine Übernachtung sollte aber rechtzeitig mit Frau Ruck unter Telefon (038726) 880 vereinbart werden. Auskunft erteilt Dr. Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinckman-Straße 14 b, 19370 Parchim, Telefon / Fax (03871) 226238, E-Mail: friedel-hahn@arcor.de.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Neuntägige Ostpreußenreise der Stadtgemeinschaft Zinten 2010 – Wir besuchen Zinten am 5. Tag der Reise! Wer kommt mit? Erbitten umgehende Anmeldung bei: Stadtvertreterin: Viola Reyentanz Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433 und Fax (035343) 61480, E-Mail reyvio@web.de, oder Stadtvertreter: Siegfried Dreher, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf, Telefon (04102) 61315, Fax (04102) 697794. E-Mail: M.S.Dreher@t-online.de

Die vorgesehenen Stationen: Besuch der Frischen Nehrung, Oberländischer Kanal, Frauenburg, Kreis Heiligenbeil, polnischer Teil mit den Orten Eisenberg, Lichtenfeld, Tiefensee etc. und russischer Teil mit Heiligenbeil, Rosenberg, Bladiau, Ludwigsort, Brandenburg und natürlich Zinten, dann Königsberg, und den Städten Thorn, Posen. Das Programm: 1. Tag: Anreise von Itzehoe über Hamburg (ZOB), Michendorf nach Schneidemühl in Polen. 2. Tag: Nach dem Frühstück geht die Reise weiter durch Pommern: Schlochau, Konitz, Pr. Stargard, Tiegenhof auf die Frische Nehrung nach Kahlberg – Aufenthalt – am Spätnachmittag Weiterfahrt durch Elbing nach Frauenburg. 3. Tag: Nach einem gemeinsamen Spaziergang zum Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Frische Haff beginnt die Rundfahrt durch den südlichen Teil des Kreises Heiligenbeil. Ziele: Eisenberg, Lichtenfeld, Tiefensee, Eichholz. 4. Tag: Nach dem Frühstück verlassen wir Frauenburg und fahren durch Braunsberg zur polnisch / russischen Grenze Grunau / Heiligenbeil. Rundfahrt durch Heiligenbeil / Rosenberg und Weiterfahrt nach Königsberg. Nach einer Stadtrundfahrt durch die ehemalige Hauptstadt Ostpreußens Fahrt zum Hotel. 5. Tag: Rundfahrt durch den nördlichen Teil des Kreises Heiligenbeil: Ziel Zinten! 6. Tag: Zur freien Verfügung. 7. Tag: Nach dem Frühstück verlassen wir Königsberg und fahren über den Grenzübergang Heiligenbeil / Grunau nach Hirschfeld. Hier beginnt unsere Schiffsfahrt auf dem Oberländischen Kanal bis Buchwald. Erleben Sie auf dieser rund zweistündigen Fahrt vier geneigte Ebenen, auf dieser wohl schönsten Strecke des Kanals. Weiterfahrt vorbei an Osterode nach Thorn, einer sehr schönen, alten Stadt. 8. Tag: Nach einer Stadtführung durch Thorn, auch Königin der Weichsel genannt, verlassen wir gegen Mittag Thorn und fahren durch Hohensalza, Gnesen nach Posen. Auf Wunsch eine kleine Stadtführung in Posen. 9. Tag: Posen – von dort Heimreise. Termin: 27. April bis 5. Mai 2010, Fahrpreis: pro Person: 744 Euro, plus Visagebühr: zur Zeit 55 Euro. Einzelzimmerzuschlag: 137 Euro. Mindestbeteiligung: 25 Personen. Leistungen: Fahrt im modernen Fernreiseomnibus, acht Hotelübernachtungen mit Halbpension, Rundfahrten laut obigem Programm, Gebühren Polen / Russland, Schiffsfahrt Oberländischer Kanal, Stadtführungen Königsberg, Thorn und Posen, deutsch sprechende Reiseleitung und Betreuung im Königsberger Gebiet, Hotelregistrierungsgebühren, Visabeschaffung, Reisebegleitung. Planung, Organisation, Reisebetreuung, Reiseleitung erfolgen durch das Ehepaar Gudrun und Bernd Schmidt (aus Plössen, Kirchspiel Zinten-Land).



PREUSSISCH EYLAU

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Tel. (05521) 998792, Fax (05521) 999611, E-Mail: r.b.herzberg@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@malle-tech.de.

Personelle Veränderungen in der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau – Im Rahmen des diesjährigen Heimattreffens im September 2009 wurden in der Delegiertenversammlung Ersatzwahlen für die durch Tod oder Erkrankung ausgeschiedenen Mitglieder des Vorstandes, des Ältestenrates und der Bezirksvertrauensleute durchgeführt. Für die verstorbene Schriftführerin, Elke Elbe, rückte Melanie Breiting-Schlobohm aus Bothel, die vorher bereits Vertreterin war, nach. Zum Kreisältesten wurde Hans Herrmann aus Lübeck gewählt. Karl Kirschnick aus Bergisch Gladbach wurde in den Kreisältestenrat gewählt. Zur Vertreterin für die Stadt Landsberg wurde Nana Jakob aus Unterhaching kommissarisch gewählt. Für das Amt Beisleiden wurde Hans-Jürgen Dempke aus Moritzburg kommissarisch gewählt. Renate Hübner aus Hamburg wurde für den aus Krankheitsgründen ausgeschiedenen Lm. Andres für den Amtsbezirk Tharau als Bezirksvertrauensfrau kommissarisch gewählt. Alle neu gewählten Personen nehmen die Wahl an und werden aktiv in der Kreisgemeinschaft mitarbeiten.



RÖSSEL

Kreisvertreter: Reinhard Plehn, Georg-Büchner-Straße 66, 40699 Erkrath, Tel. (0211) 253274 Reinhard.Plehn@t-online.de. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Fox, Tel. (040) 5203191.

Adventsfeier der Kreisgemeinschaft Rößel – Die Kreisgemeinschaft Rößel lädt alle Landsleute aus nah- und fern recht herzlich zu ihrer Adventsfeier nach Neuss ein. Sie findet statt Sonntag, 13. Dezember, 14 Uhr: Hl. Messe in der Pfarrkirche St. Marien (gegenüber dem Hauptbahnhof in Neuss) mit Weihbischof Dr. Rainer Woelki (Köln). 15 Uhr, Adventsfeier bei Kaffee und Kuchen, adventlicher Musik, Liedern und Geschichten im Marienhaus, Kapitelstraße (vier Minuten von der Kirche entfernt).



SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstr. 9, 32602 Vlotho, Tel. (05733) 5585. Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstr. 15, 42849 Remscheid.

Aus der Arbeit des Sensburger Kreisausschusses – Zu seiner jüngsten Arbeitstagung traf sich der Sensburger Kreisausschuss am 10. und 11. Oktober in Remscheid. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Durchführung des Kreistreffens am 4. und 5. September 2010, zu dem wiederum etwa 1000 Landsleute erwartet werden. Wie seit vielen Jahren soll auch diesmal wieder Mitgliedern der Sensburger Deutschen Gesellschaft „Bärentatze“ sowie der Peitschendorfer Singgruppe die Teilnahme an dem Kreistreffen ermöglicht und damit die Verbindung zu der Heimat unterstrichen werden. Ein weiterer Schwerpunkt der Gespräche war die Wahl zum Sensburger Kreistag 2010. Da eine Reihe von Kirchspielvertretern aus Altersgründen auf eine Wiederwahl verzichtet hat, hatte der Kreisausschuss auf seiner letzten Sitzung im Mai einen Aufruf zur Mitarbeit beschlossen, worauf hin fast 600 Landsleute angeschrieben wurden. Die erfreulich große Resonanz auf dieses Schreiben führte dazu, dass Kreisvertreter Siegbert Nadolny fünf relativ „junge“ Landsleute bei der Kreisausschuss-Sitzung begrüßen konnte, die sich bereit erklärten, bei den Wahlen zum Kreistag 2010 zu kandidieren. Dabei konnten aus terminlichen Gründen nicht alle Bewerber, die zur Mitarbeit bereit sind, der Einladung zu der Informationsbesprechung folgen. Die Kreisgemeinschaft Sensburg kann also voller Optimismus in die Zukunft blicken! Sie freut sich über jeden aus dem großen Mitgliederkreis, der bereit ist, sich für unsere Gemeinschaft einzusetzen und aktiv dazu beizutragen, dass sie auch weiterhin bestehen bleibt.



TREUBURG

Kreisvertreterin: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984, Fax (0 2833) 3970. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Kirchspiel Herzogskirchen – Vom 4. bis 6. September fand das diesjährige Treffen im InterCity-Hotel, in der Nähe der schönen Altstadt, statt. Wie der Leser bestimmt bemerkt hat, fehlte in Folge 41 / Seite 20 die Ortsangabe. Das Kirchspieltreffen Herzogskirchen fand im schönen Celle/Niedersachsen statt.

Reisen erleben erinnern – könnte die Überschrift für die Tagesfahrt der Heilbronner Gruppe ins liebliche Taubertal heißen. Die Herbstfahrt wurde fast eine sechs Flüsse-Fahrt, auch Gäste aus anderen ostdeutschen Landsmannschaften nahmen daran teil. Den Neckar entlang ging es frohgelaunt nach Miltenberg. Auf dem Ausflugsschiff Astoria stand eine einstündige Rundfahrt auf dem Programm. Vorbei an bewaldeten Felswänden, in denen heute wieder Wildvögel nisten, unter Mainbrücken hindurch, begleitet von Akkordeonklängen unseres Musikus Gansel, wurde es eine romantische Stunde. Weiter führte die Route über Freudenberg nach Wertheim. Direkt am Ufer der Tauber waren die Tische fürs Mittagessen bestellt, mit fränkischen Schmankerln. Die Freizeit nutzten wir, um die junge Stadt in alten Mauern zu erkunden. Die engen verwinkelten Gassen mit Fachwerkhäusern erinnerten sehr an Alt-Heilbronn. Entlang dem Taubertal, vorbei an Kloster Bronnbach war das Ziel Bad Mergentheim. Hier konnten wir in kleinen Gruppen die Sehenswürdigkeiten bewundern, bei Kurzbesuchen in Museen Einblicke in die Stadtgeschichte erfahren mit ihren „vier Quellen der Gesundheit“, sowie in gemütlichen Cafés uns gütlich tun. Durch das Kocher-, Jagst- und Sulmtal führte die Rückreise im Zartmann-Bus mit Volks- und Heimatliedern, auch wurde der Bericht über die Frühjahrsfahrt nach Würzburg sowie ernste und fröhliche Gedichte gelesen. Beim Abschied musste die Reisegesellschaft vom Vorsitzenden Heinz Dombrowski, aus Merunen stammend, leider erfahren, dass dies die letzte von ihm organisierte Fahrt war, da er aus gesundheitlichen Gründen zurücktritt. Alles Gute für die Zukunft wünschten ihm alle Mitreisenden.

PRUSSIA

Duisburg – Die Prussia trifft sich am Sonnabend, 21. November, 11 Uhr, im Museum Stadt Königsberg, Karmelplatz 5, Duisburg. Vor Beginn des Vortragsteiles (10 bis 11.55 Uhr) besteht Gelegenheit das Museum (Ausstellung „Königsberger Musikleben“) zu besuchen. 11 Uhr, hält Prof. Dr. Hans Rothe seinen Vortrag: „Politik und Kultur in slawischen Ländern, vor allem im 20. Jahrhundert“. Ab 14 Uhr, wird Prof. Oskar Gottlieb Blarr auch anhand von Beispiel „Von bedeutenden Musikern und vom Musikleben in Königsberg berichten“. Gegen 16 Uhr berichtet Armin Matt über „Neues aus dem Königsberger Gebiet“, ergänzend dazu bringt Prof. Brilla neuste Nachrichten über die Arbeit in Nordostpreußen. Gäste sind herzlich willkommen.

Ein Stück Geschichte

60 Jahre Stadtgemeinschaft Königsberg

Aus Anlass des 60jährigen Bestehens der Stadtgemeinschaft Königsberg fand Ende September in Duisburg eine Festveranstaltung statt, der zahlreiche Mitglieder, Freunde und Förderer beiwohnten.

Die 1949 in Hamburg gegründete Kreisgemeinschaft wurde 1951 – als Duisburg sich für eine Patenschaft über die Königsberger entschied – zur Stadtgemeinschaft.

Klaus Weigelt, Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königsberg, betonte in seinem Grußwort: „Heute, nach 60 Jahren, können wir sagen, ohne Duisburg als Patenstadt wären wir schon auf den ersten Schritten ins Straucheln gekommen. Aber mit Duisburg konnte die Stadtgemeinschaft nicht nur laufen lernen, sondern sich zu einer in Duisburg und darüber hinaus anerkannten Gemeinschaft entwickeln.“

Klaus Weigelt verriet abschließend: „Diese wenigen Schlaglichter, die wir in einer ‚Geschichte der Stadtgemeinschaft Königsberg' viel ausführlicher und detaillierter darstellen wollen, zeigen, was die Königsberger gemeinsam mit ihrer Patenstadt zu schaffen in der Lage waren und sind.“

In jüngeren Jahren wurden auch die Programme zwischen Duisburg und Kaliningrad (Königsberg) auf neue partnerschaftliche Grundlagen gestellt. Dies bestätigte auch Sergei Jakimov, Direktor des Museums für Geschichte und Kunst, Kaliningrad. Er dankte der Stadtgemeinschaft für die Unterstützung der gemeinsamen Projekte. „Heute reichen wir uns die Hände und sind offen für Freundschaft und Zusammenarbeit“, stellte der Gastredner fest und betonte: „Zusammen überwinden wir die grausame Vergangenheit und leben in einem friedlichen Europa.“

Anwesend waren auch Adolf Sauerland, der Oberbürgermeister der Stadt Duisburg, sowie Dr. Christean Wagner, MdL, der eine Festansprache zum Thema „Die Stadtgemeinschaft Königsberg vor dem Hintergrund der deutschen Zeitgeschichte“ hielt.

Dem Vorsitzenden Klaus Weigelt wurde im festlichen Rahmen die Königsberger Bürgermedaille verliehen. Die Laudatio zur Ehrung durch diese höchste Auszeichnung der Stadtgemeinschaft Königsberg hatte Dr. Eberhard Neumann von Meding übernommen. Klaus Weigelt stellte dankend fest: „Im vergangenen halben Jahrhundert wurde die Königsberger Bürgermedaille 36 Mal verliehen. Acht Träger – sechs deutsche und zwei russische – leben noch unter uns. Mit dieser Ehrung, die ich dankbar entgegennehme, trage ich die Verantwortung für Königsberg in das zweite Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts hinein.“ *DG*



Patenschaft: Sergei Jakimov und Lorenz Grimoni (re). Bild: DG

Königsberger Musikleben

Das Museum Stadt Königsberg in Duisburg zeigt abwechslungsreiche Ausstellung

Eine umfang- und facettenreiche Dokumentarausstellung zum Thema Musik ist derzeit im Duisburger Museum Stadt Königsberg zu sehen.

Über 300 Jahre lang wurde fast täglich um 11 Uhr am Morgen vom Königsberger Schloss die Melodie „Ach bleib mit Deiner Gnade“ geblasen. Das Lied stammt zwar nicht von einem Königsberger Komponisten oder Liederdichter, wurde aber wegen seines tieferen Sinnes gewählt: Man wollte Gott bitten, alles Böse von der Stadt und ihren Bewohnern fern zu halten.

Allerdings hat das mehr als 500jährige Königsberger Musikleben auch viel Authentisches zu bieten, wie eine umfangreiche Dokumentarschau in Duisburg anschaulich belegt.

Das Museum Stadt Königsberg beherbergt bis zum 31. März 2010 eine Ausstellung, der monatelange Vorbereitungen vorausgegangen waren und die vom Kompetenzteam rund um Museumsleiter Lorenz Grimoni in mühevoller Arbeit geplant und realisiert wurde. Anhand von Texten, Gemälden, Notenblättern, Büchern, historischen Fotografien, Konzertprogrammen sowie Skulpturen und Musikinstrumenten wird die reiche Musiktradition der früheren ostpreußischen Hauptstadt veranschaulicht.

Bei einem Rundgang durch die chronologisch gegliederte Ausstellung erfahren die Besucher, dass man in Königsberg von richtiger Musik eigentlich erst mit der Regierungszeit des letzten Hochmeisters des Deutschen Ordens und ersten Herzogs von Preußen – dem Hohenzollern Albrecht von Ansbach bei Nürnberg – sprechen kann. 1525 führte Albrecht als erster deutscher Fürst die Reformation ein, aus der Ordensburg in Königsberg wurde ein Schloss. Und hierher zog Kultur ein – eben auch die Musik. Hans Kugelmann, Hofkapellmeister des Herzogs, der mit seinen drei Brüdern vom Frankenland nach Preußen gekommen war, formulierte es so: „Auch hier im Preußenland wohnen die Musen, dem frommen und milden Herrscher sind sie bis an die Ostsee gefolgt.“

Albrecht praktizierte selbst das Lautenspiel. Und er holte immer wieder neue und interessante Menschen nach Preußen. Die Liederdichter und Komponisten sollten die einheimischen Poeten und Kantoren unterstützen, aus den Untertanen gute Evangelische Christen zu machen. So wurde Königsberg zu einem Zentrum des Evangelischen Kirchenliedes.

Eine weitere Station der Ausstellung ist dem in Memel geborenen Simon Dach gewidmet, der weit über 1000 Lieder geschrieben hat – eines der bekanntesten dürfte „Ännchen von Tharau“ sein.

So wie Thüringen einen Bach hatte, kann sich Königsberg mit Georg Riedel rühmen. Aus seiner Feder stammen Vertonungen biblischer Texte, des ganzen Matthäus Evangeliums, die 150 Psalmen und die Offenbarung des Johannes.

Mit Beginn des 18. Jahrhunderts zieht die Musik auch in die Häuser der Bürgerschaft ein, natürlich zuerst in die Häuser derer, die es sich leisten konnten – die Adligen und die reichen Kaufleute. Liebhaber der Musik nannten sie sich, bald gab es auch erste Aufführungen von Singspielen und Opern. Beispielhaft sei auf die Musikpflege im Hause des Ehepaars Keyserlingk hingewiesen.

„In Königsberg schallt es bis um Mitternacht. Abends auf den Gassen wird zu allen Jahreszeiten gepfiffen und gesungen. Alle Konzerte sind stark besucht, Beethoven wurde bekannt oder Haydn. Liedertafeln, also Chöre blühen, der Orchesterverein bietet uns im Konzertsaal des Schauspielhauses die besten Ouvertüren und Sinfonien“ – so sprach 1827 Professor Karl Rosenkranz, der Nachfolger auf Kants Lehrstuhl.

Königsberg hatte sogar vor Leipzig das erste Theater für Singspiele und Opern. Nun gelangte Mozart zum Beispiel mit der „Zauberflöte“ oder mit „Figaros Hochzeit“ zur Aufführung. Mitte des 19. Jahrhunderts kam die Musik Richard Wagners nach Königsberg und wurde dort sehr gerne gehört, 53 Mal bis zur Jahrhundertwende wurde Lohengrin aufgeführt.

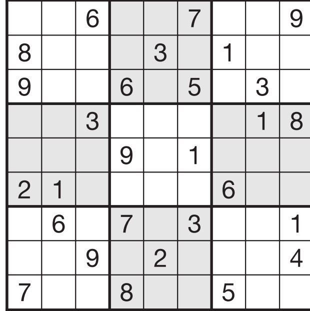
Unter den wichtigsten Königsberger Musikschaffenden findet auch E.T.A. Hoffmann seinen Platz, dessen Verdienste sich nicht allein auf die erste deutsche romantische Oper „Undine“ beschränken. In der Duisburger Ausstellung werden ferner berühmte Persönlichkeiten berücksichtigt, darunter J. G. Herder und J. F. Reichardt, O. Nicolai und H. Goetz, der Violinenspieler und Dirigent Max Brode sowie die Schlagerkomponisten W. R. Heymann und L. Olias.

Mit Exponaten und Dokumenten wird der Königsberger Orgel- und Klavierbau belegt sowie Aspekte der Musik an der Universität und beim Militär beleuchtet. Aus den Jahren 1900 bis 1945 stammen einige Ausstellungsstücke, die viele Königsberger Musikfreunde in ihrem Fluchtlingsgepäck retten konnten. *Dieter Göllner*



Kulturhistorisch sehr interessant: Musik kann viel über die Geschichte ihrer Zeit aussagen. Bild: Dieter Göllner

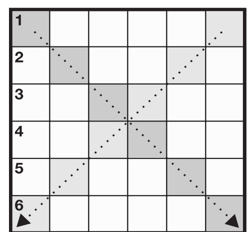
Sudoku



		6			7			9
8				3		1		
9			6		5		3	
		3					1	8
			9		1			
2	1					6		
	6		7		3			1
		9		2				4
7			8			5		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Turngeräte.

1 Kunststil
2 aromatisches Harz
3 hinterer Teil des Fußes (Mz.)
4 Schutzherr, Schutzheiliger
5 fröhlich, vergnügt
6 Erkältungserscheinung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für unstet, wankelmütig.

1 Windstille, **2** Stadt in der Lausitz, **3** Einsiedler, Klausner, **4** von starker Abneigung erfüllter Mensch, **5** scherzhaft: derb, kräftig



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Barock, 2. Balsam, 3. Fersen, 4. Patron, 5. heiter, 6. Niesen – Barren, Kasten

Kreiskette: 1. Flaute, 2. Zittau, 3. Eremit, 4. Hasser, 5. saftig – flatterhaft

Sudoku:

»Ich möchte mit keinem tauschen«

Ein Ehepaar und 34 Kinder – Adoption half ihnen aus misslicher Lage

Wer drei oder mehr Kinder hat, gilt als kinderreich und kann sich als Großfamilie bezeichnen. Was aber sagt man, wenn es über 30 Kinder sind? Gibt's nicht, dürfte die erste Reaktion sein.

Gibt's aber doch: Elisabeth und Mike Stenmans aus Euskirchen haben 34 Kinder im Alter zwischen sechs bis 37 Jahren – zwei sind leibliche Kinder von Mutter Elisabeth und 32 sind Adoptivkinder.

Angefangen hatte alles 1962 während einer Kreuzfahrt rund um Afrika, zu der Elisabeth im Alter von zwölf Jahren von den Eltern mitgenommen worden war. Die Tochter wohlhabender Fabrikanten sah bei den Landgängen das Elend der Kinder in den Städten. Kinder mit Augenkrankheiten, Hungerbäuchen, Missbildungen. Da stand für sie fest: Ich will helfen.

Schon als Kind half sie notleidenden Altersgenossen

Anstatt ihr Taschengeld für sich auszugeben, hat sie es Hilfsorganisationen wie „Misereor“ oder „Brot für die Welt“ gespendet. Bereits damals wusste sie, dass sie einmal notleidende Kinder aufnehmen will, hatte sich allerdings nicht träumen lassen, dass es so viele sein würden. Später engagierte sie sich auf Sozialstationen in Afrika, Asien und Südamerika.

Nach dem Abitur absolvierte Elisabeth ein Studium auf Lehramt sowie parallel dazu in Pädagogik und Psychologie, war aber auch weiterhin ehrenamtlich aktiv. Dann bekam sie den ersten ihrer beiden leiblichen Söhne. Bald erkannte sie, dass die Möglichkeiten der Hilfe vor Ort begrenzt waren, und so nahm sie zwei Mädchen bei sich auf.

Später holte sie weitere 30 Kinder und Jugendliche aus Äthiopien, Brasilien, Rumänien und Sri Lanka nach Deutschland. Fast immer arbeitete sie mit Kirchen und Hilfsorganisationen zusammen, fast immer waren es Kinder, deren Eltern sie aufgegeben hatten, missbraucht, verwahrlost, teilweise geistig und körperlich behindert, die Vermittlung im eigenen Land gescheitert.

„Wir haben Kinder aufgenommen, die sonst überhaupt keine Chance gehabt hätten“, erklärt Elisabeth Stenmans, „ich konnte ihnen am meisten durch eine Adoption helfen.“

Oftmals waren die Kinder schwer traumatisiert, sie zu betreuen erforderte fachliche Kenntnisse; die hatte die Vielfach-Mutter nach dem Studium fortlaufend erworben, so dass sie heute unter anderem Heilpraktikerin, Gesprächs-, Kunst- und Verhaltenstherapeutin sowie approbierte Kinder- und Jugendpsychotherapeutin ist.

Seit 1981 wohnen die Stenmans in Kreuzweingarten, einem Stadtteil von Euskirchen. Die Familie verteilt sich derzeit auf fünf Häuser mit 50 Zimmern. Neben den Zimmern der Kinder gibt es gemeinschaftliche Wohnbereiche sowie verschiedene Spiel- oder Toberäume, die nach dem Bedarf der Kinder eingerichtet sind. 18 der noch im Familienverbund lebenden 26 Kinder sind minderjährig, die meisten besuchen reguläre Kindergärten und Schulen in der Umgebung. Nachmittags kümmern sich die inzwischen erwachsenen Geschwister, die größtenteils als Erzieher, Heil- und Sozialpädagogen ausgebildet sind, gemeinsam mit Mutter Elisabeth um die Kleinen. Unterstützung erfährt die Vielfach-Mutter durch hauswirtschaftliche Kräfte und Ehemann Mike. Jeden Tag wird irgendetwas angeboten, was unter die Rubriken Kreativität, Natur oder Sport einzuordnen ist, und an den Wochenenden werden Ausflüge unternommen. Für derartige Reisen macht sich Elisabeth Stenmans den Service der Deutschen Bahn zunutze: „Ich habe eine Bahncard 25 für die 1. Klasse. Da fahren Kinder unter 15 Jahren kostenlos bequem und entspannt mit“, erzählt sie, so kann der private Fuhrpark, der aus einem Kleinbus und vier Autos besteht, zu Hause bleiben. In den Sommerferien dürfen die Kinder wählen, was sie machen wollen. So waren jetzt beispielsweise einige Kinder in Amsterdam, andere in Berlin, in Hamburg, in Weimar oder auf Kreuzfahrt in Norwegen.



Große Familie: Elisabeth Stenmans inmitten ihrer Kinderschar — Bild: privat

Ungefähr 20 000 Euro geben die Stenmans monatlich für ihre Kinder aus, ein Drittel entfällt dabei allein auf Lebensmittel und Hygieneartikel. Hinzu kommen Kosten für die Ausbildung, für Hobbys und Kleidung. Auf Unterstützung vom Staat sind sie dabei nicht angewiesen. „Wir bekommen neben dem Pflegegeld für drei behinderte Kinder nur das Kindergeld, das jeder erhält“, sagt Elisabeth Stenmans. „Das ist auch richtig so, denn ich kann und will meine Kinder selbst unterhalten.“

»Ich kann und will meine Kinder selbst unterhalten«

Um finanziell über die Runden zu kommen, greift Elisabeth Stenmans auf das Familienvermögen zurück und „wirtschaftet besonnen“, wie sie betont.

Die Motivation für ihr Engagement holt sie sich aus ihrem christlichen Glauben. „Alle Menschen sind Kinder Gottes, unabhängig von ihren Stärken und Schwächen. Ich glaube, dass Gott mir diese Kinder zugedacht hat“, sagt die 34-fache Mutter, die mittlerweile auch schon drei Enkel hat, „mein Leben ist sehr ausgefüllt und ich möchte mit keinem anderen Menschen auf der Welt tauschen.“ *Corinna Weinert*

FÜR SIE GELESEN

Ratgeber Bluthochdruck

Die Manschette des Messgeräts pumpt sich bis zur Schmerzgrenze auf. Der Blutdruck hat offensichtlich wieder einmal ungeahnte Höhen erreicht. 180 zu 102. Mit diesem Ergebnis ist nicht zu spaßen. Bluthochdruck ist schließlich eine der Hauptursachen für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die jedes Jahr mehr als 400 000 Menschenleben fordern. Ein Ratgeber des Internisten und Kardiologen Ramon Martinez zeigt nun, wie man innerhalb von zehn Wochen seinen Blutdruck selbst senken kann. Gesunde Ernährung, Bewegung wie Nordic Walking oder Schwimmen, Stressabbau durch Autogenes Training oder Yoga und der Verzicht aufs Rauchen helfen dabei. Die richtige Ernährung spielt eine wichtige Rolle bei der Vorbeugung, aber auch bei der Therapie. Fachleute empfehlen fünf Obst- und Gemüseportionen am Tag. Wie diese schmackhaft zubereitet werden können, zeigt der Ernährungsratgeber der Diätassistenten Sven-David Müller und Christiane Weißenberger. Alles nicht ganz neu, die Ratgeber können aber dazu ermutigen, den „inneren Schweinehund“ zu überwinden. *os*

Ramon Martinez: „Bluthochdruck selbst senken in zehn Wochen – Selbsthilfeprogramm für Betroffene“**, Schlütersche Verlagsgesellschaft, Hannover 2009, 116 Seiten, 61 Farbfotos und Grafiken, Klappbroschur, 12,90 Euro. In gleicher Aufmachung erschien auch ein **„Ernährungsratgeber Bluthochdruck“** von **Sven-David Müller und Christiane Weißenberger

---

IN KÜRZE

Ein Loblied auf das Einwecken

Vor 150 Jahren wurde ein Mann geboren, dessen Erfindung Eingang in die Küchen aller Herren Länder fand. Und doch ist sein Name nicht mit dieser bahnbrechenden Idee verbunden. Rudolf Rempel starb bereits im Alter von 34 Jahren. Seine 1892 patentierte Erfindung wurde von Johann Weck gekauft – seitdem konserviert die Hausfrau Gemüse und Obst in „Weckgläsern“ aus dem südbadischen Öflingen und nicht in Rempels Behältnissen. Wie sehr selbst Geistesgrößen wie Rainer Maria Rilke oder Hermann Hesse von den 1900 auf den Markt gekommenen Weckgläsern begeistert waren, lassen zwei Gedichte erahnen, die sie zum 65. Geburtstag von Johann Weck verfasst haben: „Des Lebens Mahlzeit flieht, verweht / Tod mischt sich immer drein / drum jeden Schatz, mit dem es geht / so sag' ich treu dir: / Wecke ein!“ (Hesse) – „Doch manchem wird ein Aufschub hingezählt / Ein Glas umfängt es, Gummiring, ganz oben / gleich einem hellen Augenlid erwählt / bürgt ihm das Deckrund, Frische wird geloben.“ (Rilke) Eine Hausfrau wird nicht dichten, um ein Loblied auf diese Konservierungsmethode zu singen. Allein die Tatsache, dass auch heute im Zeitalter der Gefriertruhen noch eingeweckt – und nicht eingerempelt – wird, spricht Bände. Einwecken, das bedeutet auch, der Phantasie für besondere Kreationen freien Lauf zu lassen. *os*

Mit dem Stretchtrabant durch Dresden

Bei auswärtigen Gästen sind die Rundfahrten mit Steffen Lachmann, der Historie mit Humor verpackt, sehr beliebt

Nein, Ostalgie ist Steffen Lachmanns Sache nicht. Ganz im Gegenteil. „Wissen Sie“, sagt er, „ich hatte während der DDR-Zeit genug Schwierigkeiten mit der ‚Firma‘ – Sie wissen schon – dem Ministerium für Staatssicherheit.“ Als Busfahrer, der gern mal eine kesse Lippe riskierte, war er denen „da oben“ ziemlich suspekt. Deshalb bekam er auch stets nur so viel Treibstoff für sein Fahrzeug, wie unbedingt notwendig. Die hatten immer Angst, er würde „rübermachen“ wie Tausende seiner Landsleute. Doch Schwamm drüber, lacht der gebürtige Dresdner, nach der Wende sei ja nun alles ganz anders gekommen. Da hieß es, die Ärmel hochkrempeln und sein Leben selbst in die Hand nehmen. Also – Busfahrerdasein adieu und hinein ins kalte Wasser der Selbständigkeit. Ideal erschien eine Tätigkeit als Fremdenführer durch die Stadt, die er wie seine Westentasche kennt. Und da sind wir schon bei der Nostalgie. Denn für Lachmann ist Dresden der schönste Ort unter dem Himmel. Nachdem die Stadt mit der wiedererstandenen Frauenkirche und den vielen restaurierten Barockbauten in neuem Glanz erstrahlt, sind seine Rundfahrten bei auswärtigen Gästen sehr beliebt. Für diese Exkursionen hat er extra einen Trabi in eine Stretchlimousine umbauen lassen. Eine echte Marktlücke! Wo immer er mit seinem ungewöhnlichen Gefährt auftaucht, begegnet er erstaunten Blicken. Die Fahrten führen kreuz und quer durch Dresden und Umgebung. Eine versenkbare Kühlvorrichtung für Sekt- und Champagnerflaschen ist auch vorhanden. „Vor allem für Hochzeitsgäste“, strahlt Steffen Lachmann, „die gern ein Gläschen trinken, während ich ihnen das Taschenbergpalais und die Altstädter Wache zeige.“ Nach der Mittagsandacht in der lichtdurchfluteten Frauenkirche geht es zu den Elbschlössern auf – drei architektonischen Perlen inmitten blühender Weinberge. Sie wurden im 19. Jahrhundert erbaut. Das vom Schinkel-Schüler Adolph Lohse geplante Schloss Albrechtsburg ist einer römischen Renaissancevilla nachempfunden. Im Römischen Bad und auf der Gartenterrasse, die einen herrlichen Blick auf die Elbe gewährt, finden regelmäßig Konzerte und andere Veranstaltungen statt. „Das ursprünglich für einen Adligen erbaute spätklassizistische Schloss daneben kaufte ‚Odolkönig‘ Karl August Lingner“, erläutert Steffen Lachmann. Der dritte Palast im Bunde, das im neugotischen Stil errichtete Schloss Eckberg, thront gleich einer Ritterburg am Elbhang und wird heute als Hotel genutzt.



Ungewöhnliches Gefährt: *PAZ*-Autorin Uta Buhr konnte sich von den Vorzügen des Stretchtrabants überzeugen. — Bild: Buhr

Die Dresdner erlebten ihr „Blaues Wunder“ 1893, als die Loschwitzer Brücke zwischen Blasewitz und Loschwitz für den Verkehr freigegeben wurde. „Die neue Bauweise ohne Strompfeiler aus weit über 3000 Tonnen Eisen war eine Sensation!“ Der Fahrer weist auf die 260 Meter lange Hängebrücke, die ihren Spitznamen dem blauen Anstrich verdankt. Dies ist der Zündstoff für ein Thema, das seit Jahren die Gemüter weit über die Landesgrenzen hinaus bewegt und erregt – die „Waldschlösschenbrücke.“

Die Bauarbeiten sind bereits in vollem Gang und haben die Unesco veranlasst, Dresden den begehrten Titel eines Weltkulturerbes abzuerkennen. Steffen Lachmann schüttelt den Kopf, als es an dem ausgehobenen Terrain vorbeigeht, das wie eine offene Wunde in der schönen Elblandschaft klafft. Mit dem vielen Geld, das bereits verbraten wurde, meint er, hätte man die Brücke auch unter die Elbe verlegen können. Befürworter dieser Lösung sagen, die Entscheidung, den „Schandfleck“ zuzulassen, ginge auf den sozialistischen Schlendrian zurück, der noch immer in den Köpfen vieler älterer Bürger spuke. „Da ist nischt mehr zu machen. Aber die Touristen werden mein schönes Dresden deshalb sicherlich nicht meiden.“

Am goldenen Reiterstandbild Augusts des Starken nahe der Augustusbrücke, das nach Osten weist, holt ihn dann die böse DDR-Vergangenheit wieder ein. „Da hat einer Anfang der 80er Jahre an den Sockel geschrieben, Erich Honekker möge doch in Richtung Osten reiten und verschwinden.“ Der Mann wurde gefasst und eingesperrt, weil er das ausgesprochen hatte, was ein Großteil der Bevölkerung sich wünschte.

Angenehmer ist folgende Anekdote: Bei der Überquerung der Brücke soll August seinen Kutscher mit den Worten „Un wech – nur die mit droff“ angewiesen haben, die eine oder andere Schöne zu „entführen.“ Im Volksmund heißt die Brücke seither die „Diemitdroffbrücke.“ Ein Seitenhieb auf den DDR-Kult um den bulgarischen Altkommunisten Georgij Dimitroff.

Wegen »kesser Lippe« wurde der Treibstoff für den Bus rationiert

Die Rundfahrt mit den Erklärungen des gutgelaunten Cicerone vergeht wie im Fluge. Der „Fürstenzug“ am Stallhof mit der aus 24 000 Porzellanfliesen der Meissener Manufaktur erschaffenen Genealogie des Wettiner Adelsgeschlechts überstand wie durch ein Wunder das Inferno des 13. Februar 1945 völlig unbeschadet. „Wir Dresdner deuteten dies als gutes Omen“, sagt Steffen Lachmann feierlich. Zu Recht. Ihre Stadt ist nicht untergegangen, sondern aus Ruinen strahlend auferstanden wie einst Phönix aus der Asche. *Uta Buhr*

Rundfahrten mit dem Stretchtrabant sind zu buchen unter (0177) 2929560 oder unter www.stretchtrabi-dresden.de



Galerie von Verdächtigen

Krimi mit Tatort Hannover

Die Autorin Susanne Mischke ist bekannt und erfolgreich als Spezialistin für Kriminalromane, aber auch für Geschichten mit Lokalkolorit. In ihrem jüngsten Werk „Tod an der Leine“ hat das vierköpfige Team der Hannoveraner Mordkommission 1.1 K wiederum einen komplizierten Fall zu lösen, der sie diesmal in die Welt des Theaters führt. Aus dem Umfeld der Verdächtigen laufen verschiedene Fäden zum Privatleben der Ermittler, und vielleicht wirkt der Schauplatz deshalb nicht ganz so großstädtisch. Doch man lernt auf diese Weise umstandslos das Kripo-Team näher kennen. Es sind der Möchtegern-Casanova Fernando Rodriguez, der mit Anfang 30 noch bei seiner Mutter wohnt, die verwitwete, bodenständige 40erin Oda Kristensen und das Küken, die kluge, einem neuen Flirt keineswegs abgeneigte Jule Wedekin. Ihr Hobby ist die Stadtgeschichte, und gern erklärt sie ihren Kollegen historische Zusammenhänge. Der etwas brummige, aber gutmütige Chef Bodo Völxen lebt mit seiner Familie als Schafzüchter auf dem Land.

Die Stärke der Autorin sind skurrile Einfälle, es ist ihre Kunst, die Menschen mit ihren Schrullen und hintergründigen Motiven für ihre Handlungen lebensnah zu charakterisieren, drastische Schilderungen inbegriffen.

Zum Auftakt werden die Ermittler zweimal kurz nacheinander auf den Plan gerufen. Ein jüngerer Mann, den niemand kannte und niemand vermisst hatte, wird in seiner Wohnung tot aufgefunden. Die gerichtsmedizinische Untersuchung erbringt als Ergebnis, dass er an einer Krankheit, also eines natürlichen Todes starb. Wenig später durchkreuzt ein unverhofftes Ereignis den privaten Wochenendplan von Fernando Rodriguez. Er hatte am Abend eine Theaterpremiere besuchen wollen, um anschließend auf der Premierenfeier möglichst mit der attraktiven Regisseurin Marla Toss näher bekannt zu werden, die mit dem Stück „Faust reloaded“ ihr Regiedebüt am Stadttheater gibt. Marla Toss ist die Schwester von Pia Hermes, die seinen Stammkiosk an der Ecke betreibt. Dort hatte Fernando sie tags zuvor zufällig kennengelernt. Tags darauf findet man ihre Leiche.

Schrullige Charaktere unterhalten

Bei den Vernehmungen ihrer ehemaligen Kollegen vom Theater stellt sich heraus, dass die 32-Jährige eine allseits unbeliebte Persönlichkeit war. Niemand scheint entsetzt über ihre Ermordung zu sein, sogar Schwester und Schwager wirken seltsam gefasst. Nur deren Sohn, der zwölfjährige Yannick, trauert über den Tod seiner Tante, die sich viel um ihn gekümmert hatte.

Die Galerie der mehr oder weniger undurchsichtigen Verdächtigen ist lang. Da sind die betrogene Ehefrau des Intendanten, eine missgünstige Schauspielerin und ein abgekanzelter Regieassistent. Auch ein vorbestrafter Juwelendieb und früherer Freund von Marla, der ebenso wie Marla erst kürzlich wieder nach Hannover zurückgekehrt ist, gehört dazu. Er entzieht sich durch Flucht der Vernehmung, als Oda Kristensen in seinem Wohnblock erscheint. Ein ehemaliger Komplize von ihm lebt nicht mehr, es ist der Tote, den man zuvor gefunden hatte.

Dagmar Jestrzemski

***Susanne Mischke: „Tod an der Leine“**, Piper Verlag, München 2009, broschiert, 268 Seiten, 12,95 Euro*

DANIEL JONAH GOLDHAGEN
SCHLIMMER ALS KRIEG

Billiger Provokateur

Das neue Goldhagen-Buch widerstrebt selbst den Anhängern des Zeitgeistes

Für Provokationen ist Daniel Jonah Goldhagen immer gut. Hatten vor allem viele Deutsche nach seinem Erstlingserfolg „Hitlers willige Vollstrecker – Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust“ aus dem Jahr 1996 gehofft, nie wieder etwas von diesem als Schmierfink wahrgenommenen Politikwissenschaftler zu hören, so legte er 2002 mit „Die katholische Kirche und der Holocaust – Eine Untersuchung über Schuld und Sühne“ nach. Vor wenigen Wochen folgte nun „Schlimmer als Krieg – Wie Völkermord entsteht und wie er zu verhindern ist“. Selbst die in Sachen Goldhagen zuvor wohlwollende „Zeit“ spricht von einem „Totalausfall“, doch trotzdem konnte sich der 1959 geborene Sohn eines Holocaustüberlebenden über ein großes Medieninteresse freuen. Zwar konnte er nicht genauso viele Einladungen in Talkshows wie 1996 verbuchen, doch mit seinem Vorschlag, die Weltgemeinschaft solle doch ein Kopfgeld auf Massenmörder aussetzen, gelang es ihm, genügend Werbung für sein Buch machen.

Dieses kommt in seiner Gesamtheit zwar seriöser daher, als man es bei seinem Autor vermutet, doch das liegt daran, dass auch Goldhagen nicht 684 Seiten am Stück provozieren kann. Gleich sein erster Satz dürfte in den USA für Erschütterung gesorgt haben: „Harry Truman, der 33. Präsident der Vereinigten Staaten, war ein Massenmörder.“ Wer jetzt als Deutscher jedoch denkt, dass seine Vorfahren dieses Mal besser davonkommen als bei „Hitlers willige Vollstrecker“, nur weil das Buch mit Trumans Schuld am Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beginnt, irrt. Ziel des Autors war die größtmögliche Provokation und dafür musste er sich eben etwas Neues einfallen lassen.

Trotz aller Emotionen und Widerworte, die der seit seinem ersten Bucherfolg nicht mehr in Harvard Lehrende auslöst, bietet sein Buch so manche Aha-Momente. Das liegt nicht nur an der durchschaubaren Art, wie der Autor, auf den Zeitgeist reagierend, Schlagzeilen zu machen hofft: So manche der von ihm gestellten Fragen im Zusammenhang mit Völkermorden sind durchaus aufschlussreich und in die Tiefe gehend. Das gilt jedoch nicht für seine Antworten.

Warum wird die Vernichtungsmaschinerie in Gang gesetzt? Warum werden manche Gruppen zur Eliminierung vorgesehen und andere, sogar im selben Land, nicht? Warum wird für eine zur Eliminierung vorgeschlagene Gruppe die Vernichtungsvariante gewählt? Warum beginnt der Vernichtungsangriff dann, wenn er es tut? Warum bleiben Menschen angesichts derartiger Gräuel untätig? Dies sind nur einige der durchaus bedeutungsvollen Fragen, die der Autor stellt. Zur Beantwortung zieht der Autor Völkermorde der Vergangenheit heran und geht dabei auf ihre Muster und Ursprünge ein.

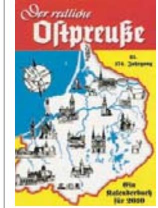
Gute Fragen effektheischend beantwortet

Deutsche, Türken, Serben, Indonesier, Kambodschaner, aber auch Chinesen und Russen werden als Täter vorgestellt, die sich aus den verschiedensten Gründen zum Morden hätten verführen lassen. Hier betont Goldhagen jedoch ausdrücklich, dass es für ihn keine Kollektivschuld gebe, bestenfalls würden viele eines Volkes kollektiv schuldig. Doch von seiner bereits 1996 weltweit diskutierten These, dass die Deutschen besonders anfällig für den Massenmord an den Juden gewesen seien, weil sie den Antisemitismus tief verinnerlicht gehabt hätten, lässt er nicht ab.

Plakativ greift er einige Beispiele früherer Völkermorde heraus, um Antworten auf die Fragen zu geben. Effekteischend baut er einige deftige Zeitzeugenberichte ein, um seine zuvor aufgestellten Thesen zu belegen. Gegen Ende gibt er dann sehr eigenwillige Ratschläge, wie die Welt in Zukunft Massenmorde verhindern kann.

Bereits diese Ratschläge zeigen, dass Goldhagen zwar älter, aber nicht weiser geworden ist. Die Kritik an seinen vorherigen Publikationen hat ihn nicht zu einem wissenschaftlicheren Arbeiten bewegen können, so dass auch „Schlimmer als Krieg“ letztendlich auf dem Niveau einer „Bild“-Zeitung hängen bleibt. *R. Bellano*

***Daniel Jonah Goldhagen: „Schlimmer als Krieg – Wie Völkermord entsteht und wie er zu verhindern ist“**, Siedler, München 2009, geb., 684 Seiten, 29,90 Euro*



Pungel mit Erinnerungen

»Der redliche Ostpreuße 2010« ist da – Ostpreußische Autoren erzählen

Alte Menschen schleppen einen ganzen Sack von Erinnerungen mit sich herum, auch wenn sie dabei den Rücken steifzuhalten verstehen“, schreibt Ottfried Graf Finckenstein in seiner Geschichte über den alten Förster Jakubschik, nachzulesen in der neuen Ausgabe des „Redlichen Ostpreußen“. Ein ganzer Sack von Erinnerungen wird hier vor dem Leser ausgebreitet. Erinnerungen an Ostpreußen und seine Menschen, an die tiefen Wälder und gewaltigen Ströme wie die Memel. Hermann Sudermann kommt zu Wort, wie auch Agnes Miegel, die sich nie vorstellen konnte, in einem anderen Land als dem zwischen Weichsel und Memel geboren worden zu sein. Die anderen in dieser Ausgabe versammelten Autoren wie Charlotte Keyser, Ernst Mollenhauer oder Paul Fechter erklären ebenfalls ihre Liebe zu dem Land Ostpreußen und seinen Menschen.

Entstanden ist eine Sammlung voller kurzweiliger Geschichten. So erzählt Ruth Geede von Marie Pokahr, die sich Gedanken macht um das Wohlergehen ihrer Kinder. Mit Frieda Jung kann der Leser noch einmal die gute alte Zeit genießen. Auch der Humor kommt nicht zu kurz. Er durfte allerdings nicht überhand nehmen, sonst wurde energisch eingegriffen, wie Hannelore Patzelt-Hennig zu erzählen weiß. Auch die Domnauer, denen man nachsagte, sie wären nicht so helle, sorgen für allseitige Belustigung.

Auch in der neuen Ausgabe gedenkt die Herausgeberin Silke Osman wieder der Persönlichkeiten, die mit ihrem Leben und Wirken Spuren in Ostpreußen hinterließen. Zu nennen sind der Komponist Otto Besch aus Neuhausen bei Königsberg, der Düsseldorfer Landschaftsmaler Olof Jernberg, der Arzt und Autor Hans Graf von Lehndorff, der Komponist der Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ und Gründer der Wiener Philharmoniker Otto Nicolai oder der aus dem Memelland stammende Maler Johannes Heydeck.

Viele junge Menschen fragen nach ihren Wurzeln und stoßen dabei oft auf eine Herkunft aus dem deutschen Osten. Sie wollen wissen, wie es war, als die Großeltern Ostpreußen verlassen mussten. Wenn heute über ein Zentrum gegen Vertreibungen diskutiert wird, dann gehört auch die Erinnerung an Ostpreußen dazu und an die Menschen, die den Rücken „steifgehalten“ haben, die aufrecht gingen – trotz schrecklicher Erinnerungen. Vor dem geneigten Leser liegt nun ein neugeschnürter Pungel mit Erinnerungen. *PAZ*

***Silke Osman (Hrsg.): „Der redliche Ostpreuße 2010“**, Rautenberg, Würzburg 2010, 128 Seiten, kartoniert, 9,95 Euro*

Fabio Volo
Einfach losfahren

Suche nach sich selbst

Endzwanziger verabschiedet sich vom Partyleben

In Italien ist Fabio Bonetti alias Fabio Volo bekannt wie ein bunter Hund. Das 37-jährige Multitalent aus Brescia schreibt, schauspielert und moderiert diverse Radio- und Fernsehsendungen. Im deutschen Literaturbetrieb ist Volo dagegen ein Unbekannter. Das könnte sich bald mit dem Erscheinen seines Bestsellers „Einfach losfahren“ auf dem hiesigen Buchmarkt ändern. Es ist die Geschichte zweier Freunde, Michele und Federico, die sich schon seit Kindertagen kennen. Während Federico erfolgreich im Immobiliengeschäft ist, arbeitet Michele als freier Journalist. Die beiden teilen alles vom Wohnungsschlüssel über lange Partynächte bis hin zu den Frauen. Doch eines Tages stellt Federico seinen bisherigen Lebensstil in Frage. Er will sich nicht länger der „Illusion des Straßenbahnführers“ hingeben, der nur eines könne: bremsen und beschleunigen. Die Richtung gäben dagegen die Gleise vor. „Gymnasium, Uni, Arbeit, Heirat, Kinder, Endstation! Am Ende bestimmen wir nur, wie viel Zeit wir dafür brauchen.“

Seinen Wunsch, aus dieser festgefahrenen Situation auszubrechen, hält Michele zunächst für den Ausdruck einer vorübergehenden Endzwanziger-Krise. Doch am nächsten Tag ist Federico verschwunden. Später erfährt Michele, dass sein Freund die Welt umreist hat und nun auf den Kapverden mit seiner Freundin Sophie lebt. Als Federico überraschend zu Besuch auftaucht, erkennt Michele ihn nicht wieder.

Ein Stück Lebenshilfe aus Italien

Federico hatte auf der Insel Sophie kennengelernt, der er als Maurer, Elektriker und Installateur half, eine Ferienanlage zu bauen. Sein Leben wendete sich um 180 Grad. Er tauschte Kopfarbeit gegen Handarbeit, ausgelassenes Stadtleben gegen bescheidenes Landleben ein. Zum ersten Mal erkennt er fernab der Alltagsroutine einen tieferen Sinn im Leben: „Denn es war die Stille, die intime Beziehung zur Natur und ihre Betrachtung, die mir die Begegnung mit jenem Teil von mir geschenkt hat, mit dem ich mich verlobt hatte. Es war ihr Klang, ihre Stimme, ... die mich ins Reich der Bedeutungen getragen hat. Und die mich lehrte, dass ich auf der tiefen Stille schwimmen und mich frei dahintragen lassen konnte, ... von einer geheimnisvollen Kraft gehalten, die ich in allen Dingen zu erkennen begann.“

„Einfach losfahren“ ist ein gefühlvoller Roman über Freundschaft, die große Liebe und über die Suche nach sich selbst. Volo erzählt vom Glück des einfachen Lebens. Humorvoll verbindet der Autor die großen Fragen der Menschheit mit den Anekdoten seiner Helden. Es würde nicht verwundern, wenn manch einer in Zukunft am Regal für Lebenshilfe vorbeigeht und in der Belletristikabteilung nach Volos Büchern greift.

Sophia E. Gerber

***Fabio Volo: „Einfach losfahren“**, Diogenes, Zürich 2009, geb., 285 Seiten, 19,90 Euro*



Kavalier gesucht

Zwei Seniorinnen mischen das Altersheim auf

Der Umzug ins Altersheim bedeutet für viele alte Menschen, dass sie die Endstation ihres Lebens erreicht haben. Doch muss das so sein? Diese Frage beantwortet Karin B. Holmqvist in ihrem Roman „Zwei Damen auf Männerfang“ mit einem deutlichen Nein.

Alma und Margit, zwei 80-jährige Damen, sind seit vielen Jahren Nachbarinnen und Freundinnen. Sie besuchen einander in ihren gemütlichen Häusern zum Vormittagskaffee, zum Kuchenessen oder abends auf ein Gläschen Sherry. Doch als ihre Häuser einer Feriensiedlung weichen sollen, findet das Nachbarinnen-Idyll ein jähes Ende. Schweren Herzens beschließen die beiden, in ein nahe liegendes Altersheim zu ziehen und sich dort eine Wohnung zu teilen.

Margits Sohn Axel und seine Frau Greta sind froh, dass die verwitwete Margit sich für diese Alternative entscheidet, und helfen den beiden Damen tatkräftig beim Umzug. Mit der Annahme der beiden, dass sich die langjährigen Nachbarinnen in Zukunft die Zeit mit Häkeln und Stricken vertreiben würden, sind sie jedoch gründlich auf dem Holzweg.

Nach ihren in Deutschland erschienenen Romanen „Manneskraft per Postversand“ und „Villa mit Herz“ überzeugt die schwedische Autorin Karin B. Holmqvist auch in ihrem neuen Roman durch ihren warmherzigen Schreibstil und die den Büchern anhaftende positive Lebenseinstellung.

Schwungvoller Unterhaltungsroman

Und so ist auch bei den beiden Freundinnen Alma und Margit die Endstation des Lebens, trotz Humpelfuß und Zipperlein im Kreuz, noch lange nicht erreicht, obwohl sie bereits die Mitte des dritten Lebensabschnittes überschritten haben.

Ein Senioren-Computerkurs und viele neue Bekanntschaften im Altenheim halten die beiden auf Trab, bis Alma, die zeitlebens nie verheiratet oder verlobt war, eines abends einen folgenschweren Gedanken äußert: „Es wäre doch eigentlich nett, wenn wir beide einen Kavalier hätten.“

Als wenn das für die zwei alten Damen nicht schon aufregend genug gewesen wäre, war da noch ein folgenschwerer Schnappschuss, den Alma eines abends im Dunklen mit ihrem alten Fotoapparat schoss. Schnell wird den beiden die Tragweite dieses Fotos bewusst, und Alma wäre nicht Alma, wenn sie nicht Margits Rat zur Vorsicht in den Wind schlagen und ihren Dickkopf durchsetzen würde.

Karin B. Holmqvists „Zwei Damen auf Männerfang“ ist ein warmherziger, lustiger Roman, der uns zeigt, dass es auch, oder sollte man sagen gerade, im Alter noch eine Menge zu lernen und zu entdecken gibt und es für einen dritten Frühling nie zu spät ist. *A. Ney*

***Karin B. Holmqvist: „Zwei Damen auf Männerfang“**, Piper Verlag, München 2009, borschiert, 251 Seiten, 7,95 Euro*

Die Tigerfibel

Reprint der Dienstvorschrift D656/27 im Zweifarbdruck mit allen Beilagen



Die Tigerfibel war etwas völlig Neues, Gestaltung des Handbuches war nicht nüchtern und sachlich, sondern im Fibelstil gehalten. Neben den sachlichen kurzen Darstellungen wurden in Versform die wichtigsten Merksätze formuliert. „Mit Ruhe, Umsicht und Bedacht – dann ist das Bergen bald vollbracht. - Die Bergung ist zwar sehr beschwerlich indessen leider unentbehrlich." Die Tigerfibel diente der Ausbildung der Besatzung des Panzerkampfwagen VI Tiger und wurde durch den Generalinspekteur der Panzerwaffe Heinz G. Guderian erlassen und herausgegeben.

Geb., im Standardbuchformat (quer) mit 92 Seiten und vielen Abbildungen PLUS extra Mappe mit den gefalteten Beilagen: 1. Panzererkennungstafel Rußland, 2. Panzerbeschußtafel 8,8 KwK 36, 3. Antigötz T 34, K W I, Churchill III, Lee, Sherman
Best.-Nr.: 6856



Peter Walter (Hrsg.)
Deutschland in frühen Farbfotografien





Erstaunlich sind die ca. 380 Farbfotos aus der Zeit um 1913 bis 1930, einer Zeit, die wir heute meist nur aus dunklen, unscharfen schwarz-weißen Aufnahmen kennen. Das auch diese Welt bunt war, zeigen diese Fotografien auf wunderbare Weise. Jedes Bundesland wird mit den schönsten Aufnahmen der Zeit dargestellt. Ein Ausflug in eine farbenprächtige Vergangenheit

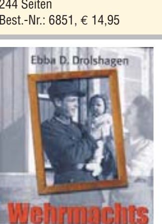
Geb., wattiert, ca. 380 farbigen Abbildungen, 244 Seiten
Best.-Nr.: 6851, € 14,95



I. W. Dobrowolski (Hg.)
Schwarzbuch Gulag
Geb., 312 Seiten mit Zeichnungen
Best.-Nr.: 3117
statt € 29,90 nur noch € 14,95

Maurice Philip Remy
Mythos Bernsteinzimmer
Geb., 239 Seiten
Best.-Nr.: 2270
statt € 24,00 nur € 14,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820
statt früher € 15,90 nur noch € 7,95



Erwin Peter (Hg.)
Von Workuta bis Astrachan
Geb., 367 Seiten
Best.-Nr.: 3437
statt € 26,90 nur noch € 14,95

Ebba D. Drolshagen
Wehrmachtskinder
Geb., 383 Seiten
Best.-Nr.: 4499
statt € 19,90 nur € 9,95



lesensWERT! Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Donga- Sylvester/ Czernetzky/ Toma (Hg.)
Ihr verreckt hier bei ehrlicher Arbeit!
Deutsche im Gulag 1936- 1956- Anthologie des Erinnerns

Rund 100.000 Deutsche und Österreicher wurden zur Zeit Stalins in den Straflagern des GULag festgehalten und hatten unter härtesten Bedingungen Zwangsarbeit zu leisten. Unter ihnen befanden sich nicht nur Rußlanddeutsche, sondern auch emigrierte deutsche Kommunisten, wegen angeblicher oder tatsächlicher Verbrechen verurteilte Kriegsgefangene, Spione, Diplomaten sowie später in der Sowjetischen Besatzungszone verhaftete Personen. Die Erinnerungen von fünfzig Häftlingen aus all diesen Gruppen wurden in zahllosen Gesprächen und Interviews sowie anhand von persönlichen Aufzeichnungen für dieses Buch gesammelt und ausgewertet. Eine historische Einleitung über das System des GULag, zahlreiche zeitgenössische Fotos, Zeichnungen und faksimilierte Dokumente runden diese „Anthologie des Erinnerns" ab, die ein bisher wenig behandeltes Kapitel unserer Zeitgeschichte schließt.

Geb., 367 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 6862
statt € 26,90 nur noch € 14,95

Achtung!

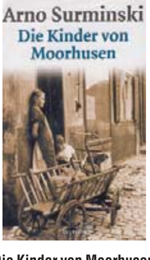
Die Versandkostenpauschale* beträgt nur € 2.50, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Liefung versandkostenfrei
Ihr PMD

*nur gültig im November und Dezember und bei Versand innerhalb Deutschland

Arno Surminski



Eine gewisse Karriere
Erzählungen aus der Wirtschaft
Geb., 167 Seiten
Best.-Nr.: 6835
statt € 10,95 nur noch € 6,95



Die Kinder von Moorhusen
Geb., 198 Seiten m. Zeichnungen
Best.-Nr.: 1039, € 16,95



Vaterland ohne Väter
Geb., 455 Seiten
Best.-Nr.: 3926, € 22,00



Gruschelke und Engelmannke
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990, € 16,95

Modernes Antiquariat - Mängelexemplare – Nur wenige Exemplare vorhanden

Jürgen Roth
Anklage unerwünscht -
Korruption und Willkür in der deutschen Justiz
Geb., 304 Seiten
Best.-Nr.: 6224
statt € 24,90 nur € 14,95



Jürgen Roth
Ermitteln verboten
Warum die Polizei den Kampf gegen die Kriminalität aufgegeben hat
Geb., 264 Seiten
Best.-Nr.: 4073
statt € 24,90 nur € 14,95

Andreas Kossert
Ostpreußen - Geschichte und Mythos
Geb., 448 Seiten
Best.-Nr.: 6840
statt € 24,90 nur € 14,95



Andreas Kossert
Masuren, Ostpreußens vergessener Süden
Kart., 432 Seiten
Best.-Nr.: 6839
statt € 12,90 nur € 6,95



Der redliche Ostpreuße 2010
120 Seiten, Kart., 128 Seiten
Best.-Nr.: 6841



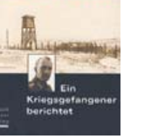
Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 S., Best.-Nr.: 5209



Wolfgang Budde
Die gescheiterten Kommandounternehmen
Kart., 191 Seiten
Best.-Nr.: 3800
statt € 9,90 nur noch € 4,95



Masuren-Fibel
Reprint der Originalausgabe von 1929, Geb., 120 Seiten, durchgehend Farbabbildungen, Format: 17 x 24 cm,
Best.-Nr.: 4787
statt € 16,95 nur € 9,95

Arthur Boje
Stalins deutsche Agenten
Ein Kriegsgefangener berichtet
Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 3103
statt € 19,90 nur noch € 9,95

Modernes Antiquariat - Mängelexemplare – Nur wenige Exemplare vorhanden

Ulla Lachauer
Land der vielen Himmel
Memelländer Bilderbogen

Das alte Memelland, das Land der vielen Himmel, das von der Bernsteinküste mit ihren Dünen, den einsamen Gehöften der bäuerlichen Bevölkerung und den flachen Ebenen geprägt wurde, wahrte stets seine Eigenständigkeit. Die wie unter dem ewigen Seewind geduckten Holzhäuser, die ständig weiterziehenden Wanderdünen, die abgeschiedenen Gehöfte erwecken den Eindruck, als wären sie von den Zeitläuften unberührt geblieben. Der Bild-Text-Band »Land der vielen Himmel« entstand, als das alles noch Sperrgebiet des sowjetischen Militärs war. Ulla Lachauer zählte zu den Ersten, die Zutritt zum alten und neuen Memelland erhielten. Ihre Texte und die schönen alten Fotografien von Walter Engelhardt gelten dem Land und seinen Menschen.



Geb., 158 Seiten, Bild-/Textband
Best.-Nr.: 2018



Ingo von Münch
Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45



Zu den schlimmsten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gehören die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten 1944/45. Viele dieser Frauen und Mädchen wurden nicht ein Mal, sondern viele Male sexuell mißbraucht. Weder Kinder noch Greisinnen blieben verschont. Verläßlichen Schätzungen zufolge wurden rund zwei Millionen Frauen und Mädchen Opfer jener Vergewaltigungen. Das ungeheure Ausmaß dieser Verbrechen und der durch sie verursachten menschlichen Leiden hat jahrzehntelang keine angemessene öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Erst in neuerer Zeit werden diese Ereignisse häufiger erwähnt, allerdings fast immer nur als Teil einer Schilderung von Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit. Demgegenüber befasst sich das vorliegende Buch ausschließlich mit den Vergewaltigungen und hier unter anderem mit den Fragen, wie und warum es zu diesen Exzessen gekommen ist, warum Widerstand zwecklos war und was mit den Kindern geschah, die Opfer oder "nur" Zeuge der sexuellen Gewalttaten waren. Erlebnisberichte von Opfern und Tätern sind eine wesentliche, weil authentische Grundlage dieser Darstellung.

Geb., 208 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6847



Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund




Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger




Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

PMD Preußischer Mediendienst — 46/09
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Liefung versandkostenfrei *nur gültig im November und Dezember und bei Versand innerhalb Deutschland. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

»Liquidieren« oder nicht?

Berlin – Die Chefin des Berliner Verfassungsschutzes, Claudia Schmidt, hat die Bundesvorsitzende der Jusos, Franziska Drohsel, für die Teilnahme an einer Demonstration für drei mutmaßliche Mitglieder der linksextremen „Militanten Gruppe" (MG) scharf kritisiert. Die MG hatte öffentlich die Frage aufgeworfen, ob Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft „liquidiert" werden sollten. *H.H.*

Eine Milliarde Schwarzafrikaner

Genf – In den nächsten Tagen wird die Bevölkerung Schwarzafrikas die Eine-Milliarden-Schwelle überschreiten, warnt der UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA). In den letzten 20 Jahren habe sich die dortige Bevölkerung verdoppelt. Einst fruchtbare Länder könnten ihre Einwohner nicht mehr ernähren, geschweige denn genügend Schulen, Straßen und Krankenhäuser bauen. 2002 kürzte die Bush-Regierung die US-Mittel für UNFPA, da sie Verhütung und Abtreibungen befürworte. Obama bewilligte die Gelder inzwischen wieder. *Bel*

ZUR PERSON

Zu starkes »Alphatier«?

Es geschah still und leise, so leise, dass selbst die Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU- sowie der FDP-Fraktion und das Bundeskanzleramt die bevorstehende Entlassung des Staatssekretärs des Bundesinnenministeriums, **August Hanning**, als „Quatsch" abtaten, obwohl diese schon längst beschlossen war. Offenbar wollte der neue Innenminister Thomas de Maizière (CDU) auf gar keinen Fall, dass jemand die Entlassung des 63-jährigen Hanning noch verhindert, bevor er Fakten geschaffen hatte.

Und so ersetzte er den ehemaligen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (1998–2005) durch seinen Vertrauten Klaus-Dieter Fritsche (CSU), derzeit noch Geheimdienstkoordinator im Kanzleramt. Hanning, der unter Innenminister Wolfgang Schäuble zur zentralen Figur für die Terrorismusabwehr und die Nachrichtendienste wurde, ahnte vermutlich, dass er sein Amt nicht bis zur Pensionierung 2011 weiter ausüben dürfte. Es heißt, de Maizière und er seien einander in „herzlicher Abneigung zugetan".



Unter Schäuble durfte „Mister Sicherheit" nicht nur als BND-Chef den Nachrichtendienst umstrukturieren, sondern konnte auch das Bundeskriminalamt (BKA) und die Bundespolizei sowie den Verfassungsschutz umbauen, fast als wäre er selbst Minister. Auch in Sachen Terrorbekämpfung durfte Hanning durchgreifen. Ob diese harte Hand nun nicht mehr der Linie des neuen Herren im Innenministerium entspricht oder der 55-Jährige einfach kein so starkes „Alphatier" neben sich ertragen kann, bleibt offen. Der parteilose Beamte Hanning, der voller Tatendrang offenbar eher noch länger als bis zu seinem 65. Geburtstag gearbeitet hätte, muss nun in den einstweiligen Ruhestand. *Bel*



Zeichnung: Mohr

Falsche Väter

Warum sie alle nach Berlin kamen, was wirklich »größte Klarheit« brachte, und was man alles im roten Rausch zu sehen bekommt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Regisseure von Kitsch-Dramen lieben diese Geschichte und haben sie schon unzählige Male kopiert: Der junge Mensch ist vor ein paar Wochen 19 geworden. Obwohl in Sachen Familie bei ihm nicht alles top lief und manche blühenden Träume geplatzt sind, ist er im Großen und Ganzen doch recht ordentlich durchs Leben gekommen. Es gibt nichts, was ihm wirklich fehlt, seine Prognose ist günstig, es könnte alles so weiter gehen wie bisher.

Tut es aber nicht, denn eines Tages fliegt die Haustür auf und wie Kai aus der Kiste springt ein Mann herein: „Ich bin's! Dein verschollener Papi!" Jetzt geht's los: Waaas? Wer willst Du sein? Wo warst Du mein ganzes bisheriges Leben lang? Warum kreuzt Du ausgerechnet jetzt auf? Was willst Du überhaupt von mir?" usw.

Ein herrlicher Stoff für tränenreiche Versöhnungsszenen, aber auch für schreckliche Enthüllungen und hässliche Enttäuschungen. Richtig eklig wird's, wenn sich herausstellt, dass der „Papi" in Wahrheit ein missgünstiger Verwandter ist, der sich dereinst monatelang um die Abtreibung des Ungeborenen bemüht hatte. Der selbst nach der Geburt noch offen darüber sprach, den Säugling kalt „auszuradieren". Und der sich nun bloß einschleimen will, weil er meint, der mittlerweile stattliche junge Mensch könnte ihm noch einmal nützlich sein. Ja, das ist ein Stoff!

Indes, es ist halt eine recht Hollywood-typische Geschichte, echten Menschen passiert sowas eigentlich nicht. Ganzen Ländern erstaunlicherweise schon eher: Das neuvereinte Deutschland kann sich, 20 Jahre nach seiner Zeugung und 19 nach seiner Geburt, vor zweifelhaften Vaterschaftsbegehren kaum retten. Letzten Montag kamen die „Väter" dutzendeweise nach Berlin und riefen „Ich war's!" um die Wette. Dabei waren sich einige nicht zu schade, ihre Konkurrenten öffentlich madig zu machen: Lech Walesa ätzte gegen den anwesenden Michail Gorbatschow, der Russe habe in Wahrheit weder die Mauer weg- noch die deutsche Einheit herbeigewünscht. Polen dagegen, beteuerte der polnische Ministerpräsident Donald Tusk an der Spree, habe sich „mit der größten Klarheit" von allen europäischen Ländern für die Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochen.

Ach ja? Dann haben wir damals wohl einiges in den falschen Hals bekommen. Walesa regte noch nach der Vereinigung an, Deutschland bei Bedarf „von der Landkarte zu radieren". Zweifellos, das war „größte Klarheit", aber doch eher die des erwähnten missgünstigen Verwandten.

Nicolas Sarkozy will sogar am 9. November höchstpersönlich in Berlin gewesen sein, um der Mauer mit Hammer und Meißel zu Leibe zu rücken. Er belegt das mit einem Foto. Das soll allerdings vom 16. November stammen. Oder vom 10.? Oder 11.? Keiner weiß es genau, macht aber auch nichts: Er war da und hat gemeißelt, während sein damaliger Präsident Mitterrand eifrig gemauert hat, um die deutsche Einheit noch zu verhindern.

> Wenigstens Brown ersparte uns die Heuchelei. Es wäre auch zu sehr zum Lachen gewesen

Gordon Brown war auch in Berlin, verkniff es sich aber, uns ein Lied über das Ringen der britischen Regierung für die deutsche Einheit vorzusingen. Dem Briten fehlt offenkundig die Chuzpe der polnischen Vertreter. Hemmt ihn sein Feingefühl? Vermutlich eher Realismus: England hat mit die schlechtesten Karten als falscher Einheitsvater, denn Maggie Thatcher hatte viel zu laut und vor allem zu dumm gegen die Einheit gekeift, als dass man sie nachträglich zur Freundin der Deutschen umfrisieren könnte, ohne alle Lacher auf seine Seite zu ziehen.

Was muss da für eine Herzlichkeit geherrscht haben bei den Feiern zu 20 Jahren Mauerfall – bei soviel Heuchelei: Du lügst mich an und ich helfe Dir noch dabei, so die routinierte Absprache zwischen den Deutschen und ihren Freunden aus Paris, London und Warschau. Warum macht Berlin den faulen Zauber mit? Schwer zu sagen. Hat vermutlich was mit „Gesicht wahren" zu tun. Wir können denen ja schlecht die Wahrheit entgegen bellen: „Wir wollten unsere Einheit. Ihr wolltet sie verhindern. Wir haben gewonnen, Ihr habt verloren. Ätsch!" Nun ja, „gewonnen" mit allerhand Abstrichen, aber immerhin.

Ein gewisser Winkel unseres Volkes meint indes bis heute, 1989 regelrecht verloren zu haben. Man sehnt sich dort nach DDR und SED und manchmal auch nach der Stasi, wie eine niedersächsische Linke-Politikerin, von der wir schon berichteten. Doch wer Kummer hat, der hat auch Likör. Zeitgemäße Kummerträger bevorzugen Cannabis, weshalb die Linkspartei in Nordrhein-Westfalen per Wahlprogramm das „Recht auf Rausch" ergriffen und gleich ein paar tiefe Züge aus der Haschpfeife genommen hat.

Und siehe da: Es wirkt! Hoch auf dem roten Trip entfaltet sich den Linken die wunderbare Welt des Bolschewismus neu, so, wie man sie sonst nur noch aus den wonnevollen Erzählungen über Lenin, Stalin und ihre apokalyptischen Greifer kennt.

Das rote NRW-Programm rückt alles wieder gerade: Die „immanente Verbindung von Faschismus und Kapital" etwa sei an Rhein und Ruhr „geleugnet" worden, heißt es da. Das ist eine wichtige Erkenntnis, denn von diesem Punkt aus läuft die Argumentationskette der Bolschewisten wie von selbst ab: Das „Kapital" wird vertreten durch die bürgerlichen Parteien und ihre sozialdemokratischen Büttel. („Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!" schrien die Lenin- und Stalin-Adepten im Deutschland der 20er Jahre.) Jenes „Kapital" wiederum steht hinter dem Faschismus („immanent", also unauflöslich), und „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen".

Hier geht der Sack zu, denn so gesehen sind alle, die den Kommunisten im Wege (also rechts von ganz links) stehen, „Verbrecher". Wie man mit diesen verfährt, ist aus der Geschichte wohlbekannt: „Kommse mit, stellnse keine Fragen." Tja, die Geschichte – leider haben die Leute noch nicht alles vergessen und gruseln sich ein bisschen vor den dunkelroten Wiedergängern und ihrem totalitären Rausch. Diese Angst muss ihnen genommen werden, um die NRW-Linke an die Macht zu bringen. Was gar nicht so einfach ist, denn bekanntlich funktionieren Rechtsstaat, bürgerliche Demokratie und Freiheit selbst in schwersten Krisen immer noch besser als ihre dunkelroten Gegenstücke. Daran müsste gearbeitet werden. Doch keine Bange, die NRW-Kommunisten haben dafür einige Lösungen vorgelegt in ihrem Programm.

Eine Strategie der Marxisten lautet traditionell: „Die Verhältnisse zum Tanzen bringen", also alles ordentlich durcheinander wirbeln. Dazu wollen die Rheinland-Bolschewisten die Gefängnisse abschaffen. Dann könnten nämlich alle Kriminellen frei ihrer Beschäftigung nachgehen. Das wär' ein „Tanz", was? Wenn's lange genug rundgegangen ist, werden die normalen Staatsbürger die Nase voll haben von „Freiheit" und „Entfaltung". Man sagt ja, dass Diktatur nur akzeptiert wird von Gesellschaften, die von Chaos und Willkür gebeutelt sind und nach Ordnung schreien. Wenn erst freigelassene Mafia-Banden das „Gesetz" in ihre Hand genommen haben, könnte mancher Zeitgenosse am demokratischen Rechtsstaat rasch verzweifeln. Schlau, die NRW-Linken.

Durch Abschaffung der Schulnoten und Verstaatlichung von Wirtschaftsbetrieben legen sie zudem die Axt an die Leistungsfähigkeit des Bildungs- und des Wirtschaftssystems, auf das auch dieses bald zusammenbrechen möge. Dann hätten die Leute von Marktwirtschaft und „Eliteförderung" ebenso genug.

Schließlich wäre alles derart im Dutt, dass niemand mehr bezweifeln könnte, das das „kapitalistische System auf allen Ebenen gescheitert" ist. Dann ist das Land reif für die neue rote Ordnung, zu deren Schutz man (natürlich nur vorübergehend) sicher auch ein paar Gefängnisse wieder öffnen müsste, um dort die letzten Faschisten zu besseren Menschen zu machen.

ZITATE

Bitter ironisch kommentiert das „Hamburger Abendblatt" (6. November) den ***Waffenschmuggel in der Levante****, welchen die israelische Marine vereiteln konnte:*

„Wenn ein polnischer Kapitän iranische Waffen auf einem deutschen Frachter unter Flagge Antiguas und im Auftrag einer zypriotischen Firma an eine libanesische Miliz liefert, damit die damit israelische Städte beschießen kann, nennt man das wohl Globalisierung."

Der ***Kardinalstaatssekretär*** *im Vatikan,* ***Tarcisio Bertone****, klagt über das* ***Verbot der Kruzifixe*** *in Italiens Klassenzimmern:*

„Dieses Europa des 3. Jahrtausends nimmt uns die wertvollsten Symbole weg und lässt uns nur noch die Kürbisse des Halloween-Festes."

Es menschenrechtelt wieder

Was Menschenrecht ist und was nicht,
beurteilt und bescheinigt
Europas Menschenrechtsgericht
– nur ist's damit bereinigt?

Ob Menschen recht ist, was dabei
für richtig man erklärte,
ist nämlich oft recht einerlei
den Dienern höh'rer Werte!

Da hat für jederlei Geschlecht
man beispielsweis' entschieden:
Der Fötus hat kein Menschenrecht
und gebe endlich Frieden.

Beim Kopftuch lief's nicht ganz so glatt,
doch hat man's dann gedrechselt
und gab dem Klagbegehr nicht statt –
denn Leyla hat's verwechselt:

An Türken-Unis
das Verbot
ist keine Volksverhetzung,
drum zählt's auch nicht, wenn dort es droht,
als Menschenrechtsverletzung!

Vom Kreuz hingegen hört man jetzt,
dass es im Klassenzimmer
sehr wohl ein Menschenrecht verletzt,
und das ist sicher schlimmer.

Das Urteil war, wie jeder sieht,
recht simpel zu begründen – nur
bloß nicht schon vorm Plebiszit
in Irland zu verkünden!

Das Kreuz ist halt ein alter Zopf –
wohl besser gleich um Längen
wär's, einen hohlen Kürbiskopf
im Schulraum aufzuhängen.

Wer weiter denkt, der kann bereits
die nächsten Klagen ahnen,
denn Kreuze gibt's auch anderweits,
so etwa auf den Fahnen!

Der Richterspruch wird radikal:
Dann heißt's in vielen Ländern
und in Gemeinden sonder Zahl
die Wappen abzuändern.

Und bei der Rede,
welch Malör,
verbietet man Vokabeln,
denn Kreuzung, Kreuzstich, Kreuzverhör
sind nimmer akzeptabel.

Ja, Kreuzworträtsel macht man gar
zu Menschenrechtsproblemen –
doch kreuzweis, nein, das lass fürwahr
ich mir von keinem nehmen!

Pannonicus